

1091  
An die Kreisgewerkschafts  
Kommission  
Fischern.  
Telephon  
nachts 679.  
Telegraphen-Adresse:  
Sozialdemokrat, Prag.  
Postfachamt 37544.



# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch  
Post  
monatlich . . . K 2 18.  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—  
Abbestellung  
von Transkripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourkarten.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 12. November 1922.

Nr. 266.

## Zerfegung.

Der Abgeordnete Dr. Medinger ist aus der Deutschen Nationalpartei ausgestiegen. Er hat dies mit der Begründung getan, daß er als Vorsitzender der deutschen Gesellschaft des Völkerbundes im tschechoslowakischen Staate mit Rücksicht auf den bevorstehenden Beitritt der deutschen Sozialdemokraten zu dieser Gesellschaft zur Unparteilichkeit verpflichtet sei. Wenn man aber sich vor Augen hält, wie sich Herr Dr. Medinger vor kurzem zu einem Interview des „Courrier de Geneve“ über seine politische Stellung zum tschechoslowakischen Staate äußerte, dann erkennt man klar, daß die Gründe, die ihn veranlaßten, seiner Partei den Rücken zu kehren, ganz anderer Art sind. Dr. Medinger sagte dem Berichterstatter des genannten Schweizer Blattes gegenüber, daß die Deutschen in der tschechoslowakischen Republik zur Mitarbeit an der Regierung bereit sind. Aber vorher wäre es nötig, die Verhandlungen anzupassen. Schon lange seien Verhandlungen dieser Art, insbesondere vom Präsidenten Masaryk gemacht, doch bisher nicht erfüllt worden. Dennoch erklärte Dr. Medinger für die Zukunft die Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit mit der tschechischen Mehrheit. Die Deutschen in der Tschechoslowakei könnten vernünftigerweise keine andere Politik machen. Sie könnten sich weder für eine Vereinigung mit dem machtlosen Oesterreich, noch für den Anschluß der deutschen Gebiete an Deutschland einsetzen, da dadurch die Lage der in diesen Gebieten befindlichen Industrie noch schlechter würde als sie jetzt ist. Die Industrie brauche den tschechischen und slowakischen Markt, und mit Rücksicht auf die entwertete Valuta in den beiden Staaten könne keine Rede davon sein, daß wir uns von der Tschechoslowakei lösen. Damit der deutschen Bevölkerung eine Mitarbeit ermöglicht werde, sei es notwendig, daß ihr Konzessionen auf kulturellem Gebiete gewährt werden.

So also sprach Herr Dr. Medinger und man versteht danach, daß mit solchen Anschauungen seines Bleibens in der Partei Lodgman und in der Kampfgemeinschaft mit Jung nicht länger sein konnte. Zwischen ihm, der sich auch in der Politik seinen Judsnitt als moderner Europäer zu bewahren suchte, und den nationalen Schreihälsen seiner bisherigen Partei, zu denen sich nun auch Dr. Lodgman hinabentwickelt hat, war schon seit langem ein Gegensatz im Ton und in der Bewertung der politischen Mittel seiner Partei. Dieser ästhetische und politische Gegensatz vermochte allerdings die Fäden, die ihn mit der Deutschen Nationalpartei verknüpften, nicht zu zerreißen. Was dies jetzt bewirkte, das ist der wirtschaftliche Gegensatz, in den er sich durch die Schwertung seiner Partei zu dieser gestellt sieht. Dr. Medinger konnte als deutschbürgerlicher Wirtschaftspolitiker nicht länger an Lodgman's Seite bleiben, da er erkannte, daß dessen „Negativismus“ den Interessen der deutschen Industrie dieses Staates zuwiderläuft. Die zeit- und raumlose Politik der Lodgman und Jung hat die Arbeit im Parlament als hoffnungslos erklärt und vermag sich eine Aenderung der nationalen Verhältnisse nur durch den Untergang des tschechoslowakischen Staates vorzustellen. Da ihre „Kampfgemeinschaft“ dieses Warten auf den großen tschechoslowakischen Kladderadatsch als Um und Auf ihrer ganzen politischen Weisheit jetzt verklärt, da die derouten finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Nachbarstaaten den Anschluß Deutschböhmens an sie alles eher als wirtschaftlich verlockend erscheinen lassen, hat Dr. Medinger von seiner Partei Abschied genommen. Dieser Schritt ist die Wirkung der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Interessen doch noch etwas anderes sind, als was ein biederes Schriftleitergemüt, zu dem sich jetzt auch Lodgman's Politik hinabreduziert hat, zu erkennen vermag. Dieser wirtschaftliche Gegensatz ist es auch, der zur Bildung der „Kampfgemeinschaft“ und zu den sich immer mehr steigenden Konflikten innerhalb des Deutschen parlamentarischen Verbandes führte. Die mehr wirtschaftlich orientierten Gruppen des Verbandes wollten und konnten nicht die Führung eines Mannes ertragen, der,

## Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Eine ergebnislose Enquete.

Am 10. September hat die Regierung durch einen Aufruf an die Bevölkerung die Grundsätze bekannt gegeben, durch welche die Milderung der Wirtschaftskrise beizutragen beabsichtigt. In dieser Kundmachung wurde auch versprochen, eine Enquete von Fachleuten behufs Lösung der dringenden wirtschaftlichen Probleme einzuberufen. Die Enquete sollte am 30. Oktober stattfinden. Sie fand jedoch nicht statt, weil die Unternehmer die Tagung sabotierten. Für gestern war sie neuerlich angesetzt und fand auch tatsächlich statt. Trotz der offiziellen Beschönigungsversuche bleibt Tatsache, daß das Ergebnis der Enquete ein negatives ist. Ziel und planlos wurde die Diskussion geführt. Konkret wurde zu keiner der notwendig zu besprechenden Fragen Stellung genommen. Der Vorwurf, den einige Redner gegenüber der Regierung erhoben, daß sie für die Tagung kein Programm aufgestellt habe, trifft nur zum Teil zu. Die Regierung hat ihr Programm seit Anfang September wiederholt bekannt gegeben, die Regierung kennt auch die Forderungen der Gewerkschaften. Wenn die Enquete so negativ verlief, so liegt die Ursache darin, daß es die Regierung unterließ und verabsäumte, bestimmte, besonders dringende, zur baldigsten Lösung reife Fragen zur Diskussion und Beratung zu stellen. Diese Unterlassung und das Fehlen einer dirigierenden Direktive, trotz des begangenen Fehlers die Diskussion doch auf bestimmte Fragen zu konzentrieren und zu einem konkreten Abschluß zu bringen, bedingte dann die ganz ergebnislose Debatte. Die Arbeiterchaft heischt sofortige Hilfe. Das Programm der Regierung enthält Grundsätze, die selbst bei schleunigster Durchführung erst in noch gar nicht abzusehender Zeit, eine Milderung der Krise auszulösen vermögen. Das dringende und in kürzester Zeit Milderung bringende Mittel, ist die alle Opfer der Krise erfassende Erwerbslosenfürsorge. Eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die produktiven Erwerbslosenfürsorge, der unproduktiven vorzuziehen ist, besteht wohl nicht. Die Regierung hat die Erwerbslosenfürsorge in ihrem Programm vorgesehen. Auch die Gewerkschaften haben diese Forderung gestellt. Zu beachten dabei ist nur, daß die produktive Fürsorge auch erst in absehbarer Zeit fühlbare Wirkung auslösen kann. Ehe alle Vorarbeiten zur Durchführung des Investitionsprogrammes erledigt sind, können die Arbeitslosen verhungert sein. Gewiß könnten hunderte, ja tausende Arbeitslose schon beschäftigt sein, wenn die Tschechoslowakische Republik nicht nach der Richtung, wohl der einzigen, vollständig entösterreichert wäre. Nicht wenige fertige Bauprojekte hatten bei den Zentralbehörden der Erledigung. Es könnte in diesen Drien mit der Arbeit sofort begonnen werden, wenn der bekannte Schimmel

in Gang kommen würde. Der österreichische Amtbruder war dagegen ein Nennfeind. Es könnten nicht wenige Wohnungsbauten begonnen werden, wenn die Bewerber nicht monatelang auf die Erledigung, sehr oft nur wegen kleiner formaler Dinge warten müßten. Wenn der ernste Wille bestände, müßte die Regierung in der Richtung Remedur schaffen. Der Schimmel muß in Gang gebracht werden. Solange dies nicht der Fall ist, muß die Regierung durch die unproduktive Erwerbslosenfürsorge ausreichende Hilfe schaffen. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Tausende Arbeitslose bekommen trotz allen Versprechungen bis heute noch keine Unterstützung. Die Fragen der Erwerbslosenfürsorge ist die brennendste; sie muß von der Regierung zuerst gelöst werden. Dann mag sie mit Eifer und Ernst an die Durchführung der anderen aufgestellten Postulate schreiten. Wenn die Regierung wert darauf legt, bei allen wirtschaftlichen Fragen die Meinung der Interessentenkreise zu hören, dann kann sie auf solche ad hoc zusammengegriffene Enqueten verzichten. Durch das Gesetz vom 29. Februar 1920 (S. 121) ist der Beirat für wirtschaftliche Fragen geschaffen worden. Dieses Wirtschaftsparlament soll die Körperchaft sein, in welcher all diese Fragen in Beratung gezogen werden können. Die Einberufung dieser Körperchaft deshalb zu unterlassen, weil wie der Handelsminister erklärte, die Vorschläge noch nicht alle erpariert wurden, kann als sich selbst nicht angefehen werden. Die Regierung darf sich in solchen Fragen nicht auf die Sabotage der Interessentengruppen ausreden.

### Nachstehend der offizielle Bericht:

Gemäß der Regierungserklärung vom 9. September über die Wirtschaftskrise, in der die Anhörung von Interessenten in Wirtschaftsfragen angekündigt wurde, fand Samstag den 11. November unter Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge Habrman und des Handelsministers Ing. Koval, die Arbeitsstimmung eines engen Kreises von Vertretern der Hochzentralen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer statt. Die Anwesenden trugen eine Reihe von wichtigen Anregungen und Wünschen zur Milderung der heutigen Wirtschaftskrise und der hierdurch entstandenen Arbeitslosigkeit vor. Die Minister gaben die notwendigen Aufklärungen und sagten auf Ersuchen der Parteien zu, wiederum die Vertreter der Zentralen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Erörterung konkreter Fragen von allgemeiner Bedeutung gemeinsam einzuberufen.

um die Herrschaft in seiner Partei zu behalten, sich mit den Baerans in einen Weiklauf einließ und sich zu diesem Zwecke immer radikalere Gedanken mußte. Da Politik natürlich kein Experimentieren im luftleeren Raume bedeutet, sondern mit den wirtschaftlichen und sozialen Interessen jener Bevölkerungsklassen verbunden bleiben muß, welche eine Partei, deren Ausdruck sie ist, zu vertreten hat, so mußte innerhalb des Verbandes jene Scheidung der Geister eintreten, die ihn innerlich zerklüftete. Diejenigen deutschbürgerlichen Parteien, deren wirtschaftliche Interessen stärker sind, als die jener, deren Hauptgesellschast Bevölkerungsschichten angehört, die solche Interessen nicht kennen und die sich daher bis zur Besinnungslosigkeit an nationalistischen Kraftworten betranken, mußten schließlich sich von denen, die Radikalismus um jeden Preis betreiben, loslagern.

So endet der „Kampfgemeinschaft“-Nummel ganz anders als es sich seine Arrangure träumten. Als Deutschnationale und Deutschgelbe vor wenigen Monaten in holder Eintracht die neue „irredentistische“ Parole sich zulegten, versprachen sie sich von ihr wahre Wunderdinge. Nicht nur alle deutschen Parteien und die ganze Bevölkerung im Staate sollte durch ihre Zugkraft „mitgerissen“ werden, auch das Ausland, ja sogar die große Entente sollte „aufhorchen“. Es kam wieder einmal ganz anders. Das Ausland horchte nicht auf, mochten die Lodgman und Jung noch so aufgeregter agieren und deklamieren, und auch die große Entente

wollte der Kumpanei Lodgman-Jung keine Aufmerksamkeit schenken. Dergleichen ging die deutsche Bevölkerung ruhig ihrer Wege. Dafür trat ein anderes ein: die Zerrissenheit im Deutschen parlamentarischen Verband, welcher durch die neue Kampfpapole auf eine einheitliche Richtlinie gebracht werden sollte, wurde nur umso größer. Hier wirkte das neue Kampfmittel wie eine Sprengpatrone. Noch vegetiert das Gebilde des Verbandes, aber wenn man die Gefühle, mit denen sich die „Aktivist“ und „Negativisten“ gegenüberstehen, als diejenigen von Hund und Katz bezeichnet, so hat man damit nur unzureichend den Grad dieser freundschaftlichen Gefühle umschrieben. Die Zerfegung hat den Verband in einem Grade ergriffen, daß von ihm eigentlich nur der Name noch besteht. Und auch diese letzte, von entschuldener Pracht zeugende Säule kann stürzen über Nacht.

Das alles sind die Folgen einer Politik, die sich übernimmt, einer Politik der hysterischen Stimmungen, die ins Blaue hinauswill und dabei den Boden unter den Füßen verliert. Die deutsche Bevölkerung dieses Staates wird auch daran nicht zugrundegehen, aber doch ist es geeignet, ihr schweren Schaden zuzufügen. Der einzige, der aus der Lodgmanjade Vorteil gezogen hat, ist der tschechische Chauvinismus. Diese Einsicht bricht sich nun auch im deutschbürgerlichen Lager Bahn. So sind die Erfolge der Lodgman'schen Rettungsversuche der deutschnationalen Politik solche, daß von ihr das Wort gilt: sie liegt sich zu Tode!

## Die Reparationsverhandlungen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die deutsche Regierung hätte nicht nötig gehabt, die internationalen Sachverständigen nach Berlin zu berufen, wenn sie den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu rechter Zeit gefolgt wäre. Was die jetzt vorliegenden Gutachten ausführen, das ist schon in dem finanz- und wirtschaftlichen Programm der Sozialdemokratie enthalten. Es fehlen zwar die technischen Einzelheiten, die besonders von den Herren Keynes und Cassel zur Frage der Stabilisierung der Mark und zur Bilanzierung des Budgets ausgeführt werden. Aber die Aufgabe der Partei konnte nur darin bestehen, der Regierung die allgemeinen Richtlinien zu nennen, die von den Ministerien und Wirtschaftsspezialisten weiter auszubilden waren. Wir erwähnen diese sachliche Übereinstimmung zwischen sozialdemokratischem Stabilisierungsprogramm und internationalem Gutachten besonders deshalb, weil sie von neuem die Behauptung unserer Gegner widerlegt, als ob die Sozialdemokratie wohl zu negierender Kritik, nicht aber zu schöpferischer Ausbaubarbeit fähig sei. Das gerade Gegenteil hat sich, wie früher schon so oft, so auch diesmal wieder gezeigt. Die Masse des deutschen Bürgertums, sämtliche bürgerliche Parteien haben bisher so gut wie nichts, um die deutsche Wirtschaft und damit das deutsche Reich vor Verfall und Untergang zu retten. Erst die Sozialdemokratie hat den Ausweg aus der Katastrophe gemessen.

Vorläufig geht es freilich die höchste Ebene weiter abwärts. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission schienen wiederholt ins Stocken zu geraten, und nun bereuen Mitglieder von Berlin wieder abgereist sind, ist die Welt noch immer im Unklaren darüber, ob jetzt eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems in Aussicht steht oder ob sie davon abhängige Krise der Weltwirtschaft noch länger auf dauern soll.

Es war von vornherein beabsichtigt, in Berlin nur Informationen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands einzuholen, die Entscheidung über die weiteren Reparationsbedingungen und über ein zu gewährendes Moratorium sollte dann in Paris gefällt werden. Die Stimmung, in der die Verhandlungen in Berlin geführt wurden, wäre freilich eine bessere gewesen, wenn die deutsche Regierung der Reparationskommission bei ihrer Ankunft bereits einen präzisen Plan über ihre künftigen finanziellen und wirtschaftlichen Absichten vorgelegt hätte. Es war ein öffentliches Geheimnis, daß vor allem die französischen Vertreter ein Eingehen auf ihre Wünsche erwarteten. Auch die französischen Finanzen sind krank, und was einen französisch-deutschen Ausgleich bisher erschwerte, das war die Tatsache, daß Frankreich aus den Reparationsleistungen Deutschlands bis jetzt eigen noch nicht viel erhalten hat. Man glaubte deshalb auf französischer Seite, die deutsche Regierung werde die Zustimmung Frankreichs zu einem längerem Moratorium dadurch erkaufen, daß sie eine internationale Anleihe zugleich zu Stabilisierung und Reparationszwecken aufnehme, aus der dann auch Frankreich befriedigt worden wäre. Die deutsche Regierung wollte aber erst das internationale Gutachten abwarten, ehe sie einen vollständigen Sanierungsplan aufstellte, womit sie sich, nebenbei gesagt, kein besonderes Zeugnis ausstellte. Inzwischen machte sie nur einige allgemein gehaltene Vorschläge und verlangte eine Anleihe im Betrage von 500 Millionen Goldmark lediglich für innerdeutsche Zwecke.

Während dieser Verhandlungen stieg der Dollar an der Berliner Börse von 4000 auf 5000, von 5000 auf 6000, und so weiter mit Grazie bis beinahe auf 10.000. Das heißt, daß die kapitalistische Welt entweder kein Vertrauen dazu hat, daß die deutsche Wirtschaft in absehbarer Zeit wieder gesund werden könne, oder daß sie die letzte Gelegenheit noch wahrnehmen will, um einen ertragreichen Valutawechsel zu tun. Sind aber die pessimistischen Auffassungen über die Reparationsverhandlungen noch angebracht? Man kann feststellen, daß die Atmosphäre trotz der bei den augenblicklichen Verhältnissen in England und Italien unbefriedigten Vorbererschaft: Poincares innerhalb der Entente sich wesentlich gebessert hat. Selbst in den nationalistischen Kreisen Frankreichs wächst die Einsicht davon, wie innig die europäische Wirtschaft miteinander verknüpft ist und daß die Vergewaltigung der deutschen Wirtschaft zugleich die Schädigung der französischen Wirtschaft mit sich bringt. Einen deutlichen Beweis dafür erleben wir in diesen Tagen; die Zerrüttung der deutschen Währung hat auch einen beträchtlichen Rückgang des

französischen Frankkurses zur Folge gehabt. Es besteht in Deutschland die Meinung, die berechtigten Ansprüche Frankreichs zu erfüllen; jedoch glauben einflussreiche Wirtschaftskreise, und zu ihnen dürfte auch der Reichsbankpräsident gehören, daß Deutschland froh sein müsse, einen Kredit von 500 Millionen Goldmark zu erhalten, mit denen es die Mark stabilisieren könne, daß es aber schwer halten werde, die Anleihe auf die doppelte Höhe zu bringen, damit auch Frankreich daraus befriedigt werden könne. Das ist im Grunde genommen die wesentliche Differenz, die zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung noch besteht. In den anderen Punkten, besonders in der Durchführung geeigneter innerpolitischer Maßnahmen, muß die deutsche Regierung die Wünsche der alliierten Vertreter befriedigen, liegen sie doch zugleich im Rahmen dessen, was in Deutschland selbst als notwendig erachtet wird.

Wie in der Frage des Moratoriums und der internationalen Anleihe so will die Reparationskommission auch in der Frage der deutschen Kohlenlieferungen an die Alliierten die Entscheidung erst in Paris treffen. Wenn Deutschland die berechtigten Ansprüche der Entente anerkennt, so muß man mit Bestimmtheit erwarten, daß die Alliierten auch die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands berücksichtigen. Weshalb ein Wahnsinn steht: doch in der Methode, daß Deutschland jetzt mehr Kohle einzuführen gezwungen ist, wenn es seine Industrie und seine öffentlichen Betriebe in Gang halten will, als es an die Alliierten abführen muß! Dabei bekommen Frankreich und Belgien die deutschen Steinkohlen unter den heutigen Valutaverhältnissen halb geschenkt, während Deutschland die englische Steinkohle mit vollständiger Goldwahrung bezahlen muß. Allmonatlich werden jetzt allein zum Anlauf der Devisen zur Ausgleichung der Kohlenrechnungen viele Milliarden deutscher Papiermark gedruckt, was bestimmt nicht zur Stabilisierung des Markkurses beiträgt. Man kann es begreifen, daß die deutschen Bergarbeiter es ablehnen, diese wahnsinnige Methode noch dadurch zu unterstützen, daß sie durch Leistung von Ueberstunden die Kohlenförderung vermehren.

Die Reparationskommission will ihre Entscheidungen erst im Dezember treffen. Bis dahin wird also der Zustand der Unsicherheit andauern. Die deutsche Regierung kann aber nicht inzwischen der Spekulation der Industrie, Handel und Landwirtschaft das wirtschaftliche Schlachtfeld überlassen, sondern sie wird sofort mit der Durchführung aller Maßnahmen zu beginnen haben, die einer weiteren Verwüstung der deutschen Währung und einer gänzlichen Verelendung der deutschen Arbeiterklasse vorbeugen können. In der nächsten Woche tritt wieder der Reichstag zusammen; die Vereinigte Sozialdemokratische Partei wird unverzüglich vor aller Öffentlichkeit an die Regierung die Frage richten, ob sie, als Vorkann der schwerindustriellen Interessen, der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wie bisher fast passiv gegenüberstehen will, oder ob sie endlich, gestützt auf die Arbeiterklasse, den Kampf gegen den kapitalistischen Eigenwillen aufzunehmen entschlossen ist. Erfolgt auf diese Frage nicht eine eindeutige Antwort, so wird die Sozialdemokratie die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

## Aus dem Budgetausschusse.

### Gegen die hohen Militärausgaben!

In der Abend Sitzung vom 10. November wurde nach dem Schulbudget das Kapitel „Ministerium für nationale Verteidigung“ verhandelt. Den Bericht erstattete Abg. Brada, der auf die Gefahren verwies, die dem tschechischen Staate von Ungarn und den Einwohnerwehren Deutschlands drohen. Im Verlaufe der Debatte sprach

#### Genosse Abg. Zoll.

Die Mehrheit hat am 19. Feber 1920 durch das Gesetz über die Miliz beschlossen, die Heeresorganisation auf dem Milizsystem aufbauen zu wollen. Es ist unrichtig, daß die Kosten für die Miliz größer sein müssen, als der jetzige Heeresaufwand, es kommt nur darauf an, wie sich die Herren die Miliz vorstellen. An der Schweiz können sie sich ein Beispiel nehmen. Seit dem Bestand des Staates haben sie für Heeresausgaben schon über 12 Milliarden aufgewendet. Die geplante Verringerung der Ausgaben im Jahre 1923 gegenüber 1922 um 417 Millionen Kronen bedeutet bei einer genauen Prüfung

keine tatsächliche Verminderung für Rüstungszwecke.

Die Verminderung ist lediglich auf den Rückgang der Preise für Lebensmittel im Betrage von 252 Millionen Kronen zurückzuführen, weiter durch den Entfall von 39 Millionen Interkalarginsen und schließlich kommen die im Vorjahre eingestellten 84 Millionen Kronen als Vorzüge für Nachkriegsfolgen in Wegfall. Wenn Sie die Valutalieferungen in Betracht ziehen, ergibt sich eine tatsächliche Steigerung des Aufwandes. Genosse Zoll beschäftigt sich sodann mit der Tätigkeit der französischen Militärmission, welche er als vollständig überflüssig erachtet und wendet sich gegen die hohen Ausgaben für unwürdige Militärmissionen, welche doch nur Spionagearbeit leisten.

Das Wehrgesetz vom Jahre 1921 ist tatsächlich nicht durchgeschlüpft worden. Anstatt der dort festgesetzten 14monatlichen Dienstzeit besteht tatsächlich noch die zweijährige Dienstzeit und erst im Jahre 1926 werden wir zur 14monatlichen Dienstzeit kommen. Dabei ist die sofortige Einführung der 14monatlichen Dienstzeit ohne weiteres möglich; es besteht hierfür kein sachliches Hindernis. Genosse Zoll bespricht sodann die

erhöhten Ausgaben der einzelnen Posten.

## Ein Bekenntnis zur Revolution.

Gelegentlich des sechzigsten Geburtstages von Gerhart Hauptmann sendet uns Albert Ehrenstein den nachfolgenden Beitrag, den wir als interessantes Bekenntnis eines führenden modernen Dichters veröffentlichen, ohne uns mit jedem einzelnen Wort Ehrensteins solidarisch zu erklären.

Seit der Pflanze Martin Luther die einzige deutsche Revolution an Fürsten und Adel verriet: seit dem Bauernkrieg hat der deutsche Dichter und Schriftsteller von Rang, der sogenannte Klassiker des Bürgers, das deutsche Volk, das deutsche Proletariat in seinem Daseinskampfe einigermassen allein gelassen. Wenn man vom jungen Schiller absieht und von Lenz und Lesing, Büchner, Büchse, Heine und dem Dichter des „Michael Kohlhaas“, hat von den großen Meistern der deutschen Belletristik keiner über ein gelegentlich empfindsames Mitleid hinaus Hülfschreie in die Welt gebracht, revolutionär gedacht und gefühlt soziale Regungen verspürt, ein Herz gehabt. Große Kanonen tun das ungern. Die Klassiker lebten und fühlten im Bezirk der gottgewollten Abhängigkeiten, in die Arbeiterviertel scheint keiner der frisch geadelten Lackstiefel späherlich geraten zu sein. Doch über dem „Ror“ der Arbeit und Not, hoch über dem tausendfach vergossenen Blut hausten die klassischen Eulen von Athen, fliegen zum Paros und trächten jambisch. Darum aber auch: ihre Probleme sind nicht die unseren! Ihre Mittelstücke und historischen Dramen, ihre athenischen Romane und Oden, aus denen kein Bild der wahren Sorgen ihrer Zeit uns aufleuchtet, beginnen zu verwehen, sind halbverschollen — wohlbeachtet noch von verschimmelten Literaturhistorikern, die nie zugehen werden, daß dieser Bildungsbürger längst in Faulnis geraten ist. Sie lebten in der Antike — aber sie hatten ja recht: die Sklaverei war nie abgeschafft worden, die Arbeiter und Knechte dienen noch den dreimäuligen Schwertkriemern und den betriebamen Pfefferfäden im Schweiß ihres Angesichtes, im Blute ihrer Adern. Pungger? Das gab es nicht! Selbst Goethe, der große zentrale Vöndge der deutschen Literatur, kommt nur soweit: „Wer nie sein Brot mit Tränen aß“. Auf einen Brotaufstrich kann der deutsche Bürger nicht verzichten, und wenn es Tränen sein müßten! Seine geistige Leibmarmelade, den Kunsthonig der „Reiche-Leute-Dichtung“ liefert ihm der Jtaters-Greißler, der feine Klassiker. Nur wenige: Der Balladendichter Bürger, der lang gesungen sah, die früh abblingenden Stürmer und Dränger, denen manche etwas von der deutschen Schwach unehelicher Mutterhaft ahnten. Mopsdorf, dem die französische Revolution anfangs angenehm einging, einige kleinere Spricker deren Aug das Weitersehen um 1848 traf, Republikaner von Geburt, wie die Schweizer Keller und Gottlieb — sie fühlten kurz den Puls-

schlag der Zeit. Aber von den die Souveränität ihres Individuums aufgebenden und somit geadelten Patriarchen und Bürgerhücheln des deutschen Ohnms sah keiner den Begriff der Republik und wenn er ihn sagte — wie der junge Schiller — verriet er ihn — wie der Weimarer Silberlinge. Wer die deutschen „Klassiker“ untrübsam genießt, erbt eine Welt von Parvenus und Fürstentöchtern. Erlebt ein Gemengel von Hofdichtungen und Höhenflügen.

Aus der Zeit der Wilhelme und Bismarcks, 1862 in Deutschland gestrandet, geboren, ragt ein ertastischer Blod: Gerhart Hauptmann in unsere Zeit. Er ist der einzige unter den lebenden deutschen Dichtern, vor dem ich noch Respekt habe. Sein erstes Wirken, vom „Bahnwärter Thiel“ (1887) über „Vor Sonnenaufgang“, „Das Friedensfest“, „Die Weber“, „Der Biberpelz“, „Hanneles Himmelfahrt“, „Florian Geyer“ (1896) war ein Protest, war revolutionär. Ein Protest gegen Sozialistengesetze, ein Protest gegen wilhelminische Klassenpolitik, gegen die Altpolitikerschwenkung und die prügelnbe, tödende Uebermacht jedes Gewalthabers. Mit allen Mitteln: mit der Mikrotechnik der Brider Goncourt und Zolas, mit dem Pathos des Leitartiklers, mit einem über jeden Ludwig Thoma weit hinausragenden breit satirischen Simplicissimushumor, mit den letzten seligen Himmelsvisionen einer Sterbenden — historisch und realistisch, phantastisch und naturalistisch sprach und predigte, sang und orgelte damals die Seele

zum Worte, der u. a. über die französische Mission folgendes sagen zu müssen glaubt: Die Herren von der Opposition werden sich damit befreunden müssen, daß wir desto mehr die Beziehungen mit der französischen Mission pflegen, welche die Repräsentanten des freundschaftlichen Frankreichs ist, je mehr die Herren uns angreifen und an ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Staat vergessen werden. Wenn die Herren sich zu diesem Staat bekennen würden, würden sie damit am besten zur Verminderung der französischen Mission beitragen.

Es gelangt nun der

#### Verteidigungsminister Udrizal

zum Worte, der u. a. über die französische Mission folgendes sagen zu müssen glaubt: Die Herren von der Opposition werden sich damit befreunden müssen, daß wir desto mehr die Beziehungen mit der französischen Mission pflegen, welche die Repräsentanten des freundschaftlichen Frankreichs ist, je mehr die Herren uns angreifen und an ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Staat vergessen werden. Wenn die Herren sich zu diesem Staat bekennen würden, würden sie damit am besten zur Verminderung der französischen Mission beitragen.

Es sprach Johann Pöhl, Humlhans, welcher die Amtsführung des Ministeriums verteidigt, weiter Dubnail und Troschak, worauf Genosse Zoll nochmals zu Worte kommt und gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Humlhans an der Hand einiger Beispiele nachweist, daß über die Amtsführung des Ministeriums niemals so viel Klage zu führen war, wie jetzt.

Es gelangt nun der

#### Verteidigungsminister Udrizal

zum Worte, der u. a. über die französische Mission folgendes sagen zu müssen glaubt: Die Herren von der Opposition werden sich damit befreunden müssen, daß wir desto mehr die Beziehungen mit der französischen Mission pflegen, welche die Repräsentanten des freundschaftlichen Frankreichs ist, je mehr die Herren uns angreifen und an ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Staat vergessen werden. Wenn die Herren sich zu diesem Staat bekennen würden, würden sie damit am besten zur Verminderung der französischen Mission beitragen.

## Genosse Abg. Taub

macht darauf aufmerksam, daß der Minister die Anfrage des Genossen Zoll, wie die Kosten der am 2. Oktober 1921 vorgenommenen Mobilisierung gedeckt worden sind, dahin beantwortet hat, daß diese Deckung durch die Ueberflüsse von vier Millionen Kronen aus dem Jahre 1920 und 95 Million Kronen aus dem Jahre 1921 erfolgt ist. Das Finanzgesetz bestimmt aber, daß überschüssige Gelder aus dem Budget des einen Jahres nur zur Deckung von Ausgaben desselben Jahres verwendet werden dürfen. Wenn also der Minister recht hat, dann ist eine arg Geschwindigkeit ein Bruch des Finanzgesetzes begangen worden.

Der Minister Udrzal erwidert, daß der Ueberflüsse sich nicht im Jahre 1921, sondern im Jahre 1922 ergeben hat. Diese Antwort steht im schroffsten Widerspruch mit den Bestimmungen des Finanzgesetzes.

## Der Investitionskredit.

Hieraus wird der Investitionskredit in Beratung gezogen. Die Summe, welche die Regierung für Investitionen anfordert, beträgt 2000,771,000 Kronen. Berichterstatter ist Abg. Prof. Erdinso. Nach ihm sprechen Pöhl, Remes und Joann

## Genosse Abg. Taub.

Wir sind dafür, daß gerade jetzt Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, die Arbeitslosigkeit ist lurchbar und lange Arbeitslosigkeit wirkt nicht veredelnd auf die Menschen. Der Herr Referent hat uns mitgeteilt, wie viel im Jahre 1921 und 1922 für Investitionen ausgegeben wurde. Daraus ergeben wir, daß gerade in den allerletzten Monaten hierfür weniger angewendet wurde, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wir wünschen, daß mehr getan wird,

aber wie werden nun die Gelder für Investitionszwecke verwendet?

Das Ministerium für nationale Verteidigung ist mit 214 Millionen bedacht, jenes für soziale Fürsorge mit 7 Millionen, das Gesundheitsministerium mit 64 Millionen Kronen, wovon die Hälfte für Krankenhäuser usw. in der Slowakei entfällt. In dem Voranschlag sind 676 Millionen Kronen für die Slowakei eingerechnet und wir in Böhmen und anderen Ländern werden hingegen vernachlässigt. Im Budget des Gesundheitsministeriums sind 2 Millionen Kronen für ein Institut zur Hebung der Körperpflege in Prag ausgeworfen. Wir bitten Sie, auch im deutschen Gebiete ein solches Institut zu errichten und stellen einen diesbezüglichen Antrag.

Es sprechen sodann Spöck, Redbeck und Berichterstatter Erdinso, worauf um halb 12 Uhr nachts die Sitzung geschlossen wird. Die Beratungen über den gesammten Voranschlag sind damit beendet.

## Ergebnis der Opposit'on.

In der Sitzung des Budgetausschusses vom 11. November wurde die Abstimmung über die einzelnen Kapitel vorgenommen.

Alle Anträge der Opposition wurden ausnahmslos abgelehnt.

Als beim Kapitel „Ministerium für soziale Fürsorge“ ebenfalls die von unseren Genossen und anderen oppositionellen Gruppen gestellten Anträge mit der Begründung des Referenten, daß hierfür keine Bedingung vorhanden sei, ausnahmslos abgelehnt wurden, verlassen unsere Genossen und ebenso die Vertreter der anderen oppositionellen Gruppen den Sitzungssaal. Es ist hierbei zu bemerken, daß beim Budget für Raktus und Unterricht bei der Abstimmung auf Antrag des Referenten der Aufwand für die tschechische Nationalkirche um neun Millionen Kronen gegenüber dem Voranschlag erhöht wurde, während der Antrag unserer Genossen, den Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung von 75 Millionen auf 150 Millionen Kronen zu erhöhen, vom Referenten Rast (tschechischer Sozialdemokrat) mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Regierung selbst eine Vorlage unterbreiten wird und es deshalb nicht notwendig ist, dem Antrage der Regierung vorzugreifen. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

## Inland.

Sie werfen sich gegenseitig ihre Sünden vor nämlich die beiden tschechischen sozialistischen Parteien. Das „Pravo Lidu“ schreibt an die Adresse der tschechischen nationalsozialistischen Partei: Der Abgeordnete Tučný war Vorsitzender des Sozialisierungsausschusses im Abgeordnetenhaus, aber er hat den Ausschuss nicht einberufen. Dann wurde er Minister für öffentliche Arbeiten; in sein Ressort fielen auch Sozialisierungsfragen. Der Minister Tučný hat sich im ganzen Jahre seiner Wirksamkeit an den Sozialisierungsausschuss nicht erinnert, ja er hat sogar verjagt, die Stelle als Vorsitzender niederzulegen. Der Ausschuss ruhte infolgedessen in Gott, der Abgeordnete Tučný betief ihm nicht ein und der Minister Tučný legte ihm keinen Antrag vor.“ Dazur verbanziert sich das „Ceste Slovo“ wie folgt: „Seute machen wir nur auf eines aufmerksam. Seit dem Bestande der Republik haben die Sozialdemokraten das Ministerium für soziale Fürsorge besetzt. Bis heute ist die Vorlage über die Sozialversicherung und Unterstützung der alten Arbeiter nicht fertig. Wir haben bis heute geschwiegen, weil wir das als Säumnigkeit auslegten. Heute scheint die Vermutung wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten jemandem anderen dienen, als den Arbeitern.“ Es ist keine Freude, die beiden sozialistischen Parteien derart im Streite zu sehen.

Die Unzufriedenheit in der tschechischen nationalsozialistischen Partei scheint so groß zu sein, daß das „Ceste Slovo“ es nicht wagt, gegen Dr. Vrbenšky Stellung zu nehmen. Es erklärt, daß es nicht wahr sei, daß Dr. Vrbenšky einen Teil der Partei in das kommunistische Wasser führen wolle. Es ist allerdings — so sagt das Blatt — eine Tatsache, die man nicht verschweigen kann und auch nicht verschweigen muß, daß in der tschechischen sozialistischen Partei Leute waren und sind, welche selbständig denken können und den Mut haben, ehrlich über politische Fragen zu sprechen. Es ist das nicht nur Dr. Vrbenšky, sondern es gibt eine ganze Reihe solcher Leute. Damit will der Leitartikel des Blattes, der offenbar auch zur Vrbenšky-Opposition gehört, sagen, daß Vrbenšky mit seiner Ansicht über die Koalition nicht allein dasteht. Das Blatt erklärt dann, daß es auch in anderen Parteien Meinungsverschiedenheiten gebe und daß von einer Spaltung der nationalsozialistischen Partei nicht die Rede sein könne. Es handle sich nicht um Streitigkeiten in der politischen Praxis, sondern es haben sich verschiedene politische Ansichten über die Koalition ergeben und nichts mehr. Im Uebrigen nimmt das Blatt Stellung gegen die tschechischen Sozialdemokraten und erklärt, daß diese Partei die einzige Partei in dieser Koalition ist, die in ihr proletarische Politik machen kann und macht. Es folgen sodann Angriffe auf die tschechischen Sozialdemokraten. Es heißt da u. a.: „Die Führer der Sozialdemokraten glauben wahrscheinlich, daß es unbedingt notwendig ist, den Bürgerlichen dafür, daß sie mit Unrecht ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen halten können, dienen zu müssen. Sie sollen nicht daran vergessen, daß sie um diese Positionen auch durch Entscheidungen der tschechischen sozialistischen Partei kommen können.“ Bemerkenswert ist auch, daß der „Cas“ es begreiflich findet, daß Dr. Vrbenšky nicht mit allem, was geschieht, unverschieden ist. Der größte Fehler, so sagt das Blatt, war es, wenn sich unsere Politiker des Reiches der Kritik begeben würden und zu allem schwiegen. Ueber die Verhältnisse in der Redaktion des „Ceste Slovo“ schreibt das „Pravo Lidu“: „Der Vollzugsausschuss der tschechischen sozialistischen Partei hat viel Arbeit, um die Ordnung in der Redaktion des „Ceste Slovo“ wieder herzustellen. Er brach den Einfluss des Dr. Vrbenšky, der in die Redaktion eine Reihe seiner Protektionsfinder und Kameraden gesetzt hatte. Erst als die Herausgeberchaft des „Ceste Slovo“ den Redakteuren drohte, daß sie, wenn sie im Blatte die kommunistische Agitation unterstützen würden, rücksichtslos entlassen werden, unterordnete sich die ganze Redaktion der Politik der Mehrheit der Partei. Wie aber aus dem gestrigen Leitartikel des „Ceste Slovo“ hervorgeht, scheinen in seiner

Gerhart Hauptmanns für die Mühseligen und wie die Kampfgefährten seiner ersten, besten Zeit, wie Arno Holz, der Dichter des kämpferischen „Buch der Zeit“ und Johannes Schlaf, späterhin andere, märchenhaft verträumte Schaffenswege gingen, so geriet auch Gerhart Hauptmann in die Gewalt süß einullender Träume, es kam der große Erfolg mit einem faustlich klingenden Riisch, es kam „Die versunkene Glocke“ und mit ihr versank er rettungslos in die klassische Welt der Bürgerbäume. Sie und da noch stiegen zum alten Erdbewußtsein Blasen des Mitleids auf („Fuhrmann Denschel“, „Michael Kramer“, „Rose Bernd“), doch das Ewig-Klassische zog ihn hinab.

Gerhart Hauptmann ist im wesentlichen Dramatiker, er hatte ein eigenes Ohr für die brutale Polypheonie des Daseins, es rusch ihm ein Fremdes, Klassisches für die Harmonie der Sphären. Er begann als Schüler der großen Skandinavier von Ibsen bis Strindberg und Gamsun; und seiner Prosa und Hexameter und Jamben Stil ist goethisch durchtränkt. Darum ist er ein Meister: er verschmäht es nie, zu lernen, und aus dem Gelernten Eigenes zu gestalten. Aber von Hauptmann ist mehr zu verlangen als von jedem andern deutschen Nur-Dichter. Gerhart Hauptmann ist Dramatiker. Die Theater sind im Besitz des Kapitals. Das Kapital arbeitet für direktoriale Theaterbesitzer; die Myriaden von Bühnenarbeitern: Schauspieler und technische Personal schufen für den Dittel-

Redaktion doch noch Erbenstuh-Anhänger zu sein.

Die Arbeiterzeitung über den Antrag Czsch. In ihrer gestrigen Nummer, äußert sich die „Arbeiterzeitung“, nachdem sie den Inhalt des Antrages der deutschen Sozialdemokraten im Prager Parlament wiedergegeben hat, folgendermaßen: „Indessen war das Schicksal des Antrages höchst merkwürdig. Der Präsident Tomasek erklärte nämlich den Antrag als — geschäftsordnungswidrig. Nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (die eben zu dem Zweck ist, um den Deutschen jeden Einfluß zu nehmen) muß ein Dringlichkeitsantrag, um überhaupt auf die Tagesordnung des Hauses zu gelangen, von zwei Fünfteln (man achte auf die Ausrechnung!) der Mitglieder unterschrieben sein. (Am allerhöchsten hätte, genügt ein Zwanzigstel!) Die nötige Zahl war aber doch erreicht. Jedoch nach dieser Geschäftsordnung hätte sich ein Ausschuß nur mit Regierungsvorlagen oder mit Initiativanträgen zu beschäftigen oder ein Initiativantrag liegt doch vor; also? Nein, es geht doch nicht, weil der Initiativantrag fordert, daß der Ausschuß einen Gesetzentwurf vorbereite, und das sei in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Der Herr Präsident gestatte, daß wir das als eine Reduzierung bezeichnen: denn daß die Geschäftsordnung nicht vorsieht, daß ein Ausschuß mit der Ausarbeitung eines Gesetzes betraut werde, ist noch kein Hindernis, ihm die Aufgabe zuzuwiesen; verbieten tut es die Geschäftsordnung doch keineswegs. Offensichtlich ist der gequälte Geschäftsordnungsbeirath nur hervorgehoben worden, um der Stellungnahme zu dem Antrag zu entweichen. Es wird also im Hause nur über den Teil des Antrages verhandelt werden, der eine Einberufung eines Ausschusses begehrt. Sehr merkwürdig benimmt sich in der Sache das „Pravo Lidu“, das Organ der tschechischen Sozialdemokraten. Das Blatt erinnert daran, daß der Antrag wörtlich mit dem Antrage übereinstimme, den im alten Reichsrat im Jahre 1909, in der Zeit höchster nationaler Wirren, ein gemeinsames sozialdemokratisches Parlament eingebracht hat. Also ohne Zweifel ein gutes Vorbild; dennoch lehnen ihn die tschechischen Sozialdemokraten ab. Warum? Weil gerade der jetzige Augenblick für ihn ungünstig sei! — welche Zeit könnte ungeeigneter sein, die nationalen Wirren durch eine gesetzliche Regelung zu endigen, da doch diese Wirren das politische und soziale Dasein der tschechischen Republik so erschweren? Just jetzt nicht, weil eine schwere Industriekrise herrscht! Aber wird die Industriekrise behoben, wenn die nationalen Verhältnisse immerzu verschärft werden?“

Aus dem Abgeordnetenhaus. Obzwar es noch Freitag den Anschein hatte, als ob die Beratungen des Budgetausschusses sich noch über den Samstag-Nachmittag erstrecken werde, wurde seine Abtätigungsmaschine unter abwechselndem Vorsitz Brada's und Buřivals schon in den Morgenstunden des Samstags in Gang gebracht; um halb 12 Uhr mittags waren denn auch alle Oppositionsanträge begraben und die Sitzung wurde geschlossen. Am Dienstag wird dem Hause der Bericht des Budgetausschusses vorgelegt werden und am Mittwoch soll die Budgetdebatte im Plenum beginnen. Allerdings steht noch der Arbeitslosenkredit zur Verhandlung und man weiß nicht, ob die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung am Dienstag wird beendet werden können. Die Budgetdebatte soll bis zum 9. Dezember beendet sein, worauf der Staatsvoranschlag dem Senate zugeht, der also nur über eine knappe Verhandlungszeit verfügen können. — Sitzungen der Ausschüsse finden statt: Am Dienstag, den 14. November: Gewerbeauschuß um halb 11 Uhr vormittags, Präsidium um drei Viertel 1 Uhr nachmittags, Initiativauschuß um 1 Uhr nachmittags. Am Mittwoch, den 15. November: Ernährungsauschuß um 9 Uhr vormittags, landwirtschaftlicher Auschuß um halb 10 Uhr vormittags, das Subkomitee des landwirtschaftlichen Auschusses um 2 Uhr nachm.

Das deutsche Realgymnasium in Pragwitz, dessen „Abbau“ vom Unterrichtsministerium ver-

tor, den Aktionär, den tantienbefriedigten Theaterdichter und einige prominente Schauspielers. Das Kapital ist zwar gerne zu jeder Prostitution bereit, es wird einige Zeit hindurch mit Vergnügen auch mit antisozialistischen Waren: mit „Webern“ Handel treiben, mit „Wibergelzen“ Geschäfte machen. Auf die Dauer — länger und durchgreifender revolutionäre Propaganda zu treiben, dieser Gefahr enthebt es meist der Dichter. Der hält nicht durch. Dem Anblick des bluts zerschnittener Wärrner, von früher Arbeit zermalmter Kinder entstieg er rückerwärts, an die Schultern geschlaucht die Flügel christlich germanischer Ecstaphim.

Der ferndeutsche Literaturhistoriker wird derartige Fahrenslust Entwicklung nennen, ein Aufwärts aus proletarischer Einseitigkeit. Sonderbar nur, daß die Großen des Auslandes: Anatol France, Wells, Shaw, Gorki, Volon Erclair bei der roten Fahne blieben. Gerhart Hauptmann aber nach seinem „roten Hahn“ nicht mehr trübt. Revolutionäre Gesinnung liebt bei deutschen Dichtern ein jugendlicher Primaraffekt zu sein, der sich im Geheimratsalter legt. Gerhart Hauptmann, dessen Kriegsbüch vergessen sei, ist, als die Deutschen auf Wilsons Kommando Republikaner wurden (sie wären auf den streng preussischen: militärischen Befehl der Entente hin ebensogern oder noch lieber zum Islam übergetreten), Demokrat geworden, Bürger geblieben. Die jungen pazifistischen, kriegsfeindlichen Dichter des Aufstiegs haben ihn nicht infiziert; die schlechte Nachfolge jubiliert ihre Jubiläen,

# Die deutsche Regierungstrife.

Berlin, 11. November. (Eigenbericht.) Die augenblickliche politische Lage wird in der „Vossischen Zeitung“ dahin gekennzeichnet, daß das System der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien fester sei als die Regierungskoalition. In der Tat ist der jetzige Zustand des Kabinetts nicht lange mehr zu ertragen. Die beiden bürgerlichen Parteien erhalten ihre Weisungen von der Volkspartei und der Gegenpartei zu den Sozialdemokraten wird immer deutlicher. Das Unhaltbare der Lage empfindet auch der Reichskanzler und ist dabei, mit den Parteien darüber zu verhandeln, wie die Regierung wieder aktionsfähig gemacht werden könne. Zentrum und Demokraten drängen auf die Aufnahme der deutschen Volkspartei in die Koalition. Der Kanzler möchte nur einige Persönlichkeiten heranziehen, die der deutschen Volkspartei nahestehen, doch nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit, sondern wegen ihrer sachlichen Qualifikation. Der Generaldirektor der Sapag. Cuno, wird bereits als zukünftiger Außenminister genannt. Andere Mitteilungen der bürgerlichen Presse, als ob der Kanzler auch mit der Sozialdemokratie Fühlung genommen habe und Genosse Doktor Hilferding für das Portefeuille des Wiederaufbau-ministers in Betracht käme, entsprechen nicht den Tatsachen. Vor der Sitzung der sozialdemokra-

tischen Reichstagsfraktion am Montag wird die Sozialdemokratie sich nach seiner Seite festlegen. Was bis dahin über die Stellungnahme unserer Partei gemeldet wird, beruht auf Mutmaßungen. Soviel sieht allerdings fest, daß die Sozialdemokratie die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen verlangen wird und gerade dagegen sträubt sich die Volkspartei, die eine Stabilisierung der Mark und damit die Balanzierung des Budgets verhindern will. Das kam auch in der Rede von Hugo Stinnes zum Ausdruck, die er Donnerstag im Reichswirtschaftsrat hielt und die heute von der „Deutschen Allgem. Zeitung“ im Wortlaut veröffentlicht wird. Dort hat Stinnes das Regierungsprogramm, wie es in der Antwort an die Reparationskommission zum Ausdruck kam, eine Quacksalberei und ein Pumpgeschäft genannt. Er verlangt, daß die deutschen Arbeiter durch zehn bis fünfzehn Jahre täglich zwei Stunden länger arbeiten, damit die Produktion gesteigert wird. Die Sozialdemokratie wird es auf jeden Fall ablehnen, sich in der neuen Regierung als Kulisse gebrauchen zu lassen. Sollte, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, die Erhebung des Genossen Robert Schmidt im Reichswirtschaftsrat durch den Volksparteiler von Traumer angefordert werden, so wäre das das Ende der Koalition.

# Rein-sozialistische Regierung in Sachsen

Berlin, 11. November. (Wolff.) Parteivorstand und Fraktion der Vereinigten sozialdemokratischen Partei in Sachsen haben beschlossen, mit Unterstützung der Kommunisten wiederum wie vor zwei Jahren ein rein sozialistisches Minderheitskabinet zu bilden.

Aufforderung an die Kommunisten. Berlin, 11. November. Die der „Vorwärts“ aus Dresden meldet, hat die sächsische Sozialdemokratie beschlossen, die Kommunisten durch ein offizielles Schreiben aufzufordern, unter der Bedingung der Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung in die Regierung einzutreten.

# Ausland.

## Die Parteiprogramme für die englischen Parlamentswahlen.

In den Programmen für die auswärtige Politik gibt es keine weitgehenden Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien. Die ausrunder gelangte konservative Partei dürfte eine janzosenfreundliche Politik treiben, Lord Derby als Kabinettsminister ist als eingekamerter Franzosenfreund eine Gewähr dafür, der Arbeiterpartei steht das große Verdienst zu, von Anfang an im Geiste der Völkerveröhnung und Vermittlung gewirkt zu haben. Sie hat die Revision der Friedensverträge, die Deutschland lebensfähig erhalten soll, bereits in einem Zeitpunkt gefordert, wo die Kapitalisten durch die eigene Not noch nicht eines besseren belehrt wurden. Das kam daher, daß die Arbeiterpartei sich in diesen Fragen zu Vertretung gerechter Grundsätze aufgeschwungen hat, während die bürgerlichen Parteien auch in diesen großen Fragen Gelegenheitspolitik trieben.

Bezüglich der Probleme der inneren Politik ist für die konservative Partei bezeichnend, daß sie für die kommende Zeit ausdrücklich kein Programm aufstellt, bzw. nur so viel, daß sie Ruhe haben und nichts neues unternehmen will. Das ist u. a. auch eine Kampfanlage gegen die sozialen Reformen, welche unabweisbar und die, wo bereits begonnen, abgebaut werden dürften. Es ist kein Geld für Arbeiterwohnungen noch für Erziehungszwecke vorhanden. Die unabhängige liberale Partei (Asquith) hat ihr Programm in zehn Punkten festgelegt, welche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Agrarreformen, energische Förderung des Wohnungs- und Erziehungs-wesens enthalten. Auch sind sie Anhänger der Verhältniswahlen. Das Programm der Arbeiterpartei kann als gemäßigter Kollektivismus bezeichnet werden. Es fordert die Sozialisierung der Eisenbahnen und der Bergwerke, also Maßnahmen, die nicht das Herz des kapitalistischen Systems treffen. Am meisten umstritten ist die Forderung der Arbeiterpartei nach Vermögens-abgabe, die Besitzer von über 5000 Pfund Sterling zu entrichten haben. Auch soll die Einkommensteuer zu einer progressiven ausgestaltet werden; das steuerfreie Einkommen soll 250 Pfund betragen und bis 500 Pfund sollen mäßige Steuererlässe in Anwendung kommen. Die große Mäßigung im Arbeiterprogramm ist auf die Bestrebung der Partei zurückzuführen, die Stimmen der Angestellten, die bei den Wahlen den Ausschlag geben dürften, zu gewinnen. Die nächsten Tage werden zeigen, welche Anziehungskraft dieses Programm auszuüben vermag.

## Für die Unabhängigkeit Palästinas.

London, 11. November. „Times“ meldet ausairo: Die arabische Palästinaabordnung, die seinerzeit in London mit englischen Regierungsmittgliedern verhandelt hatte, ist nach Konstantinopel abgereist, um sich von dort nach Angora zu begeben. Das Ziel der Abordnung ist, bei Mustafa Kemal darauf zu bringen, daß die nationalsozialistische Vertretung in Lausanne an dem Nationalpakte teilnehmen solle, der die Unabhängigkeit aller früher zum türkischen Reich gehörigen Länder verlangt.

# Der Mißerfolg der Rechten in Polen.

Die Wahlergebnisse in den anektierten Ostgebieten zeigen einen überwältigenden Sieg des Minderheitenblocks, der in Böhmen sämtliche 16 Mandate, in der Wojewodschaft Nowogrodok 5 von 6, in West-Litow 3 von 5 erlangt hat. Die Parteizugehörigkeit der gewählten 352 Abgeordneten verteilt sich wie folgt: Rechtsblock 130, bauerliche Volkspartei (Witos-Partei) 57, Minderheitenblock 53, Polnische Sozialisten (PPS.) 37, radikale Bauernpartei „Wyzwolenie“ 36, Nationale Arbeiterpartei 15, Skulski-Gruppe 7, ostgalizische Zionisten 14, ostgalizische Bauergruppe 5, der Rest fällt auf kleinere Gruppen, darunter 2 Kommunisten. Die Zahl der nichtpolnischen Abgeordneten stellt sich auf insgesamt 73. 20 Mandate stehen noch nicht fest, ferner die 72 Mandate der Reichsliste, doch werden diese an dem Gesamtbilde wenig ändern, da sie nach dem Verhältnis der bereits errungenen Mandate verteilt werden. Nach Bromberger Nachrichten dürften die nationalen Minderheiten 80 bis 90 Mandate erhalten, ein Ergebnis, das angesichts der ungeheuerlichen Wahlordnung die kühnsten Erwartungen übertrifft. Die nicht-polnisch-slawische Fraktion, die es bisher nicht gab, wird etwa 34 Abgeordnete zählen, die jüdische Fraktion dürfte ihre Mandatsziffer auf über 30 erhöhen, während die Deutschen mit etwa 16 Abgeordneten zu rechnen haben, womit die bisherige Mandatszahl verdoppelt wird. Der unerwartete Erfolg des Minderheitenblocks und der Zionisten erfüllt die polnische Presse mit großer Befriedigung. Sogar der liberale „Kurjer Poranny“ meint, die Minderheiten würden für ihre Beteiligung an einer Links- oder Rechtsmehrheit, die ohne sie voraussichtlich nicht werde zustandekommen können, unaussprechbare Forderungen stellen. Das Blatt verlangt die Nichtteilnahme der Rechten an den Ostgebieten. Sämtliche Parteien rufen energisch zu den am Sonntag stattfindenden Senatswahlen, die über Pilsudskis Schicksal entscheiden werden. Dem der Staatspräsident wird vom Sejm und vom Senate gewählt. Fällt Pilsudski, dann hat Polens Mussolini, Korfanti, das Wort.

Der Erfolg der oppositionellen Parteien wiegt darum so schwer, weil er dem ungerechtesten Wahlrecht und einem alle westlichen Begriffe übersteigenden Terror gegenüber errungen wurde. Trotzdem die Wahlgemietrie alle von Minoritäten dicht bewohnten Gebiete auf verschiedene Wahlkreise verteilt hat, so daß gewaltige Minderheitsziffern nicht zur Geltung kommen können, ziehen die Minoritäten mit rund achtzig Mann in den Sejm ein. Den Tatsachen gegenüber wirkt es geradezu grotesk, daß die polnischen Blätter über — ruffen jüdischen Terror klagen und Kassation der Wahlen verlangen. Höher geht mit der Tarnserie wirklich nicht!

Um Teil haben sich die Gesetzgebungskünstler, welche die Wahlordnung „gemacht“ haben, in ihrer eigenen Schlinge gefangen. Um die Opposition nämlich ganz mundtot zu machen, bestimmten sie, daß nur jene Parteien in das zweite Stratum kommen und sich an den Stimmresten des ganzen Reiches beteiligen dürften, deren Liste in mindestens sechs Wahlkreisen mit mindestens je einem Mandat durchgedrungen sei. Dadurch schweiften sie aber die Opposition zu einem Minderheitswahlblock zusammen und sicherten ihm jene Strohstark, die sich jetzt so überaus bewährt hat. Die Ueberraschung ist umso größer, als sich die Agitation angesichts der „Liberalität“ der Gegner auf Jüdische beschränken mußte und fast gar keine Wahlversammlungen stattfinden konnten.

Die deutschen Genossen Polens, deren Zahl nicht gering ist, standen aus mehreren Gründen vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Einmal lebten sie stark zerstreut mit Lodz, Posen, Bromberg, Rattowitz und Bielitz als Mittelpunkten, und dann hatten sie die schwere Wahl, entweder für die PPS. zu stimmen oder sich dem Minderheitsblock anzuschließen. Nun bestritt die PPS. den Hauptteil ihrer Agitation mit Behereien gegen die Deutschen, um so ihre von den Nationaldemokraten angezweifelte „nationale Verlässlichkeit“ zu erweisen, und im Minderheitsblock wieder geben sich Kapitalismus und Merkantilismus ein peinliches Rendezvous. Um allein zu gehen, reicht die Stärke der deutschen Arbeiterpartei, da ein Mandat zwanzig- bis dreißigtausend Wähler erfordert, nirgends aus. Diese Umstände und Erzwingungen machten die Haltung der deutschen Partei schwankend und unsicher, so daß sie im Sejm nicht vertreten sein wird. So schmerzhaft das ist, so wird es doch sicher den Erfolg zeitigen, daß die nächsten Wahlen das deutsche Proletariat Polens geschlossen unter einer einheitlichen Parole werden kämpfen sehen.

## Das Freidenker-Urteil vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.

Berlin, 12. November. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm heute vormittags den Bericht des Reichskanzlers, Dr. Wirth, über die Verhandlungen mit der Reparationskommission entgegen. Auf Antrag des Genossen Hermann Müller wurde beschlossen, daß sich der Ausschuss über die außenpolitische Seite des Freidenker-Prozesses näher informieren solle. Es wurde ein Unterausschuß gewählt, der die Akten des Prozesses studieren und dann dem Ausschuss Bericht erstatten soll. — Wenn die Behandlung im Ausschuss dem Opfer der Münchner Hafentreu-Justiz nicht unmittelbar nützen kann, so vermag sie doch die Grundlage des Urteils, Freidenker habe dem Deutschen Reich durch seine Verichte Schaden zugefügt, in seiner ganzen Richtigkeit zu erweisen.

# Tages-Neuigkeiten. Zwischen Dresden und Prag.

Von Teheba.\*)

Wir sahen einander gegenüber. Das heißt: sie sah mich, sondern riefte aus dem Sitz hin und her, als habe sie Armeisen im Korsett.

Das Damadon war eine „Geeslovenska“, das merkte ich, ehe sie den Mund aufhat, an allem ziemlich genau.

„Glauben Sie, daß wird revidiert?“ fragte sie mich.

„Ich glaub es schon,“ erwiderte ich, obgleich ich es nicht genau wußte.

„Das sein nicht gut,“ ließ sie mich wissen. Wir war es furchtbar kurz, ob revidiert wird. Mit meinen paar Socken und den weichen Kragen wird das keine Schwierigkeiten machen.

Mein holdes Gegenüber aber nahm einen von den drei Koffern und ging auf die Toilette. Nach einer halben Stunde kam sie wieder, aber völlig verändert.

Als ein bescheiden gekleidetes Mädchen war sie in den Raum gegangen, wie eine Dame der besten Gesellschaft kam sie wieder. Da fehlte nichts: von den eleganten Strümpfen bis zur niedlichen Uhr und auffallende Garnitur war alles da. Sie lächelte etwas verlegen.

Die feinen Fingerringe paßten ja gar nicht zu der Bekamterschmuck, aber sie glaubte sich sehr entzückend auszugehen.

Mit einigen hundert Kronen war sie auf einmal eine andere geworden, doch ihre Unruhe hatte sie nicht mit den alten Kleidern eingepackt, die war auch unter der Seidenbluse geblieben.

Hinter Pirna kam ein Mann ins Abteil, der sich für uns interessierte. Er prüfte die Pässe nach, befah sich auch meine Nachbarin genau. Dann verschwand er wieder.

Die tschechische Maid war von einer Zentnerlast befreit: „Du ist vorbei Revision un ist fertig Kontrolle,“ jubelte sie.

Aber man soll die Revisoren erst hinter Bodenbach loben. Wir waren noch ziemlich weit vom Land der hochwertigen Kronen entfernt, da kam wieder ein „Gemüthlicher“ ins Lokal.

„Das Gepäd, bitte,“ sagte der. Das klang schon gar nicht gemüthlich.

Das Mädel aus der Gegend von Prag fing an, Armeisen zu fangen und bekam zinnobereote Baden. Ich fand sie direkt hübsch in dieser Aufregung.

„Wo haben Sie den schönen Hut her?“ fragte der Beamte.

„Aus Prag, bittä...“ schrie meine Nachbarin.

„Der aus Prag? Das glaubt Ihnen doch gee Luderchen.“

Der Mann wurde direkt gemüthlich, nahm den Hut, befah sich die Aufschrift, ritz den Streifen, auf dem eine Prager Firma stand, weg — und siehe da — darunter befand sich ein sehr bekanntes Dresdener Hutgeschäft in schöner silberner Schrift.

Die Besitzerin des Hutes gab jeden Widerspruch auf. Dann forschte der weißgrüne Kontrolleur weiter; er wunderte sich sehr über die wunderbaren Sachen:

„Hab ich alle von Schwester in Dresden geschänkt,“ behauptete sie.

„Das arme Mädel, die Schwester, gann cemen bloß leed tun,“ meinte der Beamte, „die is doch nu ihr Geld los, das goft e schee Vermögen.“

Dann sagte er noch, sie müsse aussteigen, müsse den ganzen Zimt dalassen und Kaution stellen, sonst müßte sie auch dableiben. Dabei öffnete er den dritten Koffer, wo die feinste weiße Wäsche und allerlei sonstige Herrlichkeiten friedlich beinander lagen.

Sie müßte auch wirklich in Sachen bleiben. Während dieses kleinen Intermezzos, das ein Schlaglicht darauf wirft, wie wir ausverkauft werden, kam es mir aber doch in den Sinn, ob auch hier alles recht zugeht? Ob nicht auch dabei bloß die Kleinen erwischt werden?

Eine Niederlage des Abg. Jung. Aus Komotau wird uns telephoniert: Zur Freitag abend hatten die Komotauer Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung in die Komotauer städtischen Parkfälle einberufen, zu der der Abgeordnete Jung, der Führer der deutschen Nationalsozialisten, als Referent angezogen war. Abgeordneter Jung war gekommen, um die Sozialdemokraten zu vernichten, aber aus dem Siege wurde eine furchtbare Niederlage. Schon lange vor Beginn der Versammlung strömten die Arbeiter — Sozialdemokraten und Kommunisten — in das Versammlungsortal, das um acht Uhr bis auf das letzte Plätzchen gefüllt war. Acht Zehntel der Anwesenden waren Arbeiter, die Herrn Jung eine unangenehme Überraschung bereiteten. Bei der Eröffnung der Versammlung versuchten die Einberufer einen feigen Schritt: sie erklärten unter dem Eindruck der für sie so unangenehmen Zusammenkunft der Anwesenden, daß die Versammlung eine öffentliche Vereinsversammlung sei. Auf dem Ankündigungspalate war aber die Versammlung als öffentliche Versammlung angekündigt worden. Es entstand daher ein ungeheurer Sturm der Entrüstung, der sich legte, als sowohl den Sozialdemokraten als auch den Kommunisten je eine Stunde Redezeit zugewilligt wurde. Hierauf trat Herr Jung in der bekannten Weise der Nationalsozialisten seine Ansichten über alles mögliche vor, wobei sein Hauptschlagwort im Judenargumente bestand. Ihm

# Kündigungsfrist bei Kollektiventlassungen.

Angefaßt der Wichtigkeit, welche die nachstehende Verordnung für die Arbeiterschaft hat, drucken wir sie im Wortlaut ab:

(Verordnung vom 21. Oktober 1922 Slg. Nr. 304 über die Kündigungsfrist der Arbeits-(Dienst-)verhältnisse bei einer Kollektiventlassung von Dienstnehmern während der Dauer der Wirtschaftskrise. — Kundgemacht am 24. Oktober 1922.)

Auf Grund des Gesetzes vom 15. April 1920 Slg. Nr. 337 wird angeordnet:

### § 1.

Die Kündigung der Arbeits-(Dienst-)verhältnisse in Betrieben, auf die sich das Gesetz vom 25. Februar 1920 Slg. 144 über die Betriebs- und Räteverträge im Bergbau, oder das Gesetz vom 12. August 1921 Slg. 330 über die Betriebsausschüsse bezieht, beträgt bei einer Kollektiventlassung von Dienstnehmern aus Gründen, die außerhalb der Arbeits-(Dienst-)verhältnisse liegen, für die Dauer der Wirksamkeit dieser Verordnung wenigstens eine Woche, falls nicht durch Vertrag, lehrmäßige Verfügung, richterliche Ausspruch oder durch rechtliche Vorschriften für bestimmte Arbeits-(Dienst-)verhältnisse eine längere Frist festgesetzt ist.

### § 2.

Als Kollektiventlassung gilt, wenn der Unternehmer im Laufe eines Kalendermonats wenigstens 10 Prozent der am ersten Arbeitstage im Monat beschäftigten Dienstnehmer entläßt, soweit nicht durch Kollektivverträge etwa anderes festgesetzt ist. Wurden im Kalendermonat fünf oder noch weniger Dienstnehmer entlassen, so gilt das nicht als Kollektiventlassung.

### § 3.

Entläßt der Dienstgeber Dienstnehmer aus der Arbeit, ohne die im § 1 angeführte Frist einzuhalten, ist er verpflichtet, dem Dienstnehmer den Lohn mit allen Zulagen in der Höhe des durchschnittlichen Verdienstes in den letzten vier Wochen zu ersetzen, bezw. zu ergänzen, und zwar in voll beschäftigten Betrieben für die auf die Entlassung folgende Arbeitswoche, und in Betrieben, in denen während der letzten vier Wochen nur wenige Tage in der Woche gearbeitet wurde, für die wöchentliche Durchschnittszahl dieser Arbeitstage.

### § 4.

Die Bestimmungen dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Saisonarbeiter, auf landwirtschaftliche Tagelöhner, ferner auf Dienstnehmer, mit denen der Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit oder zur Probe oder zur Ausführung einer einzelnen Arbeitsleistung oder zur Verfertigung eines bestimmten Werkes vereinbart wurde.

### § 5.

Das Recht beider Parteien, das Arbeits-(Dienst-)verhältnis aus wichtigen Gründen, die durch die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen festgesetzt sind, aufzulösen, bleibt in Geltung.

### § 6.

Die Rechte der Dienstnehmer, die aus den vorangehenden Bestimmungen entspringen, können für die Dauer der Wirksamkeit dieser Verordnung durch Arbeits-(Dienst-)verträge weder aufgehoben noch beschränkt werden.

### § 7.

Diese Verordnung erlangt am Tage ihrer Kundmachung Wirksamkeit, ihre Gültigkeit erlischt am 1. März 1923.

Mit ihrer Durchführung ist der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den Ministern des Handels, der öffentlichen Arbeiten, der Landwirtschaft, des Innern und der Justiz betraut.

entgegnete unter häufigem stürmischem Bei- der Anwesenden Genosse Jaksch, der die sonderbaren Weisheiten des Herrn Jung einer vernichtenden Kritik unterzog und die vorgebrachten Widersprüche aufzeigte. Der Weg, den die Gelben gehen wollen, würde das Versinken Europas in die Barbarei bedeuten. Da Herr Jung das „Reichspital“, nicht aber das Industriekapital als bekämpfenswert bezeichnete, und auch sonstige Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitäten machte, legte ihm Genosse Jaksch die Liste des Ausschusses der Komotauer Männermannvereine vor. Auf dieser Liste stehen jüdische, tschechische und deutsche Kapitalisten. Genosse Jaksch fragte nun, gegen welche Kapitalisten der Kampf eigentlich geführt werden soll. Auf den Vorschlag, daß die Sozialdemokraten mit den Juden partiierten, führt Genosse Jaksch aus, daß der Komotauer Nationalsozialist Eilenstein mit Juden, Deutschnationalen und Christlichsozialen gegen die Gewährung einer Subvention für die Arbeitslosen in Komotau gestimmt habe. Ein ähnlicher Fall habe sich erst jüngst in Görkau zugetragen. Genosse Jaksch wies dann nach, daß die Irredentisten des Wortes den Subventionen sagen vor aller Welt lächerlich gemacht haben. Der Redner geisterte dann das Doppelspiel der Deutschen mit dem Parlamentarismus, vor allem das des Herrn Jung, der angeblich eine nationale Verständigung bekämpfe, aber den Dringlichkeitsantrag des Genossen Dr. Czech über die nationale Verständigung mit unterschrieben habe. Die bisherige Arbeit des Nationalsozialismus sei im Dienste der Reaktion geschehen. Doch wenn die Gelben auch bei uns Faschismus spielen wollen, so werden sie sich nur geschlagene Knochen holen. Ungeheurer Beifall folgte der Rede

Diese Verordnung erläutert im „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung“ Nr. 4. Nr. 21, Dr. Franz Chleemann folgendermaßen:

Die obige auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Regierungsverordnung ändert die Kündigungsfristen, die im ArbZG (§ 1159), in der Gewerbeordnung (§ 77), und im Allg. Berggesetz (§ 201) zugelassen werden, unter gewissen Voraussetzungen ab. Diese Voraussetzungen sind: 1. Der Betrieb muß dem Gesetz über die Betriebs- und Räteverträge im Bergbau (Nr. 144 ex 1920) oder dem Gesetz über die Betriebsausschüsse (Slg. Nr. 330 ex 1921) unterliegen. Es ist gleichgültig, ob im Betrieb ein Betriebsrat bzw. ein Betriebsausschuß existiert. Sind die Bedingungen hierfür strittig, so kann auch das ordentliche Gericht oder das Gewerbeamt die Entscheidung hierüber aussprechen. Längere Kündigungsfristen bleiben in Geltung, wenn sie auf einem Vertrag (Einzel- oder Kollektivvertrag), lehrmäßiger Anordnung, Richterspruch oder einer rechtlichen Vorschrift beruhen. 2. Für den Begriff der Massenentlassungen ist eine gewisse Zahl der Entlassenen (oder Gehindigten) erforderlich, und zwar 10 Prozent der Arbeitnehmer, die am ersten Arbeitstage im Monat beschäftigt sind. Kollektivverträge können für die Arbeitnehmer günstigere Bedingungen festsetzen, dürfen aber nicht bis auf fünf Prozent herabgehen, weil sie sonst nicht von der Verordnung geschützt sind, welche Entlassungen bis zu 5 Prozent ausdrücklich nicht als Kollektiventlassungen erklärt (§ 2 a. E.). Diese 10 Prozent werden von der Zahl der in einem Kalendermonat Beschäftigten berechnet, also z. B. im November, Dezember. Die hier sehr leicht mögliche Umgehung der Verordnung ist nach § 1295, 2. Abf. des ArbZG, zu beurteilen. 3. Ausgeschlossen von der Schutzvorschrift sind Saisonarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter, ferner Arbeitnehmer, mit welchen ein Vertrag für eine bestimmte Zeit oder zur Probe oder zur Vollbringung einer einzelnen Leistung oder zur Verfertigung eines bestimmten Werkes vereinbart wurde. Landwirtschaftliche Arbeiter sind die direkt bei der Landwirtschaft tätigen Personen, nicht die der landwirtschaftlichen Arbeit dienenden Arbeiter. 4. Die Kollektiventlassung muß ihre Ursache haben in Gründen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen. Kampfmaßnahmen sind daher auf Grund der Verordnung nicht ansehbar. 5. Liegt ein Grund vor, der den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zur vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses aufgrund des ArbZG, der Gewerbeordnung oder des Berggesetzes berechtigen würde, so findet die Verordnung ebenfalls keine Anwendung. 6. Die Verordnung ist zeitlich beschränkt von dem Tage ihrer Kundmachung (24. Oktober 1922) bis zum 1. März 1923.

Strafbar ist die Zuwiderhandlung gegen den § 1 nicht, macht aber erspürlich. Der Arbeitnehmer hat gegenüber dem Arbeitgeber Anspruch auf den Durchschnittslohn von einer Woche samt allen Zulagen. Bei vollbeschäftigten Betrieben ist die der Entlassung folgende Woche zugrunde zu legen, bei Betrieben, die in den letzten vier Wochen nicht voll gearbeitet haben, wird der wöchentliche Durchschnitt der tatsächlichen Arbeitstage gezogen. Die Verordnung beschränkt sich übrigens nicht bloß auf Arbeitsverhältnisse, sondern bezieht sich, wie der wiederkehrende Ausdruck „Dienstverhältnisse“ besagt, auch auf Angestellte, allerdings so weit sie nicht dem weitergehenden Handlungsgeschehen- oder Güterbeamtengesetz unterliegen. (G. B. gewisse Schauspielere). Die aus der Verordnung für die Arbeitnehmer entspringenden Rechte für die Arbeitnehmer können durch Vertrag weder aufgehoben, noch beschränkt werden. Allerdings werden gegen Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift (§ 6) keine Vorfragen getroffen.

Waga muß aber unbedingt gegenüber dem Ausland, das diesmal in zahlreichen Vertretern die Prager Versammlung beschiden wird, den Beweis erbringen, daß er es den nationaldemokratischen Propagandisten Drabec und Wares gleichgültig ist. Es wäre übrigens nicht uninteressant, die Frage aufzuwerfen, ob alle Mitglieder der Verwaltungskommission sich mit der Ansicht Dr. Wagas solidarisch erklären.

Die Hungernden und die berittene Polizei. Freitag abends kam es laut Blättermeldungen in dem böhmischen Industrieviertel Kall zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Es wurden die Fensterscheiben der Läden zertrümmert und die ausgestellten Waren geraubt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, welche die großen Verkehrsstraßen durchzog, wurde schließlich durch ein starkes Aufgebot berittener Polizei auseinandergeprengt.

Verhaftung eines Quäntchen. Der als Freikorpsführer berüchtigte frühere Leutnant Kogbach ist durch die politische Polizei verhaftet worden, da er im preussischen Staatsgebiet in der letzten Woche eine sehr rege Tätigkeit in der Begründung und Propagierung von Geheimorganisationen entfaltet haben soll.

Deutschlands Kohlennot und die Volksgesundheit. Anlässlich der Beratungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen an die Entente machte Geh. Med. Rat Dr. Krohne vom Preussischen Wohlfahrtsministerium Ausführungen über die erste Bedrohung der deutschen Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot. Er wies an der Statistik nach, daß die Sterblichkeit, die sich nach dem Kriege infolge besserer Ernährung des Volkes allmählich wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteige, und daß die vermehrte Sterblichkeit in der Hauptsache auf eine bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erkältungen zurückzuführen sei. Er betonte deshalb, daß es eigentlich erforderlich sei, den unheimlichsten Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern als bisher möglich war, um ein weiteres Ansteigen der Erkrankungsfraktionen zu verhüten. Dies sei umso erforderlicher, als gerade infolge der zunehmenden enormen Teuerung der Lebensmittel weite Schichten beispielsweise nicht mehr in der Lage wären, sich den täglichen notwendigen Bedarf an Fett zuzuführen. Gerade ein mangelhaft mit Fett ernährter Mensch habe aber ein erhöhtes Wärmebedürfnis und sei deshalb Erkältungen in besonderem Maße ausgesetzt. Unter diesen Umständen würde eine Mehrlieferung von Kohlen an die Entente unabsehbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Wenn die Entente künftig fünf Millionen Zentner Kohle monatlich mehr verlange und erhalte, so müßte das die Wirkung haben, daß bei einer Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur drei Zentnern Kohle monatlich, etwa 1.700.000 deutsche Familien keine oder keine genügende Kohle erhalten könnten, deshalb frieren und zum nicht geringen Teil an Erkältungen erkranken oder sterben müßten. Geh. Rat Krohne kam deshalb zu dem Ergebnis, daß jede Mehrlieferung von Kohlen an die Entente vom Standpunkt der Volksgesundheit aus unerträglich wäre.

Die amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen. Aus Washington wird gemeldet: Das Finanzdepartement erklärt, daß jeder Vorschlag auf Abänderung der gegenwärtigen amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen, die geeignet wäre, dem Lande eine umfangreiche Zahl von Arbeitern zu verschaffen, durch Mellon gebilligt werden würde, wenn er auch dafür sei, daß irgend ein Ausnahmefall zur Anwendung komme, wodurch eine unerwünschte Vermehrung anderer Einwandererkategorien verhindert wird. Mellon sei der Auffassung, daß die zunehmende Wohlstand des Landes die Ursache des Arbeitermangels ist, sowie wiederum eine Fortdauer der hohen Preise die Schuld trage.

Giftmordversuch an dem Chef der Londoner Polizei. „Scotland Yard“ verläutert eine amtliche Meldung, welche besagt, daß der Chef der Londoner Polizei Sir William Greenwood Dienstag abends, als er zu dem zu Ehren des neuen Lordmajors in der Guildhall veranstalteten Bankette gehen wollte, erkrankt ist. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß er an einer schweren Vergiftung durch ein unbekanntes Gift erkrankt sei. Das Befinden Greenwood ist kritisch.

Anzeichen eines katastrophalen Erdbebens. Wie aus Heidelberg gemeldet wird, reagiert der Apparat der Sternwarte auf dem Königstuhl ein ungemein heftiges Fernbeben, das an das katastrophale Erdbeben von Messina erinnert. Die Bewegung hielt über drei Stunden an. Die Gegend des Bebens ist noch unbekannt.

Inschriftion an der deutschen Universität. Bis zum 10. d. M. wurden für das Wintersemester an der deutschen Universität inskribiert: 28 Theologen, 13 Juristen, 1261 Mediziner, 475 Philosophen und 416 Naturwissenschaftler, zusammen 3023, davon 2600 ordentliche Hörer und 333 außerordentliche. Wegen des Sommersemesters ergibt sich ein Plus von 14 Studierendenzahlen, von der Gesamtzahl waren nur 140 Ausländer, gegen 102 Ausländer im Sommersemester.

„Der Völkerverbund und wir“. Vortrag des Abgeordneten Meisinger Donnerstag, den 16. November, um 8 Uhr abends im Spiegelsaal des „Deutschen Hauses“.

Neuer — natürlich feiner und tenerer — Rauchtabak. Die Tabakregie gibt bekannt, daß in den nächsten Tagen importierter englischer Rauchtabak von der Firma Carreiras Ltd., London, u. zw. „Craven Mixture“ verpackt in Blechbüchsen zu 50

\*) Aus dem Berliner „Vorwärts“.

Gramm in den Verschleiß gefeßt werden wird. Der Preis wird mit 12 Kronen für eine Blechbüchse zu 50 Gramm festgelegt. Mit dem Verschleiß wurden die Tabakspesialitätengeschäfte in allen größeren Städten der Republik betraut. Jede Blechbüchse ist mit einer Etikette der Tabakregie versehen.

**Waffenbesitzer Verhaftung.** Als ein Streckenwärter der Bahnlinie Eger—Mühlbach die Bahnstrecke abging, fand er etwa hundert Meter von der Station Mühlbach entfernt neben dem Geleise die Leiche einer etwa 40jährigen Frau, die einen Schädelbruch aufwies und bloß mit einem Hemde bekleidet war. Es ist die 41jährige Marie Hüfner aus Dreihaden bei Marienbad, welche im Egerer Krankenhaus untergebracht war und von dort am 7. d. nachts, nur mit Hemd und Jacke bekleidet, entwichen ist. Es ist anzunehmen, daß die Frau in der Meinung, sich auf der Marienbader Strecke zu befinden, das Bahngelände entlang gegangen ist und hieselbst von einem Zug erfasst, getötet und zur Selte geschleudert wurde. Die Frau war trübsinnig.

**Schiffuntergang infolge Benzinexplosion.** Am Bord des Hamburger Dampfers „Leopold David“ ereignete sich eine schwere Benzinexplosion, die das Schiff innerhalb einer Stunde zum Sinken brachte. Der Dampfer kam von Rotterdam mit einer Benzinladung und hatte auf der Reede querab von Oterhoeft festgemacht. Von der 17 Mann starken Besatzung sind nach bisheriger Feststellung elf Mann gerettet. Die Explosion war so stark, daß von dem Vorderdeck sämtliche Platten weggerissen wurden, so daß das Vorderdeck nur noch aus einer Reihe von Spanien bestand. Das ganze Hinterdeck stand alsbald nach der Explosion in Flammen. Die Rettungsarbeiten, an denen mehrere Dampfer sich beteiligten, wurden durch die auf dem Wasser schwimmenden brennenden Benzinmassen sehr erschwert.

### Telegramme.

#### Die Österreichische Notenbank.

Wien, 11. November. (R. B.) Der Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates hat heute die Vorlagen betreffend die Errichtung der Notenbank unter Ablehnung verschiedener von den Sozialdemokraten gefestelter Abänderungsvorschläge angenommen. Die beiden Vorlagen werden Dienstag im Nationalrat zur Erledigung gelangen.

#### Vor einem Angriff der Rhenalisten.

London, 11. November. (F. B.) Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, das britische Kabinett befaßt sich in seiner gestrigen Sitzung besonders mit einer beunruhigenden Mitteilung General Harringtons, die besagt, daß die Türken, statt den Forderungen der alliierten Generale nachzugeben, ihre Ansprüche noch energischer geltend machen. Die Lage werde als kritisch angesehen. Nichtoffiziell verlautet, es bestehe Gefahr von Angriffen der Rhenalisten auf die alliierten Truppen in Konstantinopel. Man nehme an, daß die britische Regierung die Frage der Entsendung weiterer Truppen nach Konstantinopel erwäge.

#### Neue Verschlimmerung im Nahen Osten.

London, 10. November. Unter dem Vorsitz von Lord Curzon fand heute eine Sitzung des Kabinetts statt, die sich, wie gemeldet wird, in der Hauptsache mit der Orientkrise befaßte. Wie verlautet, ist wahrscheinlich infolge der Verschärfung des Kabels durch die Rhenalisten, seit 49 Stunden die amtliche Verbindung mit Konstantinopel unterbrochen. Die offiziellen Berichte bezeichnen die Lage als ernst.

London, 10. November. Es verlautet heute, daß die neuen Forderungen der Türken eine vorherige Beratung der Alliierten immer wünschenswerter machen. Es sei wahrscheinlich, daß eine Zusammenkunft zwischen Lord Curzon und den Premierministern von Frankreich und Italien stattfinden wird. Infolge dessen wird die Lausanner Friedenskonferenz möglicherweise über den 20. November hinaus verschoben werden.

#### Angoras Nationalversammlung beharrt auf ihren Forderungen.

Paris, 11. November. Nach einer von der Morgenpresse wiedergegebenen Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung der Regierung von Angora den Kompromißvorschlag zurückgewiesen, den Reser Pascha mit den alliierten Regierungen ausgearbeitet hat, um die Notwendigkeit der alliierten Okkupation mit der Forderung der Nationalisten in bezug auf die Befreiung von Konstantinopel zu verbinden. In allen Punkten wird die Lage als ernst bezeichnet.

#### Rußland und die Entente.

Moskau, 11. November. (Amtliches Radio.) Lenin erklärte in einer Unterredung mit einem englischen Korrespondenten: Die Annäherung an Frankreich bedeutet keine Änderung unserer Politik gegenüber England. Wir streben ein freundschaftliches Verhältnis zu beiden Staaten an. Die Beendigung des griechisch-türkischen Krieges verstärkt die Aussichten bezüglich eines englisch-russischen Abkommens, welches wir ständig anstreben. Unser Programm in der Meerengenfrage ist folgendes: Befriedigung der nationalen Bestrebungen der Türkei, Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten und schließlich die Freiheit der Handelschifffahrt.

## Vor neuen Justizmorden in Bayern.

München, 11. November. (Wolff.) Zur Haus-suchung bei der „Münchener Post“ teilt das Blatt mit, daß nach den Erklärungen der Polizeior-gane gegen den ordentlichen Redakteur Jersak ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet sei. Die Haus-suchung habe sich auch auf das Bu-reau des Abgeordneten Kuer erstreckt. Dem Jus-tizminister ist eine Beschwerde der „Münchener Post“ und des Abgeordneten Kuer überreicht worden.

### Maxim Gorki über Rußland.

Nach langer Zeit äußert sich der große russische Dichter, der seit Anfang dieses Jahres wieder im Auslande weilt, über Rußland und die russische Revolution. Einige Jahre war die Stimme dieses nimmermüden Wahrheitsforschers verstummt. Man wußte nur, daß er nach seinem tapferen Kampfe gegen den bolschewistischen Irrsinn in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, sich der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt hatte, um auf kulturpolitischem Gebiete wirken zu können. Seine kritische Einstellung zu der bolschewistischen Regierungspolitik gab er nicht preis, er war aber naturgemäß durch seine Stellung wie durch die Unterdrückung jeder Pressefreiheit gehindert, seine Meinung frei zu äußern. Diese Rücksichten sind jetzt zum Teil für ihn in Wegfall gekommen, und schon sein mutiges Eintreten für die Angeklagten im Moskauer Prozeß der Sozialrevolutionäre zeigte, daß er, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Mächthaber, von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch macht. In seiner letzten erschienenen Schrift „Von russischen Bauern“, die der Berliner Verlag J. Ladyschew in russischer und deutscher Sprache herausgegeben hat, erklärt er halb trozig, halb wehmütig, er habe zu viel erlebt, und wisse zu viel, um das Recht zum Schweigen für sich in Anspruch zu nehmen. Er will niemand rechtfertigen und niemand verurteilen, er will nur feststellen, was ist, um aus den Erfahrungen und Beobachtungen seines reichen Lebens, insbesondere in den letzten stürmischen Jahren des Krieges und der Revolution, ein Gesamtbild des russischen Volkscharakters entstehen zu lassen.

Den Gegenstand seiner jetzigen Feststellungen bildet der russische Bauer, als das Hauptelement des gesamten russischen Volkes. Will man den Charakter des russischen Volkes, wie den Verlauf seiner Geschichte und seiner jüngsten Revolution verstehen, so muß man vor allen Dingen die russische Bauernschaft als ökonomischen, politischen und sozialpsychologischen Faktor verstehen lernen. Gorki ist weit davon entfernt, in die idealistische Schwärmerei der „Volkstümmer“ für den russischen Bauern zu verfallen. Er setzt vielmehr die gute Tradition Anton Tschschow's fort, der Ende der neunziger Jahre gegenüber der süßlichen, verlogenen Schönfärberei der damaligen Literatur den Bauern schilderte, wie er in Wirklichkeit ist, mit seinen guten und schlechten Seiten, mit seiner kulturellen Niedrigkeit, moralischen Minderwertigkeit und politischen Kurzsichtigkeit. Gorki's Urteil ist noch weit schärfer als das Tschschow's, denn in den dazwischen liegenden zwei Jahrzehnten hat der russische Bauer, als der Hauptgewinnler der großen revolutionären Umwälzung in Rußland mehr als je zuvor Gelegenheit gehabt, die eigentlichen Grundzüge seines Wesens in großem geschichtlichen Umfange zu offenbaren.

Getreu seinem Prinzip, weder zu rechtfertigen, noch anzuklagen, sondern zu erklären, weist Gorki auf die geschichtlichen Wurzeln dieser Charaktereigenschaften des russischen Bauern hin. Die wichtigste von ihnen ist die, daß der Druck der Knechtschaft auf die Masse der russischen Bauernschaft härter und länger gelastet hat als auf anderen Völkern Europas. Hieraus entspringt der tief eingewurzelte Haß der Bauern gegen den Staat, der sich in seinen Augen in der Stadt, mit allen ihren Einrichtungen, Gesetzen, Verfügungen usw. verkörpert. Die Primitivität und Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft, die Eintönigkeit und Armut des großen russischen Tieflandes kommen hinzu, um dem im Grunde anarchischen, vom Instinkt der Nomaden stark beeinflusste Charakter der russischen Bauernschaft den Stempel der Primitivität, Kulturlosigkeit und Trägheit aufzudrücken. Das Wort eines russischen Kulturhistorikers trifft vollkommen zu, daß der russische Bauer „eine Masse von abergläubischen Vorstellungen, aber keine Ideen“ besitzt.

Aus dieser Ideenlosigkeit entspringt, nach Gorki, nicht nur die Tatsache, daß das russische Bauernvolk kein historisches Gedächtnis hat und heute so ist wie im sechszehnten Jahrhundert, sondern hier wurzelt auch die Grausamkeit, die Gorki mit tiefem Schmerz als das wesentlichste Merkmal des russischen Volkscharakters bezeichnet. Nirgends werden Frauen so entsetzlich geprügelt, wie im russischen Dorf, nirgends Kinder so erbarmungslos mißhandelt wie überall im großen russischen Reich. Die russische Grausamkeit hat einen spezifischen Charakter: sie ist kaltblütig und raffiniert, gesucht und gekünstelt. Gorki schildert Szenen aus dem russischen Bürgerkrieg, die das Blut erstarren lassen. Diese Grausamkeiten haben keinen besonderen politischen Anstrich: sie finden sich im gleichen Maße sowohl bei den „Roten“ wie bei den „Weißen“. Charakteristisch ist hierbei die Antwort, die ein Soldat, der am europäischen Krieg teilgenommen hatte und jetzt eine größere Abteilung der Roten Armee befehligt, Gorki gab:

„Der innere Krieg — das ist nichts weiter! Aber der richtige — gegen Fremde —, der fällt

Rürnberg, 11. November. (Wolff.) Wie die „Frankische Tagespost“ meldet, hat gestern auch bei ihr im Auftrag des ersten Münchener Staatsanwaltes eine Haus-suchung stattgefunden. — Diese Vorbereitungen neuer Justizmorde erweisen die bayrischen Volksgerichte und die Gesetzesbestimmungen über Landesverrat als geradezu gemeingefährlich und die Münchener Justiz angesichts der Proteste der ganzen Kulturwelt als unsagbar schamlos. Sache der Reichsjustiz muß es sein, der sich in Bayern organisierenden neuen Inquisition halt zu gebieten.

schwer auf die Seele! Ich kann Ihnen sagen, Kenosse, gerade heraus, einen Russen todschlagen ist leichter! Menschen gibt es hier genug, die wirtschaftlichen Zustände bei uns sind jämlich! ... und, wenn man wirklich mal ein Dorf niederbrennt, was hat das zu bedeuten? Das ist eine innere Angelegenheit von uns, wie Rußland, zur Lösung sozusagen. Aber wissen Sie, als ich damals zu Anfang des Krieges nach Preußen kam, — du lieber Gott, was haben mir die Leute da leid getan, und ihre Dörfer und Städte, und überhaupt ihr ganzes Land und Leben! Wie haben wir das blühende Land zerstört, ohne zu wissen, weshalb eigentlich!

Diese charakteristische Eigenschaft des russischen Bauern: die größere Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben und Sterben der eigenen Volksgenossen, findet eine interessante Bestätigung in der Haltung der Landbevölkerung gegenüber der großen russischen Hungersnot. Sie nimmt sie wie eine elementare Katastrophe auf, aber sieht voll Zurecht in die Zukunft, da durch das Wegsterben der Millionen Hungernden mehr Raum für die Ueberlebenden geschaffen wird. „Es ist ein großes Unglück, und viele Menschen müssen zugrunde gehen. Aber wer wird sterben? Die Schwachen, die das Leben schon mitgenommen hat; — aber die da leben bleiben, werden es fünfmal leichter haben.“

Man kann nicht behaupten, daß diese Einstellung, die für den russischen Bauern typisch ist, von besonderer Gemütsstärke zeugt. Gorki hat schon recht, wenn er unter besonderem Hinweis auf die Judenpogrome, die keineswegs allein auf die Hebräer der zaristischen und Herrikalen Agenten zurückzuführen sind, voll Bitterkeit ausruft:

„Aber wo steht denn nun eigentlich der unmüde, nachdenkliche russische Bauer, der unermüdliche Sucher nach Wahrheit und Gerechtigkeit, von dem die russische Literatur des neunzehnten Jahrhunderts der Welt so überzeugend und so schön erzählt hat?“

In meiner Jugend suchte ich mit heißem Verlangen einen solchen Menschen in den Dörfern Rußlands, und — habe ihn nicht gefunden. Ich habe dort den finsternen Regalisten und Schakops gefunden, der es vorzüglich versteht, den Einsatz-pinsel zu spielen, wenn ihm das gerade paßt.“

Diese Eigenschaften des russischen Bauern sind die notwendige Folge seiner wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit, die seine Moral ebenso beeinflussen mußte wie seine Geistesverfassung. Gorki findet für die letzten die treffende Bezeichnung: Szeptizismus der Unwissenheit. Der russische Bauer ist in der Tat Szeptiker. Er verwirft die Stadt und den Staat, die Religion und die Intelligenz, die Revolution und die Reaktion, aber diese skeptische Ablehnung ist hauptsächlich die Folge seiner grenzenlosen Unwissenheit, in der ihn die Jahrhunderte der Leibeigenschaft und der nachfolgenden nur schwach verhaltenen Staatsknechtschaft gehalten haben. Selbst diejenigen von ihnen, die ihre Unvollkommenheit einsehen, wissen sich nicht aus dem Gewirr der auf sie einströmenden Fragen zu retten und sprechen so wie jener Bauer, der seine ablehnende Haltung, Gorki gegenüber mit folgenden Worten begründete: „Einer weiß alles und der andere gar nichts. Das ist ja eben der ganze Jammer! Wie kann ich etwas glauben, wenn ich nichts weiß!“

Und trotzdem läßt sich in diesem Milieu, das Gorki als ein „Milieu von Halbwidern“ bezeichnet, ein wesentlicher Fortschritt feststellen. Allerdings ein Fortschritt, der außerhalb des Bereichs der sentimental-verlogenen „Volkstümmer“ liegt, ein Fortschritt, dem viele wertvolle Elemente der bisherigen russischen Kulturentwicklung zum Opfer gefallen sind. Gorki nennt eines dieser Opfer: die russische Intelligenz. Dieses Urteil ist unvollständig. Nicht nur die gebildeten Stände Rußlands, die sogenannte „Intelligenz“, sind bei der revolutionären Umwälzung zum größten Teil ausgerieben worden. Auch das Proletariat hat seine besten Kräfte auf dem Altar der Revolution zum Opfer gebracht, die fast ausschließlich dem Bauern Rußlands gebracht hat. Er geht aus den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges mit befehltem Grundbesitz und gesteigertem wirtschaftlichen und politischen Bewußtsein hervor. Er weiß wer das Proletariat hat, der hat auch die Gewalt und Macht im Staate in Händen. Er hat durch seine Unterstützung der Roten Armee im Kampfe gegen die weißen Gärten Denikins, Koltshats, Wrangels die innerliche Restauration vereitelt und das bolschewistische Regime gestärkt. Er hat aber zu gleicher Zeit durch seine passive Resistenz, durch seine Sabotage der bolschewistischen Wirtschaftspolitik die Diktatoren im Streit zur Kapitulation gezwungen und jene „neue Wirtschaftspolitik“ gezeitigt, bei der neben dem in- und ausländischen Kapitalisten der private Grundbesitzer, der „starke“ Mittel- und Großbauer der Hauptgewinner ist.

Dieser „starke“ Bauer, der heute noch die politische Herrschaft der Moskauer Diktatoren dul-

det, wird morgen, wenn der bonapartistische Charakter der schein-sozialistischen Ordnung in Rußland vollkommen offen zum Ausdruck gelangt, auch die politischen Konsequenzen aus seiner wirtschaftlichen Machtstellung ziehen. Der Arbeiter kann von ihm nicht viel Gutes erwarten. Schon heute sieht der Bauer ihm mißtrauisch gegenüber, weil er in ihm den Träger der „sozialen Unruhe“, des fortgeschritten „Witwats“ sieht. Noch ablehrender verhält er sich zum „Intellektuellen“, obwohl er instinktiv fühlt, daß er ohne seine Beihilfe nicht vorwärts kommen kann. Und doch verhält es sich so, wie Gorki sagt: daß um den Preis des Unterganges der gebildeten Stände und der Arbeiter der russische Bauer um Leben erwacht ist!

„Die von einer ganz geringfügigen Zahl Intellektueller an der Spitze einiger Tausend von ihnen erzeugter Arbeiter durchgeführte Revolution hat wie mit einem Stampfen die Volksmassen so tief durchstößt, daß die Bauern schließlich nicht zu den alten für immer in Staub verfallenen Lebensformen zurückkehren können. Wie die Juden, die Moses aus der ägyptischen Knechtschaft befreit hatte, werden die halbwildern, dummen, schwerfälligen Bewohner der russischen Dörfer aussterben, alle diese fast Grausen erregenden Menschen, und ihre Stelle wird ein neues Geschlecht von erzogenen, verständigen, lebensmühtigen Menschen einnehmen. Und ich glaube, das wird nicht ein sehr „liebes und sympathisches russisches Volk“ sein, sondern endlich einmal ein tatkräftiges Volk, mißtrauisch und gleichgültig gegen alles, was nichts mit seinen Bedürfnissen zu tun hat.“

Das ist die Prognose, die Gorki, nach seiner bestigen Ankündigung, dem russischen Bauernvolke stellt, eine Prognose, die sich freilich von Schönfärberei und idealisierender Vermählung und die deshalb den Vorzug besitzt, jedem, der das Problem Rußlands zu ergründen sucht, einige leitende Gesichtspunkte zur Beurteilung der sozialen und kulturellen Verhältnisse dieses zukunftsreichen Landes geliefert zu haben.

A. Stein.

### Kleine Chronik.

**Influenzajepidemie auf dem Meere.** Auf dem dieser Tage von Bombay in London eingetroffenen englischen Dampfer „Caledonia“ war auf hoher See eine schwere Influenzajepidemie ausgebrochen, die sechzig Mann der Besatzung ergriff; zwei davon sind gestorben. Der eine der von der Krankheit hingerafften Männer war erst wenige Monate verheiratet, und es war ein erschütterendes Schauspiel, die junge Frau zu sehen, die die Ankunft des Schiffes, im Hafen erwartete und völlig zusammengesunken, an Bord geleitet wurde. Da auch der Schiffskapitän die Krankheit bekommen hatte, vertrat ihn ein zufällig unter den Passagieren befindlicher Arzt aus Port of Spain (Trinidad). Er berichtete, daß das Schiff, als es Bombay verließ, nur zwei Kranke an Bord hatte, deren Leiden man zunächst für Malaria hielt. Vier Tage später folgten zahlreiche Reiterkrankungen, und jetzt stellte man fest, daß es sich nicht um Malaria handelte, sondern um eine schwere Form gastrischer Influenza. Da die Isolierkabinen des Schiffes nur Platz für acht Personen boten, mußten die anderen Kranken in ihren Kabinen bleiben und dort isoliert werden. Das Schiff hatte vierzehn Tage in Bombay gelegen, wo jedenfalls die Ansteckung erfolgte ist.

### Gerichtssaal.

#### „Die kleine Bar . . .“

Prag, 11. November. Dagobert H. hieß der schöne Mann, der an einem Septembereabend in die Bar „Die Spinne“ in Prag eintrat und sich Sekt und — schöne Mädchen kommen ließ. Doch die Mädchen benahmen sich sehr mißtrauisch, da sie den süßen Dagobert von früher her noch kannten, als er geklumpt und zerriffen herumtrief in den Straßen und Gäßchen von Prag. Seine neugeborene Eleganz kam ihnen daher etwas verdächtig vor und sie — setzten sich an einen andern Tisch. Dagobert geriet über diese Mißachtung in große Erregung, trat eine Flasche nach der andern und begann dann sich renitent zu benehmen. Der Barober, der ihn am liebsten auf vernünftige Weise hinausbedrängt hätte, ersuchte ihn, zu zahlen und präsenterte ihm eine Rechnung von 500 Kronen. Doch wie groß war der Schrecken des Obers, als Dagobert wohl eine Brieftasche, aber leider kein Geld hatte. In derselben Nacht noch wanderte Dagobert in die ihm bekannten Räume des Polizeiarrestes. — Ein Straf-senat verurteilte ihn heute wegen Redupresserei zu einem Monat Arrest unbedingt.

#### Ein bössartiges Pferd.

Prag, 11. November. Der Kutscher Franz W. hat seinen Standplatz in einer stilleren Gasse der Prager Altstadt. Nicht daß er vielleicht deshalb ein weniger beschäftigter Kutscher gewesen wäre, nein, gerade im Gegenteil; man wußte, daß sein Pferd ein gutes Pferd war, daß es gültig und daß es ausdauernd war. Doch eine böse Eigenschaft hatte der gute Gaul. Er biß nicht nur gerne Hafer, sondern auch — Menschen. Das war eine sehr unangenehme Sache, die nur solange ohne ernstere Folgen blieb, als niemand ernstlich zu Schaden kam. Doch eines Tages machte sich ein Herr bei dem Pferde etwas zu schaffen, das Pferd ärgerte sich jedenfalls darüber und biß, als der Herr ihm gerade seine gut entwickelte Rückenfortsetzung sich bildend zulehete, ganz kräftig hinein. — Der Kutscher wurde heute nach Paragraph 331 des Strafgesetzbuches wegen mangelnder Beaufsichtigung bössartiger Haustiers zu 14 Tagen bedingten Arrest verurteilt.

# Erinnerungen.

## Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Kiefewetter.

Während die Fabrikanten bei der ersten Matfeier im Jahre 1890 eingeschüchtert klein beigaben und die Arbeiter bei ihren Festlichkeiten nicht störten, widerstehen sie sich bei den darauf folgenden Matfeiern. Sie kündeten den Arbeitern Entlassung an, falls sie an diesem Tage ohne Zustimmung der Fabrikleitungen nicht an ihren Arbeitsplätzen erschienen. Die Arbeiter aber sagten sich, daß eine mit Zustimmung ihrer Herren erfolgte Demonstration keinen Wert habe. Sie wollten an diesem Tage zum Trotz der Unternehmer ihren Willen für die Verkürzung der Arbeitszeit bekunden. So war es in ganz Oesterreich und insbesondere in Deutschböhmen, während die Sozialdemokraten im Deutschen Reich gleich von vornherein die Matfeier nur dort mit Arbeitsruhe begingen, wo die Unternehmer ihre Zustimmung gaben. Unsere deutschen Genossen glaubten damit dem Pariser Kongressbeschlusse genügt zu haben, zumal dieser nicht ausdrücklich besagte, daß die Feiern durch Arbeitsruhe, auch ohne Zustimmung der Fabrikanten begangen werden müsse. Und so kam es dann, daß schon bei der zweiten Matfeier, im Jahre 1891 die Maßregelungen gegen die trotzigsten Arbeiter einsetzten, die alle Jahre umfangreicher wurden. Besonders aber hatte man's abgesehen auf unsere Funktionäre, die oft wochen- ja monatelang ausgesperrt blieben, ehe sie wieder irgendwo unterkamen. Unter solchen Umständen war es nur zu begreiflich, daß sich in den Reihen der Arbeiter Widerstand gegen die Feiern bemerkbar machte, der immer stärker auftrat, so daß die Leitungen unserer Partei in den verschiedensten Kreisen und Bezirken ernstlich berieten, ob es im Interesse unserer Sache liege, weiterhin ohne Zustimmung der Fabrikanten die Matfeier mit Arbeitsruhe zu begehen, oder nur dort an diesem Tage zu feiern, wo die Unternehmer nichts dagegen haben. Bei diesen Beratungen behielten in Reichenberg durch einige Jahre die trotzigeren Elemente, die von der einmal gewählten Form der Feiern nicht lassen wollten, die Oberhand. Bis einmal, es war Mitte der neunziger Jahre, als wir in unseren damaligen Vereinslokalen in Reichenberg, im Gasthause „Zum Herzog von Wallenstein“, beisamen saßen, um über die Abhaltung der Matfeier zu beraten — plötzlich Dr. Viktor Adler, von einer Rundreise aus Deutschland kommend, eintrat. Wir waren alle nicht nur überrascht, sondern auch höchst erfreut. Wir fragten ihn um seine Meinung in unserer Streikfrage. Und als er unser für und Wider genommen hatte, antwortete er uns, daß es nicht als feig zu betrachten sei, wenn man die Taktik, mit der man schlechte Erfahrungen gemacht habe, ändere. „Ein kluger Feldherr“ — sagte er — „weicht Kämpfen, von denen er im vornherein sieht, daß sie verloren gehen, aus. Man kann müßig zu Taten schreiten, deren Folgen man selbst zu tragen hat, jedoch Handlungen, deren nachteilige Folgen andere zu tragen haben, sind zu unterlassen. Und nachdem Sie seit Jahren mit Ihrer Arbeitsruhe am 1. Mai schlechte Erfahrungen gemacht haben, müssen Sie vernünftigerweise von dieser Taktik ablassen.“

Wir haben seinen Rat befolgt und sind dabei nicht schlecht gefahren. Der 1. Mai wurde mit Arbeitsruhe gefeiert, aber nur dort, wo sich die Unternehmer nicht widersetzten. Auch diese Feiern waren würdig. Und wenn heute der 1. Mai in diesen Ländern als gefeierter Feiertag besteht, so ist er für die Arbeiter nicht vom Himmel gekommen, sondern durch ihre eigene langjährige Agitation mit herbeigeführt worden. Das gilt insbesondere für die Tschechoslowakei.

## Der „Freigeist“.

Bald nach dem Dainfelder Parteitage, der die Partei einigte, ging man in Reichenberg daran, eine neue Zeitung für die Arbeiter zu schaffen. Eine im Paulsdorfer „Kolosseum“ abgehaltene große Versammlung führte dazu. Es war der „Freigeist“, damals das einzige deutsche sozialdemokratische Blatt in Deutschböhmen. Die Redaktion dieses Blattes übernahm Genosse Kiefewetter, ein Tuchmacher aus Arzbau, der jetzt noch in Wien politisch tätig ist; er ist Mitglied der gesetzgebenden Versammlung für Oesterreich. Auch Josef Schiller trat in die Redaktion ein, während Karl Schiller die Administration übernahm. Im Frühjahr 1890, als sich die Arbeit bei diesem Unternehmen derartig anhäufte, daß sie die drei Personen nicht mehr bewältigen konnten, trat der Verfasser dieser Erinnerungen in die Redaktion ein, um bald darauf als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. Die Auflage dieses Unternehmens stieg unter der obwaltenden 1. Mai-Stimmung rasch, so daß sie binnen kurzer Zeit die Zahl von 7000 erreicht hatte. Nach allen Richtungen des deutschen Böhmen gingen die Postpakete von jeder Nummer.

Nebst der Herausgabe des „Freigeist“, gelang es uns auch im Jahre 1890, den ersten politischen Verein „Vorwärts“ von der Statthalterei bewilligt zu bekommen, oder besser gesagt: unser eingereichtes Statut wurde von der genannten Behörde zur Kenntnis genommen. Der Wirkungskreis dieses Vereines erstreckte sich über den Reichenberger Handelskommerbezirk, also nicht nur über das nördliche, sondern auch über das westliche Deutschböhmen, bis über Teplitz hinaus. Diese Möglichkeit nützte wir weidlich aus, indem wir kaum einen Sonntag ausließen, öffentliche Vereins- oder Volksversammlungen einzuberufen, in welchen meist politische Fragen behandelt wurden. Gewöhnlich wurden aber, wenn wir von Reichenberg einmal ausflogen, nicht nur an Sonntagen, sondern auch an den Samstagen vorher oder den Montagen darauf, die Versammlungen inszeniert. Dabei wurden natürlich Mitgliedsbeiträge und Abonnementgelder für den „Freigeist“ entgegengenommen, so daß wir nie leer nachhause kamen. Unsere Tätigkeit, die wir durch den politischen Verein ausübten, entzog uns auch zum Teil der Schwere der Feiern, die uns sonst die verschiedenen Bezirkshauptleute machten, indem sie unseren Genossen öffentliche Versammlungen aufgrund des § 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Kurz, die Tätigkeit, die wir mit diesem Vereine entfalteten, war eine recht fruchtbare in den verschiedenen Teilen Deutschböhmens. Vor allem will ich da W ar n s d o r f nennen. Dort erreichte unsere Bewegung vor 30 Jahren einen sehr hohen Grad. Das beweisen zwei Nachwahlen in das Abgeordnetenhaus, bei denen mich unsere Genossen als sozialdemokratischen Kandidaten aufstellten. Die erste fand im Frühjahr 1891 statt. Der Wahlkreis umfaßte die Städte W ar n s d o r f, Rumburg, Schönbrunn und Reibitz. Das Wahlrecht hatten nur die, welche 5 Hektar direkte Steuern zahlten, darunter waren keine Arbeiter, oder nur sehr wenige. Ich hatte zwei Gegenkandidaten, den liberalen Fabrikanten Sille aus Schönbrunn und den Kleinrentner Richter. Von 2077 abwesenden Stimmen entfielen auf mich 471 und Sille wurde mit 1354 Stimmen gewählt. Ich erhielt mehr als den vierten Teil der Stimmen und fast noch einmal so viel wie Richter. Die zweite Nachwahl, die nach dem verstorbenen Sille ein Jahr später stattfand, lieferte ein ähnliches Stimmenverhältnis.

## Richtenstein und Gehmann.

Auch große denkwürdige Versammlungen fanden zu jener Zeit in W ar n s d o r f statt. Insbesondere die Redeturniere, die mit dem Pater

Opij ausgefochten wurden, verdienen hervorgehoben zu werden. Tausende von Zuhörern lauschten den Ausführungen über den Eigentumsbegriff. Diese Versammlung, in der sich Genosse Kiefewetter mit dem liberalen Kampfbühnenherumblü, mußte fortgesetzt werden, weil man in einem Male den Stoff nicht bewältigen konnte. Dabei wurde von unseren Genossen alles ausgedebtet, was gegen das, die Eigentumsverbrechen zeugende Privateigentum sprach. Die Starke in diesen Versammlungen blieben wir. Die interessanteste Versammlung war unstreitig die, zu der Prinz Liechtenstein und Dr. Gehmann aus Wien als christlichsoziale Leuchten erschienen waren, die aber leider nicht durchgeführt werden konnte. Einberufen war sie vom katholischen Volksvereine ins Kolosseum um 3 Uhr nachmittags. Die Agitation für den Besuch war beiderseits eine starke. Und so kam es denn, daß schon kurz nach 12 Uhr die ersten Besucher aus der weitesten Umgebung W ar n s d o r f s, bis aus dem schwarzen Winkel um Schludenuau, Philippstorf, Gainspach usw., mit ihren weißen Neilen als Parteiabzeichen angepilgert kamen. Doch zahlreicher waren die Unsrigen, die rote Neilen im Anopfloche trugen. Aber der Saal war versperrt, so daß die Massen dicht zusammengepfercht im Vorraum des Saales warten mußten, bis geöffnet wurde. Sofort besetzten die Sozis, unserer Weisung entsprechend, die Mitte des Saales, um bei etwaigen Abstimmungen besser zur Geltung zu kommen. Die Sänger hatten sich dicht vor der Bühne postiert, auf der der ganze Ausschuß des katholischen Vereines in einem Halbkreise um den Einberufer Platz genommen hatte. Bei der Bürowahl hatten wir eine Vierfünftelmajorität, so daß ohne Widerspruch Genosse Reich die Vorherrschaft übernahmen und sich auf seinen Platz — der mit Blumen und Blattpflanzen geschmückt, mit dem Bildnisse des Kaisers im Hintergrunde, ein feierliches Gepräge trug — begeben konnte. Nun kam Herr Strahe, der Herausgeber der „Abwehr“, Alt-katholik und Liberaler (ein Feind des Pater Opij), der sich durch die Menge im Saale gedrängelt hatte, um auf das Podium zu gelangen. Als er aber oben war und auf der rechten Seite des Präsidenten die Schwarzen sitzen sah, während sich die Redner der Roten, Ulbrich, Zeller, Schiller, Kiefewetter und Resdara, auf der linken Seite niedergelassen hatten, wußte er nicht, ob er sich zu uns oder zur Gefolgschaft des Pater Opij begeben sollte. Er schwankte, machte einen Schritt nach links, dann einen nach rechts, dann wieder einen nach links, so daß im ganzen Saale ein lautes Gelächter ausbrach, was ihn schließlich doch bewog, bei uns auf der linken Seite zu nehmen. Nun erteilte der Vorsitzende dem Dr. Gehmann, mit einer Stunde Redezeit, als erstem Referenten das Wort. Doch kaum hatte er einige Sätze gesprochen, als er von Strahe durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, woraus ein kleiner Tumult entstand, den der Kommissar Schmidt aus Rumburg zum Anlaß nahm, die Versammlung auszulösen. Er hatte damit offenbar die Christlichsozialen vor einer schmachvollen Niederlage gerettet. Die Empörung der Anwesenden machte sich in lauten Protestrufen kund. Dabei wurde der Tumult so groß, daß einer den andern nicht verstehen konnte, bis Schiller Josef vor die Rampe der Bühne trat und mit seiner gewaltigen Stimme das Arbeiterlied anhub und zu gleicher Zeit den Takt dazu gab. Das rief die Sänger mit und die übrigen Genossen und Genossinnen folgten. Die Wirkung dieses Massengesanges (es mochten ungefähr 4000 Personen anwesend sein) war so groß, daß selbst Prinz Liechtenstein von der Bühne gewissermaßen instinktiv den Takt dazu gab. Und als die Töne verklungen waren, fragte der Prinz den neben ihm stehenden Genossen Paßelt, was

das für ein Lied sei. Nun antwortete dieser, daß es das Arbeiterlied sei, das er übrigens als Wiener kennen sollte. Den Text dazu konnte er in der Wiener Volksbuchhandlung Brand, Gumpendorferstraße 8, bekommen.

# Genossenschaftsbewegung.

## Die Genossenschaften und die Wirtschaftskrise.

### Zum Internationalen Genossenschaftstag.

Die unerträglichsten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die breiten Schichten der Bevölkerung den, nehmen einen so bedenklichen Umfang an, daß eine schnelle und zielbewusste Hilfe zur unabwendlichen Notwendigkeit wird. Arbeitslosigkeit und andauernde Teuerung bewirken gesteigerte Not in den Arbeiterfamilien und verringern die Kaufkraft namentlich der um Lohn arbeitenden Menschen. Diese trübsamen Verhältnisse ziehen selbstverständlich unsere Konsumgenossenschaften in arge Mitleidenschaft.

Gegen diese unhaltbaren Zustände, deren Hauptursachen in dem auf privaten Gewinn aufgebauten kapitalistischen System zu suchen sind, kann nur durch eine einheitliche gemeinsame Hilfe der wirtschaftlich Schwachen angeknüpft werden. Diesen Kampf zu führen und zu organisieren sind in erster Linie die Konsumgenossenschaften berufen. Sollten sie großen Aufgaben, durch die sie durch die Wirtschaftskrise mit ihren traurigen Begleiterscheinungen gestellt werden, erfüllen, sollen sie die heutige Produktionsweise ändern, zum Abbau der Teuerung und des Wuchers beitragen, dann ist dazu in erster Linie das richtige Verständnis der Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei den Verbrauchern zu wecken, in zweiter Linie ihre Förderung durch den Staat notwendig.

Leider müssen wir feststellen, daß bisher noch ein großer Teil der gegen Lohn arbeitenden Bevölkerung der Genossenschaftsidee nicht das erforderliche Interesse entgegenbringt, daß aber auch der Staat und seine Organe den genossenschaftlichen Bestrebungen völlig gleichgültig, oft sogar feindselig gegenüber steht.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände und die Zeichen der Zeit erkennend, haben die Vertreter der drei großen Zentralgenossenschaftsorganisationen die Anregung zu einer großen planvollen Kundgebung gegeben und beschlossen, einen

### Allgemeinen Genossenschaftstag

einzuuberufen, der am Sonntag, den 26. November 1922 im großen Saale der „Lucerna“ in Prag, um 9 Uhr vormittags stattfinden wird. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften und ihre Forderungen. Referenten: Direktor Emil Lustig, Abg. Anton Dvůr, Abg. Dr. Boh. Urbanek.

Die Einberufer des Kongresses erwarten, daß sich möglichst alle Konsumgenossenschaften an dieser Tagung durch Delegierte beteiligen werden.

Ustřední svaz československých družstev v Praze,

Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, Prag.

Sdružení spotřebních družstev v Praze,

Velkonárodní společnost konsumních družstev v Praze,

Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine in Prag.

Družstevní Unie, ústředí výrobních družstev čsl. strany socialistické.

Copyright 1922 by Der Ralich-Verlag, Berlin-Halenke.

# Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (13) Autor. Uebersetzung von Germinia zur Mühle.

Die Augen des großen Mannes standen weit offen. „Heiliger Gott, Mary, was fällt Ihnen denn ein?“ Und dann schrie er laut: „Die weine ich auch!“

„Nein, ich weine nicht,“ behauptete Mary, aber ihre Wangen waren feucht und sie mußte die Tränen fortwischen. „Ich schäme mich bloß ein wenig, das ist alles. Hier sitzen wir, und vor uns ist dreimal soviel Nahrung, als wir zu essen vermögen, und die ganze Stadt ist voller armer Teufel, die überhaupt nichts haben, keine Nahrung, kein Heim. . . wissen Sie denn nicht, daß dem so ist, Abey? Wissen Sie es nicht, Mutter?“

„Hören Sie, mein Kind,“ entgegnete der Filmkönig. „Wissen Sie, was geschah, wenn Sie über derartige Dinge grübeln? Sie werden Runzeln bekommen. Schon jetzt haben Sie sich die Schminke verschmiert.“

„Aber Abey,“ rief Mutter. „Was geht das dich an. Kümmerst dich um deine eigenen Angelegenheiten?“

„Meine eigenen Angelegenheiten? Meine eigenen Angelegenheiten, sagst du? Ich möchte wissen, was du meine Angelegenheiten nennst! Wenn ich einen Kontrakt auf fünfundsiebzigtausend Dollars die Woche unterschreibe, mit dieser Summe ein Mädchen für ihr Gesicht bezahle, und sie geht hin und bekommt Runzeln! Du kannst eine Furz fragen, ob das nicht meine Angelegenheit ist. Und wenn ein Mensch ein Klagebuch anstimmt wegen dreißiger Landstreicher und

Volschewiki, und Tränen in die Suppe fließen läßt. . .“

Es klang sehr böse, aber Mary kannte Abey genau, auch sah sie, daß Mutter ebenfalls zu weinen begann, sagte: „Es hat keinen Sinn, mich zu weinen zu wollen, Abey. Du weinst ebenso gut wie ich, daß es in unserer Stadt unzählige Hungernde gibt, nicht durch ihre eigene Schuld. Du weinst auch, daß du doppelt soviel isst, wie du solltest, ich hörte einmal, wie der Arzt es dir sagte. Ich table dich nicht mehr als mich selbst, mich, mit meinen zwei Automobilen und einem ganzen Schaufenster auf dem Leib.“ Sie wandte sich unvermittelt an Zimmermann: „Was können wir tun?“

Er erwiderte: „Hier überstehen sich die Leute, in Rußland essen sie ihre Toten.“

I. S. ließ Messer und Gabel fallen, Mutter schluderte heftig, jammerte dann auf: „Mein Gott!“

„Dort sind zehn Millionen Menschen zum Hungertode verdammt. Die Kinder essen Gras, ihre Bäuche schwellen an, ihre Beine werden dünn wie Besenstiele; sie taumeln, fallen in Gräben, und andere Kinder reißen ihnen das Fleisch vom Leib und verzehren es.“

„O-o-o-o-o-oh!“ schluchzte Mutter. Die andern Gäste begannen zu unserem Tisch herüberzustarren.

„Hören Sie,“ rief I. S. wild, „es ist nicht anständig, sich bei einem Diner so zu benehmen, bei einem Menschen zu Gast zu sein und ihm dann das Essen zu verderben. Sagen Sie, Herr Zimmermann, ich sage Ihnen, was ich tun werde: seien Sie gut, essen Sie Ihr Futter, damit es nicht verdirbt, und ich verspreche Ihnen, morgen ins Streifenquartier zu gehen und einen Scheck auf tausend Dollars dort zu lassen, damit die Leute etwas zu essen haben, wenn es die verdammten Schweinefänger nicht einstecken. Mehr noch, ich werde der russischen Hilfsaktion einen

Scheck auf fünftausend Dollars schicken. Was sagen Sie jetzt?“

„Ich sage, Herr I. S., daß ich nicht der Hüter von eines anderen Menschen Gewissen sein kann. Aber ich will zu essen versuchen, um nicht unhöflich zu erscheinen.“

I. S. grunzte und wandte sich von neuem den Speisen zu; der Fremde tat, als esse er, und wir folgten seinem Beispiel.

17.

Ich bin in einer äußerst gewissenhaften, auf gute Manieren viel gebenden Familie aufgewachsen. Für meine liebe Mutter und deren Schwestern gibt es nichts Schrecklicheres, als was sie eine „Szene“ nennen. Nur was sie eine „Situation“ nennen, ist noch schrecklicher. Und hier hatten wir wahrlich eine Szene gehabt und hatten noch immer eine „Situation“. Ich zerbrach mir den Kopf auf der Suche nach einem ungefährlichen Gesprächsthema. Dann entfiel mir, daß I. S. mit seiner Erzählung über den Film: „Die Geschichte zweier Städte“ Erfolg gehabt habe, und begann darüber zu sprechen.

„Herr Zimmermann, die Afführung, die Sie heute Abend sehen werden, ist vom künstlerischen Standpunkt aus interessant. Ein großer Bühnenmaler in Paris entwarf die Bilder, und die besten Kritiker halten den Film für ein Meisterwerk, erklären, er werde in der Filmtchnik eine Epoche bilden.“

„Erzählen Sie mir davon,“ bat Zimmermann, und ich war für sein Interesse dankbar.

„Ich weiß nicht, wieviel Sie von der Herstellung eines Films verstehen. . .“

„Erklären Sie mir alles.“

„Herr I. S. hat eine große Bühne aufbauen lassen, die das Paris vor einem Jahrhundert darstellt. Er hat tausend Leute engagiert. . .“

„Zweitausend,“ unterbrach mich I. S. „In den Annoncen?“ meinte ich lächelnd.

„Nein, nein, wirklich zweitausend; in den Annoncen fünftausend.“

„Gut; diese Leute tragen Kostüme, die I. S. für sie anfertigen ließ, und sollen einen Mob darstellen. Sie haben es ganzen Tag geprobt, wissen jetzt, worum es sich handelt. Ein Mann brüllt ihnen durch ein Megaphon Befehle zu, ungeheuer starke Lichter erleuchten die Szene, damit sie fotografiert werden können. Es ist ein äußerst lebendiges Bild und als historische Erinnerung genommen von pädagogischem Wert. . .“

„Und was wird aus den Leuten, wenn der Film fertig ist?“

„Ihr seht selbst, daß dieser Mensch hoffnungslos war. Schon wieder besanden wir uns bei einem gefährlichen Thema. „Wie meinen Sie das?“ wich ich der Frage aus.

„Ich meine, wie diese Leute leben?“

„Neben von ihnen bekommt doch fünf Dollars,“ selbstverständlich sagte dies I. S.

„Ja, aber damit können sie doch nicht lange auskommen. Was kostet das Diner, das wir eben verzehren?“

Der Filmkönig blickte auf den Redenden, brach dann in Lachen aus. „Hohoho! Das ist wirklich gut!“

Ich warf hastig ein: „Herr I. S. meint, es gäbe auch billigere Restaurants.“

„Weshalb,“ fragte Zimmermann, „sind wir dann nicht in so eines gegangen?“

„Es hilft nichts, Billy. Er scheint zu glauben, es sei meine Pflicht, alle Lagenbunden der Welt zu füttern. Nicht wahr, Herr Zimmermann?“

„Das kann ich nicht sagen, Herr I. S.; ich weiß nicht, wieviel Hungernde es gibt, weiß auch nicht, wie reich Sie sind.“

(Fortsetzung folgt.)

### Ballistik und Sozialpolitik.

#### Unsere „stabilisierte“ Wirtschaft.

Gegenwärtig wird von Regierungseite viel von gesprochen, daß sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisieren. Das ist wahr; aber in einem andern, tauglicheren Sinne, als es unsere Regierungsmänner meinen. Wenn wir anschauen können, konstanterem wir zunächst, daß die Finanzierung „stabilisiert“ hat. Die Wirtschaftsnachrichten aus der tschechoslowakischen Republik, die von der Böhmischen Eskomptebank in der Kreditanstalt herausgegeben werden, zeigen eine interessante Tabelle über die Preise der Tschechoslowakei und in anderen Staaten. Nach den Berechnungen des statistischen Staatsamtes stellt sich der Index für Lebensmittel in Groß-Prag im September auf 1061, in der Gruppe der Bekleidung auf 1481. Dagegen beträgt in

der Index	105	160	170	320	590
die Entwertung der tsch.-sl. Währung gegenüber der betreffenden Landeswährung	1:6	1:6	1:5,5	1:2,5	1:1,4
berechnete Index	990	960	935	800	742

Es sind also auch nach dem September — Preisabbau — die Lebensmittelpreise in der tschechoslowakischen Republik noch um etwa 20 Prozent, die Preise für Textilwaren um etwa 50 Prozent höher als in den anderen von uns angeführten Staaten. Sieht man von den Preisen der Wohnungsmieten ab, so kann die Tschechoslowakei als das teuerste Land Europas bezeichnet werden. Daß der Staat selbst zu dieser „Stabilisierung“ sehr viel beigetragen hat und noch immer beiträgt, läßt sich ohne weiteres nachweisen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Konsumsteuern, die ganz gewaltig verteuert auf die Preise der Waren einwirken, weiters an die hohen Frachttarife, die die gleiche Wirkung auslösen und drittens an die verkehrte Zollpolitik, die schon dafür sorgt, daß keine billigen Güter und Waren aus anderen Ländern zu uns kommen. Ueber die verheerenden Wirkungen der Konsumsteuern und Zölle haben wir oft geschrieben. In Bezug auf die Frachttarife aber wollen wir wenigstens an einem Beispiel zeigen, wie auch hier der Staat zur „Stabilisierung“ der Finanzierung beiträgt. Die Fracht für 100 Kilo beträgt bei einer Entfernung von 200 Kilometer in tschechischen Kronen:

	bei Rohle	bei Textilien
in Ungarn	0,58	9,02
„ Rumänien	0,83	5,91
„ Polen	1,23	8,51
„ Deutschland	1,41	5,26
„ Oesterreich	1,61	8,91
„ Jugoslawien	1,82	14,02
„ der Tschechoslowakei	7,50	31,96

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, beträgt bei uns die Fracht das Vielfache jener Sätze, die in anderen Ländern gelten.

Die fest und gut unsere Wirtschaft bereits „stabilisiert“ ist, zeigen zur Genüge auch die Konturze. Nach einer Mitteilung des statistischen Staatsamtes wurden in der Tschechoslowakei im Monat September 57 Konturze neu angemeldet. In 45 sichergestellten Fällen betragen die Passiven rund acht Millionen Kronen. In demselben Monat wurden aber neben den Konturzen auch 192 Zwangsausgleiche eingeleitet mit Gesamtpassiven von 83 Millionen Ké. Auch im Oktober bietet unsere „stabilisierte“ Wirtschaft das gleiche Bild und wir wollen zur Illustration nur die Woche vom 19. bis 25. herausgreifen. In dieser Woche wurden allein 37 neue Konturze und 160 neue Ausgleichsverfahren mit einer Ueberschuldung von 94 Millionen Kronen gemeldet. Dadurch steigt die Zahl der Konturze und Ausgleichsverfahren im heurigen Jahr auf rund 1400, alles Zeichen unserer stabilisierten Wirtschaft.

Auf die „stabilisierte Wirtschaft“ in der Tschechoslowakei ist auch die Flucht ungeschickter Industriunternehmungen ins Ausland zurückzuführen. Ununterbrochen haben in den letzten Monaten und Wochen eine große Anzahl Unternehmungen ihre Maschinen abmontiert und ihre Betriebe im Ausland neu errichtet. Metall-, Textil-, Chemische, Glas- und andere Betriebe sind nach Ungarn, Polen, in die Ukraine und Deutschland übersiedelt und diese Abwanderung ist noch nicht zu Ende und immer wieder kommen ähnliche Meldungen. Daß dadurch die Arbeitslosigkeit in diesem Staate nicht vermehrt wird, ist wohl klar und so haben wir denn auch auf der ganzen Linie eine kolossale Vermehrung der Arbeitslosen zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit allein zeigt aber nicht zur Gänze die Auswirkungen unserer stabilisierten Wirtschaft auf, denn neben dem Heer der Arbeitslosen gibt es noch eine viel größere Zahl Kurzarbeiter, das sind solche, die nur wenige Tage in der Woche arbeiten können. Leider gibt es darüber keine Aufzeichnungen, wie ja überhaupt unsere Statistik viel zu wünschen

übrig läßt. Es hat den Anschein, als ob gerade in diesem Staate statistische Ziffern, die den Zustand unserer Wirtschaft wiedergeben sollen, verpönt wären. Während in anderen Staaten die Zahl der Arbeitslosen von den damit beauftragten Agenten genau erhoben und festgehalten wird, begnügt sich unsere Regierung mit der Erfassung derjenigen, die jeden Monat die staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen. Daß diese Ausweise des Ministeriums für soziale Fürsorge aber nicht die Arbeitslosigkeit und die vollständige Tragik unserer „stabilisierten“ Wirtschaft anzeigen, ist klar, doch wissen dies nur jene, die einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse haben. Bis jetzt ist die Arbeitslosenunterstützung nur den Arbeitslosen weniger Vermögen gewährt worden, welche sich unter dem Sammelnamen Fabrikarbeiter zusammenfassen lassen. Es sei aber gleich von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung nicht allen Fabrikarbeitern die Unterstützung gewährte und außerdem waren die ledigen Arbeiter vom Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Wenn nun das Ministerium für soziale Fürsorge für September ausweist, daß 33.000 Beschäftigungslose Unterstützung erhielten, dann ist diese Zahl nicht identisch mit der Zahl der Arbeitslosen. Zählte doch der internationale Metallarbeiter-Verband allein am Schlusse des Vormonats in 16 Verwaltungsstellen 7743 arbeitslose Mitglieder und wenn wir diese Zahl als Grundlage zur Berechnung der Gesamtbeschäftigten nehmen, dann steigt diese Ziffer sicher auf weit über eine halbe Million an. Damit haben wir aber die Zahl der Kurzarbeiter noch nicht erfasst. Wie schaut es nun damit aus? Das Ministerium für soziale Fürsorge gibt in seinem Ausweis für den Monat September an, daß es 43.750 teilweise Beschäftigungslose unterstützt hat. Dies geschieht in der Form der bekannten Refundierungslöhne, d. h., die Regierung gibt den teilweise Beschäftigten eine Unterstützung für die Tage, an denen nicht gearbeitet werden kann und läßt diese Unterstützung durch die Unternehmer an die Arbeiter zur Auszahlung bringen. Aber auch diese Zahl von 43.750 zeigt nicht die Anzahl aller Kurzarbeiter auf, denn auch deren Zahl ist um das Vielfache größer. Im Internationalen Metallarbeiter-Verband allein wurden im September in 16 Verwaltungsstellen rund 13.000 Kurzarbeiter gezählt und wenn wir uns in den Industriebezirken nur ein bißchen umsehen, finden wir, daß es nur noch sehr wenige Betriebe sind, die voll und die ganze Woche arbeiten. Um ein Bild der wirklichen Lage auf diesem Gebiete zu erhalten, wollen wir uns wieder der Ziffern des internationalen Metallarbeiter-Verbandes bedienen. Der genannte Verband zählte in den Monaten:

	Arbeitslose		in % der Gesamtzahl	
	Anfang	Ende	5 Tage	2 Tage
Jänner	2077	688	2338	1014
Febrer	1901	547	3234	1411
März	2560	850	3319	1857
April	2610	938	2823	1784
Mai	2514	1526	4102	2273
Juni	3082	1808	4064	3500
Juli	2421	1381	3807	1446
August	2357	787	2754	2432
Sept.	3722	1909	4907	2315

Die in der vorstehenden Tabelle angeführten Ziffern entsprechen immer dem Monatsdurchschnitt und gerade die letzte Rubrik zeigt so recht drastisch — nicht wie sich unsere Wirtschaft „stabilisiert“ — sondern wie sich unser Wirtschaftskreislauf stabilisiert. Angesichts dieses Massenelends, das von Tag zu Tag immer größer wird, von stabilisierter Wirtschaft zu reden, ist stark und es gehört dazu schon eine gewaltige Portion Kühnheit!

Hätten wir eine stabilisierte Wirtschaft, dann müßten zunächst die arbeitenden Menschen dieses Staates Arbeitsgelegenheit, Brot und Verdienst haben. Es wäre dann unnötig, daß gerade in diesem Staate die teuerste Lebenshaltung zu verzeichnen wäre und ebenso unnötig, daß die Industrie, um sich zu retten, ins Ausland flieht. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben der Regierung die Wege gewiesen, auf deren eine Verbesserung herbeigeführt werden könnte. An der neuen Regierung liegt es nun, die Fehler ihrer Vorgänger gut zu machen, doch gehört dazu mehr, als der Minister Habrman in Verantwortung der dringlichen Anfragen über die Bekämpfung der Krise zu sagen wußte. Vor allen Dingen gehört dazu der gute Wille und die Einsicht, daß das, was man als notwendig erkannt hat, ungefäumt auch zur Durchführung gebracht wird. Wenn es wieder nur so wie bisher nur bei dem „wir werden es machen“ bleibt, dann muß heute schon damit gerechnet werden, daß die Entwicklung statt aufwärts noch weiter nach abwärts geht. Was sich aber dann als logische Folge aus den unhaltbar gewordenen Zuständen ergeben wird, darüber müßte sich schon jetzt die Regierung klar sein.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Regierung selbst an das Märchen von unserer stabilisierten Wirtschaft glauben würde und die tatsächlichen Verhältnisse übersieht. Diese Einsichtslosigkeit würde nicht nur die Arbeiterschaft dieses Staates auf schwere Treffen, sondern sie würde auch den Staat selbst in seinen Grundfesten aufs erschütternde erschüttern. Weil die Dinge so sind, hoffen wir, daß noch in letzter Stunde die Regierenden begreifen lernen, daß unsere Wirtschaft nicht stabilisiert ist, daß endlich einmal der falsche Optimismus schwindet und die realen Tatsachen erkannt und gewürdigt werden. Stabilisiert ist in diesem Staate die Wirtschaftskrise und wenn über diese hinaus einer stabilisierten Wirtschaft die Wege geebnet werden sollen,

dann müssen in erster Reihe die innerstaatlichen Ursachen der Wirtschaftskrise beseitigt werden.

Eine neue ausländische Anleihe? Wie die Zeitschrift „Wirtschaft“ meldet, beabsichtigt das Finanzministerium im Jahre 1923 eine neue große ausländische Anleihe anzunehmen. Der Zweck dieser Anleihe soll sein, die Investitionen in der Höhe von drei Milliarden, die im Budget vorgezogen sind, zu bedecken.

Der Banknotenlauf in der tschechoslowakischen Republik beträgt nach dem letzten Ausweis des Bankrates vom 7. November d. J. 2.951.534.000 Kronen, das ist um 187.832.000 Kronen weniger als in der Vorwoche.

Beratung über die Herabsetzung der Wahlgebühren. Zum Zwecke der Herabsetzung der Wahlgebühren berief die politische Landesverwaltung eine Beratung ein, zu der sowohl die Vertreter der Wähler — als auch der landwirtschaftlichen Korporationen eingeladen waren. Dabei wurde nach lebhafter, fast 4stündiger Debatte einstimmig beschlossen, daß die Frage der Herabsetzung der Wahlgebühren — soweit sie nicht bisher erfolgt ist — von den Vertretern der Wähler und der Landwirte wegen der sehr verschiedenen örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken besonders, und keineswegs gemeinsam für ganz Böhmen in Prag, beraten werde. Zu diesen Beratungen in den einzelnen Bezirken wären für den Fall des Bedarfs als Vermittler die Aprobationsreferenten der politischen Bezirksverwaltungen einzuladen. Zu dem Antrage auf einheitliche Festsetzung einer herabgesetzten Wahlgebühr für ganz Böhmen konnte trotz aller Bemühungen des Vorsitzenden die Zustimmung nicht erzielt werden, jedoch von einer einheitlichen Festsetzung Abstand genommen wurde.

#### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	Schw. Frant	0:17,50
Wien	Mark	254,35
	Österr. Kr.	2350,00

#### Züricher Schlusskurse.

Berlin	0:06,75	Paris	35:15,00
Wien	0:00,74	Norland	24:15,00
Prag	17,50	Rud. weit.	0:22,75
Holland	214,00	Agrom.	2:25,00
New York	5:46,75	Warschau	0:04,75
London	2:43,00	Wien alt.	0:00,00

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Die Kollektivvertragsverhandlungen für das nordwestböhmische Revier.

##### Ergebnisloser Verlauf.

Tepitz, 11. November. (Eigener Bericht.) Samstag, den 11. November fand nach der Betriebsrätekonferenz die erste Verhandlung mit den Bergwerksbesitzern in Brüx statt. Da die Bergwerkbesitzer der Arbeiterschaft in formaler Beziehung entgegengekommen sind, so ist auch über die Verhandlungspunkte eine Annäherung erfolgt. In materieller Hinsicht nahmen die Bergbesitzer gegenüber der Forderung der Betriebsräteobmänner auf einen Schutz der Löhne der Tagelöhner und wegen der Regellohne einen ablehnenden Standpunkt ein. Da die Vertreter der Bergarbeiter erklären, daß sie nicht berechtigt sind, in dieser Beziehung einen Beschluß zu fassen und auf ihrem am 26. Oktober aufgestellten Forderungen beharren müssen, ist die Verhandlung ergebnislos verlaufen. Von dem Ergebnis der Verhandlung wurde das Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag verständigt. Der Reviererrat wurde ermächtigt, alle Vorbereitungen für eine neue Betriebsräteobmännerkonferenz zu treffen, die am 19. November stattfinden wird. Der im Dager Gebiet ausgebrochene wilde Streik ist beigelegt worden. Die meisten Belegschaften haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wo es bisher noch nicht geschehen ist, wird am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Eine Enquete über die Refundierungen in der chemischen Industrie. Das Ministerium für soziale Fürsorge hatte für gestern über Erfuchen des Internationalen Verbandes der chemischen Arbeiter in Kuffig eine Enquete der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft der chemischen Industrie nach Prag berufen, damit der Standpunkt beider Parteien zur Frage der Refundierungen endlich klargestellt werde. Bei den letzten Verhandlungen in Kuffig hatten sich die Unternehmer bereit erklärt, fünf Prozent der für die Refundierung notwendigen Summen zu tragen, wenn der Staat die Gewähr dafür gibt, daß er die übrigen 95 Prozent vor der Auszahlung anzuweisen läßt. Diese Vereinbarung wurde durch das Finanzministerium zerstört, nachdem dieses Ministerium sich höchstens zu einer 80prozentigen Tragung der Unterstützungssummen bereit erklären wollte. Der Verband der chemischen Industriellen hat darauf in seiner Sitzung vom 23. Oktober beschlossen, die Verpflichtung einer fünfprozentigen Beihilfe zurückzuziehen und sich fundierungen zu stellen, da die chemische Industrie weitere Opfer nicht mehr auf sich nehmen könne. In der gestrigen Enquete, in der nur ein Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge erschienen war — die anderen Ministerien hatten es jedenfalls nicht für notwendig erachtet, hier vertreten zu sein — wurde der Standpunkt der Industriellen durch den Sekretär Dr. Wilhelm aus Kuffig neuerdings im ablehnenden Sinne präzisiert. Vergebens versuchten die Vertreter der deutschen chemischen Arbeiterschaft, vor allem

Hg. Genosse Beutel (Kuffig) und Sekretär Genosse John (Kuffig) den Anwesenden bereitwillig zu machen, daß die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie, von der heute 7000 Arbeiter verführt arbeiten müssen, während 4000 schon entlassen sind, sich nicht mehr länger hinziehen lassen will, da sie ohnehin schon am Verhungern sei. Mit 70 bis 80 Kronen wöchentlich könne der Arbeiter nicht leben und der Industrielle, der heute von den Refundierungen nichts wissen will, würde es am liebsten sehen, wenn sich die Arbeiterschaft mit den 85 Prozent zufrieden gibt, damit sie selbst für den in Not geratenen Arbeiter nichts beizutragen brauche. Genosse Beutel bezeichnet es als Mißachtung durch die Regierung, wenn sie diese wichtigen Fragen vage stellen und sabotieren will. — Nach zweistündiger erregter, jedoch fruchtloser Debatte, in der die tschechischen chemischen Arbeiter einen ähnlichen Standpunkt einnahmen wie die Deutschen, und in der die Unnachgiebigkeit der Industriellen klar zutage trat, wurde eine von den Arbeitervereinigungen eingebrachte Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Vertreter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie können in der heutigen Enquete und deren mangelhaften Zusammenfassung nicht das entsprechende Mittel zur Lösung der Situation finden und verlangen daher die Vertagung, respektive Fortsetzung derselben unter Teilnahme verantwortlicher Regierungskreise. Derzeitiger Zustand ein unhaltbarer ist.“ Der Vorsitzende, Dr. Klee aus dem Ministerium für soziale Fürsorge verspricht die Einberufung einer allgemeinen Enquete für die chemische Industrie durch das Handelsministerium und forderte die Unternehmer auf, ihren Standpunkt bezüglich der Refundierungen zu ändern. Die Enquete soll spätestens in 14 Tagen stattfinden.

Das Resultat der Ostrauer Betriebsräteverhandlungen. Nach den bisher bekannten Ergebnissen wurden in die Bergreviere im Ostrau-Karwiner-Revier 167 Sozialdemokraten (inklusive 35 polnischen), 145 Kommunisten, drei tschechische Sozialisten und neun Christlichsoziale gewählt.

Streik der Eisenbahnarbeiter. Warnsdorf, 11. Nov. (Eigenbericht.) Der Streik in der Dirschfelder Ueberlandzentrale, der, wie gemeldet wurde, am Freitag ausbrach, scheint beendet zu sein. Freitag nachts gab es wieder Licht, doch hörte die Lichtversorgung am Samstag um 9 Uhr auf, so daß alle Betriebe, die in diesem Gebiete an die tschechische Ueberlandzentrale angeschlossen sind, stillstehen mußten. Der Streik ist auf die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der letzten Voreingeregulierung zurückzuführen. Die Dirschfelder Ueberlandzentrale ist ein staatliches, tschechisches Elektrizitätswerk und versorgt große Teile Nordböhmens und den überwiegenden Teil von Ostschlesien mit elektrischem Strom. Einzelheiten über den Streik liegen bis zur Stunde nicht vor.

### Kunst und Wissen.

#### Aus Prager Konzertsälen.

Uningedämmt ergießt sich die Hochflut der Konzertereignisse über uns. Die hochwertigen tschechische Balala feiern am Konzertsaal ihre unbestrittenen Triumphe. Künstler, die wir sonst nie gehört hätten, drängen sich uns auf, werden zur Alltäglichkeit. Ungewöhnlich früh macht sich darum auch bereits die Konzertüberfüllung des Publikums bemerkbar. Zum Schaden der Kunst, der Künstler und der Öffentlichkeit. Umsonst sind alle Ratsschläge zum endlichen Konzertabbau. Selbst finanzielle Mißerfolge vermögen Konzertunternehmer und Konzertegeber nicht zu überzeugen. Die Konzertsäle gehen weiter.

Erstrecklicher Weise vermag sich gerade die heimische Kunst und Künstlerwelt am meisten durchzusetzen. Ueber die beiden hochbedeutenden philharmonischen Konzerte im Reichen Theater wird bereits gesondert berichtet. Ihr früherer Erfolg wurde noch durch den des Konzertes des evangelischen Gesangvereines mit der Aufführung von Vadno's Oratorium „Die Schöpfung“ übertrumpft. Die evangelische Kirche in der Oberbergasse hat selten solch einen Menschenandrang erlebt wie gelegentlich dieses Kirchenkonzertes. Was ausrichtig zu begründen ist. Denn diese Kirchenkonzerte sind in Wahrheit volksbildnerische Kultusfeste. Da sieht man auch gerne darüber hinweg, daß die Tat manchmal hinter dem Wollen zurückbleibt. Vor allem wird Prof. Bejček, der wiedergewählte Leiter des evangelischen Gesangvereines, künftig die Zeitmaße wesentlich beschwingter nehmen müssen. Chor und Orchester laten die möglichste. Unter den Solisten entsprach Herr Dr. Ehm am ehesten, stilistisch vor allem; gefolgt von der Partie aber eine wirkliche Baßstimme. Frau Burdinger-Fischbach aus Saaz zeigte sich wohl im Besitze eines ausgeübten und gut gepflegten Soprans, übertrug aber durch behäufliches Tiefingen. Warum bilden sich unsere Gesangvereine nicht ihre eigenen ständigen und hilfsgebenden Solisten selbst heran? — Ebenso lehrreich wie genussvoll war ein kleines historisches Konzert unserer deutschen Akademie der Tonkunst, bei dem alte Meister des Klaviers zu Gehör kamen. Sehr reich vor allem durch die Gelegenheit, diese älteste Programmform kennen zu lernen, genussvoll dank der Interpretierung der Werke durch Akademieprofessor Franz Langert, den Meister der Klavierstilistik, und dank dem gestrichelten Musikreferenten Professor Dr. Erieh Stelzhardt. Prof. Langert's reise Klavierkunst stützte das Konzert des heimischen Gelfers und Akademieprofessors Wilh. Schwenka. Dieser ist weniger Virtuose als warmführender Künstler; weniger also im Technischen blendend als durch die Schönheit und Gefühlsgabe seines Spieles ergreifend. Schon sein

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

### Erinnerungen.

#### Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Kieseewetter.

Während die Fabrikanten bei der ersten Matfeier im Jahre 1890 eingeschüchtert klein beigaben und die Arbeiter bei ihren Festlichkeiten nicht störten, widerstrebten sie sich bei den darauf folgenden Matfeiern. Sie kündeten den Arbeitern Entlassung an, falls sie an diesem Tage ohne Zustimmung der Fabrikleitungen nicht an ihren Arbeitsplätzen erschienen. Die Arbeiter aber sagten sich, daß eine mit Zustimmung ihrer Herren erfolgte Demonstration keinen Wert habe. Sie wollten an diesem Tage zum Trotz der Unternehmer ihren Willen für die Verkürzung der Arbeitszeit bekunden. So war es in ganz Oesterreich und insbesondere in Deutschböhmen, während die Sozialdemokraten im Deutschen Reich gleich von vornherein die Matfeier nur dort mit Arbeitsruhe begingen, wo die Unternehmer ihre Zustimmung gaben. Unsere deutschen Genossen glaubten damit dem Pariser Kongreßbeschlusse genügt zu haben, zumal dieser nicht ausdrücklich besagte, daß die Feiern durch Arbeitsruhe, auch ohne Zustimmung der Fabrikanten begangen werden müßten. Und so kam es dann, daß schon bei der zweiten Matfeier, im Jahre 1891 die Maßregelungen gegen die trotzigsten Arbeiter einsetzten, die alle Jahre umfangreicher wurden. Besonders aber hatte man's abgesehen auf unsere Funktionäre, die oft wochen- ja monatelang ausgesperrt blieben, ehe sie wieder irgendwo unterkamen. Unter solchen Umständen war es nur zu begreiflich, daß sich in den Reihen der Arbeiter Widerstand gegen die Feiern bemerkbar machte, der immer stärker auftrat, so daß die Leitungen unserer Partei in den verschiedensten Kreisen und Bezirken ernstlich berieten, ob es im Interesse unserer Sache liege, weiterhin ohne Zustimmung der Fabrikanten die Matfeier mit Arbeitsruhe zu begehen, oder nur dort an diesem Tage zu feiern, wo die Unternehmer nichts dagegen haben. Bei diesen Beratungen behielten in Reichenberg durch einige Jahre die trotzigsten Elemente, die von der einmal gewählten Form der Feiern nicht lassen wollten, die Oberhand. Bis einmal, es war Mitte der neunziger Jahre, als wir in unseren damaligen Vereinslokale in Reichenberg, im Gasthause „Zum Herzog von Wallenstein“, beisamenkamen, um über die Abhaltung der Matfeier zu beraten — plötzlich Dr. Viktor Adler, von einer Rundreise aus Deutschland kommend, eintrat. Wir waren alle nicht nur überrascht, sondern auch höchst erfreut. Wir fragten ihn um seine Meinung in unserer Streitfrage. Und als er unser für und Wider vernommen hatte, antwortete er uns, daß es nicht als feig zu betrachten sei, wenn man die Taktik, mit der man schlechte Erfahrungen gemacht habe, ändere. „Ein kluger Feldherr“ — sagte er — „weicht Kämpfen, von denen er im vornherein sieht, daß sie verloren gehen, aus. Man kann mühsam zu Taten schreiten, deren Folgen man selbst zu tragen hat, jedoch Handlungen, deren nachteilige Folgen andere zu tragen haben, sind zu unterlassen. Und nachdem Sie seit Jahren mit Ihrer Arbeitsruhe am 1. Mai schlechte Erfahrungen gemacht haben, müssen Sie vernunftgemäß von dieser Taktik ablassen.“

Wir haben seinen Rat befolgt und sind dabei nicht schlecht gefahren. Der 1. Mai wurde mit Arbeitsruhe gefeiert, aber nur dort, wo sich die Unternehmer nicht widersetzten. Auch diese Feiern waren würdig. Und wenn heute der 1. Mai in vielen Ländern als gesetzlicher Feiertag besteht, so ist er für die Arbeiter nicht vom Himmel gekommen, sondern durch ihre eigene langjährige Agitation mit herbeigeführt worden. Das gilt insbesondere für die Tschechoslowakei.

### Der „Freigeist“.

Bald nach dem Hainfelder Parteitage, der die Partei einigte, ging man in Reichenberg daran, eine neue Zeitung für die Arbeiter zu schaffen. Eine im Paulsdorfer „Koloosseum“ abgehaltene große Versammlung führte dazu. Es war der „Freigeist“, damals das einzige deutsche sozialdemokratische Blatt in Deutschböhmen. Die Redaktion dieses Blattes übernahm Genosse Kieseewetter, ein Tuchmachergeselle aus Krákov, der jetzt noch in Wien politisch tätig ist; er ist Mitglied der gesetzgebenden Versammlung für Oesterreich. Auch Josef Schiller trat in die Redaktion ein, während Karl Schiller die Administration übernahm. Im Frühjahr 1890, als sich die Arbeit bei diesem Unternehmen berätig ankündigte, daß sie die drei Personen nicht mehr bewältigen konnten, trat der Verfasser dieser Erinnerungen in die Redaktion ein, um bald darauf als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. Die Auflage dieses Unternehmens stieg unter der obwaltenden 1. Mai-Stimmung rasch, so daß sie binnen kurzer Zeit die Zahl von 7000 erreichte hatte. Nach allen Richtungen des deutschen Böhmens gingen die Postpakete von jeder Nummer.

Nebst der Herausgabe des „Freigeist“, gelang es uns auch im Jahre 1890, den ersten politischen Verein „Vorwärts“ von der Statthalterei bewilligt zu bekommen, oder besser gesagt: unser eingereichtes Statut wurde von der genannten Behörde zur Kenntnis genommen. Der Wirkungsbereich dieses Vereines erstreckte sich über den Reichenberger Handelskommerbezirk, also nicht nur über das nördliche, sondern auch über das westliche Deutschböhmen, bis über Teplitz hinaus. Diese Möglichkeit nützte wir weidlich aus, indem wir kaum einen Sonntag ausließen, öffentliche Vereins- oder Volksversammlungen einzuberufen, in welchen meist politische Fragen behandelt wurden. Gewöhnlich wurden aber, wenn wir von Reichenberg einmal ausflogen, nicht nur an Sonntagen, sondern auch an den Samstagen vorher oder den Montag darauf, die Versammlungen inszeniert. Dabei wurden natürlich Mitgliedsbeiträge und Abonnementgelder für den „Freigeist“ entgegengenommen, so daß wir nie leer nachhause kamen. Unsere Tätigkeit, die wir durch den politischen Verein ausübten, entlohnte uns auch zumeist der Schwierigkeiten, die uns sonst die verschiedenen Bezirkshauptleute machten, indem sie unseren Genossen öffentliche Versammlungen aufgrund des § 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Kurz, die Tätigkeit, die wir mit diesem Vereine entfalteten, war eine recht fruchtbare in den verschiedenen Teilen Deutschböhmens. Vor allem will ich da Wárnásdorf nennen. Dort erreichte unsere Bewegung vor 30 Jahren einen sehr hohen Grad. Das bewiesen zwei Nachwahlen in das Abgeordnetehaus, bei denen mich unsere Genossen als sozialdemokratischen Kandidaten aufstellten. Die erste fand im Frühjahr 1891 statt. Der Wahlkreis umschloß die Städte Wárnásdorf, Rumburg, Schönlinde und Kreibitz. Das Wahlergebnis hielten nur die, welche 5 1/2 Stimmern abgaben, darunter waren keine Arbeiter, oder nur sehr wenige. Ich hatte zwei Genossekandidaten, den liberalen Fabrikanten Hille aus Schönlinde und den Kleinwerbeler Richter. Von 2077 abgabenen Stimmen entfielen auf mich 471 und Hille wurde mit 1354 Stimmen gewählt. Ich erhielt mehr als den vierten Teil der Stimmen und fast noch einmal so viel wie Richter. Die zweite Wahl, die nach dem verstorbenen Hille ein Jahr später stattfand, lieferte ein ähnliches Stimmenverhältnis.

### Lichtenstein und Gehmann.

Auch große denkwürdige Versammlungen fanden zu jener Zeit in Wárnásdorf statt. Insbesondere die Redeturniere, die mit dem Pater

Opitz ausgefochten wurden, verdienen hervorgehoben zu werden. Tausende von Zuhörern lauschten den Ausführungen über den Eigentumsbegriff. Diese Versammlung, in der sich Genosse Kieseewetter mit dem kirchlichen Stempel umhertrieb, mußte fortgesetzt werden, weil man in einem Male den Stoff nicht bewältigen konnte. Dabei wurde von unseren Genossen alles aufgeboten, was gegen das, die Eigentumsverbrechen zeugende Privateigentum sprach. Die Starren in diesen Versammlungen blieben wir. Die interessanteste Versammlung war unstreitig die, zu der Prinz Lichtenstein und Dr. Gehmann aus Wien als christlichsoziale Redenten erschienen waren, die aber leider nicht durchgeführt werden konnte. Einberufen war sie vom katholischen Volksverein ins Koloosseum um 3 Uhr nachmittags. Die Agitation für den Besuch war beiderseits eine starke. Und so kam es denn, daß schon kurz nach 12 Uhr die ersten Besucher aus der weitesten Umgebung Wárnásdorfs, bis aus dem schwarzen Winkel um Záhradenau, Philippsthal, Hainstapf usw., mit ihren weißen Ketten als Parteiabzeichen angepilgert kamen. Doch zahlreicher waren die Unsrigen, die rote Ketten im Knopfloche trugen. Aber der Saal war versperrt, so daß die Massen dicht zusammengedrängt im Vorraum des Saales warten mußten, bis geöffnet wurde. Sofort besetzten die Sozis, unserer Weisung entsprechend, die Mitte des Saales, um bei etwaigen Abstimmungen besser zur Geltung zu kommen. Die Sänger hatten sich dicht vor der Bühne postiert, auf der der ganze Ausschuh des katholischen Vereines in einem Halbkreis um den Einberufer Platz genommen hatte. Bei der Bürowahl hatten wir eine Vierkünstlermajorität, so daß ohne Widerspruch Genosse Kieseewetter den Vorsitz übernommen und sich auf seinen Platz — der mit Blumen und Blattpflanzen geschmückt, mit dem Bildnisse des Kaisers im Hintergrunde, ein feierliches Gepräge trug — begeben konnte. Nun kam Herr Strahe, der Herausgeber der „Abwehr“, Alt-katholik und Liberaler (ein Feind des Pater Opitz), der sich durch die Menge im Saale durchdrängen mußte, um auf das Podium zu gelangen. Als er aber oben war und auf der rechten Seite des Präsidenten die Schwarzen sitzen sah, während sich die Redner der Roten, Ulsbrid, Jeller, Schiller, Kieseewetter und Resbara, auf der linken Seite niedergelassen hatten, wußte er nicht, ob er sich zu uns oder zur Gefolgschaft des Pater Opitz begeben sollte. Er schwankte, machte einen Schritt nach links, dann einen nach rechts, dann wieder einen nach links, so daß im ganzen Saale ein lautes Gelächter ausbrach, was ihn schließlich doch betrug, bei uns auf der linken Platz zu nehmen. Nun erteilte der Vorsitzende dem Dr. Gehmann, mit einer Stunde Redezeit, als erstem Referenten das Wort. Doch kaum hatte er einige Sätze gesprochen, als er von Strahe durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, woraus ein kleiner Tumult entstand, den der Kommissar Schmidt aus Rumburg zum Anlaß nahm, die Versammlung aufzulösen. Er hatte damit offenbar die Christlichsozialen vor einer schmachvollen Niederlage gerettet. Die Empörung der Anwesenden machte sich in lauten Protestrufen kund. Dabei wurde der Tumult so groß, daß einer den andern nicht verstehen konnte, bis Schiller Josef vor die Klampe der Bühne trat und mit seiner gewaltigen Stimme das Arbeiterlied anhub und zu gleicher Zeit den Takt dazu gab. Das rief die Sänger mit und die übrigen Genossen und Genossinnen folgten. Die Wirkung dieses Massengesanges (es mochten ungefähr 4000 Personen anwesend sein) war so groß, daß selbst Prinz Lichtenstein von der Bühne gewissermaßen instinktiv den Takt dazu gab. Und als die Töne verklungen waren, fragte der Prinz den neben ihm stehenden Genossen Páhel, was

das für ein Lied sei. Nun antwortete dieser, daß es das Arbeiterlied sei, das er übrigens als Wiener kennen sollte. Den Text dazu könne er in der Wiener Volksbuchhandlung Brand, Gumpendorferstraße 8, bekommen.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Die Genossenschaften und die Wirtschaftskrise.

#### Zum Internationalen Genossenschaftstag.

Die unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die breiten Schichten der Bevölkerung den, nehmen einen so bedenklichen Umfang an, daß eine schnelle und zielbewußte Hilfe zur unabwendbaren Notwendigkeit wird. Arbeitslosigkeit und andauernde Teuerung bewirken gesteigerte Not in den Arbeiterfamilien und verringern die Kaufkraft namentlich der um Lohn arbeitenden Menschen. Diese trisakischen Verhältnisse ziehen selbstverständlich unsere Konsumgenossenschaften in arge Mitleidenschaft.

Gegen diese unhaltbaren Zustände, deren Hauptursachen in dem auf privaten Gewinn aufgebauten kapitalistischen System zu suchen sind, kann nur durch eine einheitliche gemeinsame Hilfe der wirtschaftlich Schwachen angeknüpft werden. Diesen Kampf zu führen und zu organisieren sind in erster Linie die Konsumgenossenschaften berufen. Sollten sie großen Aufgaben, durch die sie durch die Wirtschaftskrise mit ihren traurigen Begleiterscheinungen gestellt werden, erfüllen, sollen sie die heutige Produktionsweise ändern, zum Abbau der Teuerung und des Wuchers beitragen, dann ist dazu in erster Linie das richtige Verständnis der Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei den Verbrauchern zu wecken, in zweiter Linie ihre Förderung durch den Staat notwendig.

Leider müssen wir feststellen, daß bisher noch ein großer Teil der gegen Lohn arbeitenden Bevölkerung der Genossenschaftsidee nicht das erforderliche Interesse entgegenbringt, daß aber auch der Staat und seine Organe den genossenschaftlichen Bestrebungen völlig gleichgültig, oft sogar feindselig gegenüber steht.

In Berücksichtigung aller dieser Umstände und die Zeichen der Zeit erkennend, haben die Vertreter der drei großen Zentralgenossenschaftsorganisationen die Anregung zu einer großen planvollen Kundgebung gegeben und beschlossen, einen

#### Allgemeinen Genossenschaftstag

einzuuberufen, der am Sonntag, den 26. November 1922 im großen Saale der „Lucerna“ in Prag, um 9 Uhr vormittags stattfinden wird. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften und ihre Forderungen. Referenten: Direktor Emil Luitig, Abg. Anton Dietl, Abg. Dr. Boh. Brbenšky.

Die Einberufer des Kongresses erwarten, daß sich möglichst alle Konsumgenossenschaften an dieser Tagung durch Delegierte beteiligen werden.

**Ústřední svaz československých družstev v Praze.**

**Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften, Prag.**

**Sdružení spotřebních družstev v Praze.**

**Velkonárodní společnost konzumních družstev v Praze.**

**Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in Prag.**

**Družstevní Unie, ústřední výrobních družstev čal. strany socialistické.**

Copyright 1922 by Der Malih-Verlag, Berlin-Galenssee.

### Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (13)

Autor. Uebersetzung von Hermannia zur Mühlen.

Die Augen des großen Mannes standen weit offen. „Heiliger Gott, Mary, was fällt Ihnen denn ein?“ Und dann sagte er fast: „Die weinst du auch?“

„Nein, ich weine nicht,“ behauptete Mary, aber ihre Wangen waren feucht und sie mußte die Tränen fortwischen. „Ich schäme mich bloß ein wenig, das ist alles. Hier sitzen wir, und vor uns ist dreimal soviel Nahrung, als wir zu essen vermögen, und die ganze Stadt ist voller armer Teufel, die überhaupt nichts haben, keine Nahrung, kein Heim. . . wissen Sie denn nicht, daß dem so ist, Ach?“ Wissen Sie es nicht, Mutter?“

„Hören Sie, mein Kind,“ erwiderte der Filmkönig. „Wissen Sie, was geschehen wird, wenn Sie über derartige Dinge grübeln? Sie werden Hunger bekommen. Schon jetzt haben Sie sich die Schminke verschmiert.“

„Aber Ach,“ rief Mutter. „Was geht das dich an. Kümmere dich um deine eigenen Angelegenheiten.“

„Meine eigenen Angelegenheiten? Meine eigenen Angelegenheiten, sagst du? Ich möchte wissen, was du meine Angelegenheiten nennst! Wenn ich einen Kontrakt auf fünfhunderttausend Dollars die Woche unterschreibe, mit dieser Summe ein Mädchen für ihr Gesicht bezahle, und sie geht hin und bekommt Nusseln! Du kannst eine Turtel fragen, ob das nicht meine Angelegenheit ist. Und wenn ein Mensch ein Klagenbuch anstimmt wegen dreier Landstreicher und

Bolschewiki, und Tränen in die Suppe fließen läßt.“

„Es klang sehr böse, aber Mary kannte Ach genau, auch sah sie, daß Mutter ebenfalls zu weinen begann, sagte: „Es hat keinen Sinn, mich zu weinen zu wollen, Ach. Du weißt ebenso gut wie ich, daß es in unserer Stadt unzählige Hungernde gibt, nicht durch ihre eigene Schuld. Du weißt auch, daß du doppelt soviel isst, wie du solltest, ich hörte einmal, wie der Arzt es dir sagte. Ich kade dich nicht mehr als mich selbst, mich, mit meinen zwei Automobilen und einem ganzen Schaufenster auf dem Leib.“ Sie wandte sich unvermittelt an Zimmermann: „Was können wir tun?“

Er erwiderte: „Hier überfressen sich die Leute, in Rußland essen sie ihre Toten.“

L. S. ließ Messer und Gabel fallen, Mutter schluderte heftig, jammerte dann auf: „Mein Gott!“

„Dort sind zehn Millionen Menschen zum Hungertod verurteilt. Die Kinder essen Gras, ihre Bäuche schwellen an, ihre Beine werden dünn wie Besenfüße; sie taumeln, fallen in Gräben, und andere Kinder reißen ihnen das Fleisch vom Leib und verzehren es.“

„O-o-o-o-o-o!“ schluchzte Mutter. Die andern Gäste begannen zu unserem Tisch herüberzustarren.

„Hören Sie,“ rief L. S. wild, „es ist nicht anständig, sich bei einem Diner so zu benehmen, bei einem Menschen zu Gast zu sein und ihm dann das Essen zu verderben. Schauen Sie, Herr Zimmermann, ich sage Ihnen, was ich tun werde: seien Sie gut, essen Sie Ihr Futter, damit es nicht verdorbt, und ich verspreche Ihnen, morgen ins Streifenquartier zu gehen und einen Scheck auf tausend Dollars dort zu lassen, damit die Leute etwas zu essen haben, wenn es die verdammten Schweineführer nicht einstecken. Mehr noch, ich werde der russischen Hilfsaktion einen

Scheck auf fünftausend Dollars schicken. Was sagen Sie jetzt?“

„Ich sage, Herr L. S., daß ich nicht der Hüter von eines anderen Menschen Gewissen sein kann. Aber ich will zu essen versuchen, um nicht unhöflich zu erscheinen.“

L. S. grunzte und wandte sich von neuem den Speisen zu; der Fremde tat, als esse er, und wir folgten seinem Beispiel.

17.

Ich bin in einer äußerst gewissenhaften, auf gute Manieren viel gebenden Familie aufgewachsen. Für meine liebe Mutter und deren Schwestern gibt es nichts Schrecklicheres, als was sie eine „Szene“ nennen. Nur was sie eine „Situation“ nennen, ist noch schrecklicher. Und hier hatten wir wahrlich eine Szene gehabt und hatten noch immer eine „Situation“. Ich zerbrach mir den Kopf auf der Suche nach einem ungefährlichen Gesprächsthema. Dann entsann ich mich, daß L. S. mit seiner Erzählung über den Film: „Die Geschichte zweier Städte“ Erfolg gehabt habe, und begann darüber zu sprechen.

„Herr Zimmermann, die Afführung, die Sie heute abend sehen werden, ist vom künstlerischen Standpunkt aus interessant. Ein großer Bühnenmaler in Paris entwarf die Bilder, und die besten Kritiker halten den Film für ein Meisterwerk, erklären, er werde in der Filmtchnik eine Epoche bilden.“

„Erzählen Sie mir davon,“ bat Zimmermann, und ich war für sein Interesse dankbar.

„Ich weiß nicht, wieviel Sie von der Herstellung eines Films verstehen. . .“

„Erklären Sie mir alles.“

„Herr L. S. hat eine große Bühne aufbauen lassen, die das Paris vor einem Jahrhundert darstellte. Er hat tausend Leute engagiert. . .“

„Zweitausend,“ unterbrach mich L. S.

„In den Annoncen?“ meinte ich lächelnd.

„Nein, nein, wirklich zweitausend; in den Annoncen fünftausend.“

„Gut; diese Leute tragen Kostüme, die L. S. für sie anfertigen wird, und sollen einen Mob darstellen. Sie haben es ganzen Tag geprobt, wissen jetzt, worum es sich handelt. Ein Mann brüllt ihnen durch ein Megaphon Befehle zu, ungeheuer starke Lichter erleuchten die Szene, damit sie fotografiert werden können. Es ist ein äußerst lebendiges Bild und als historische Erinnerung genommen von pädagogischem Wert. . .“

„Und was wird aus den Leuten, wenn der Film fertig ist?“

„Ihr seht selbst, daß dieser Mensch hoffnungslos war. Schon wieder befinden wir uns bei einem gefährlichen Thema. „Wie meinen Sie das?“ wich ich der Frage aus.

„Ich meine, wie diese Leute leben?“

„Jeder von ihnen bekommt doch fünf Dollars,“ selbstverständlich sagte dies L. S.

„Ja, aber damit können sie doch nicht lange auskommen. Was kostet das Diner, das wir eben verzehren?“

Der Filmkönig blickte auf den Redenden, brach dann in Lachen aus. „Hohoho! Das ist wirklich gut!“

„Ich wart hastig ein: „Herr L. S. meint, es gäbe auch billigere Restaurants.“

„Weshalb,“ fragte Zimmermann, „sind wir dann nicht in so eines gegangen?“

„Es hilft nichts, Billy. Er scheint zu glauben, es sei meine Pflicht, alle Raubunden der Welt zu füttern. Nicht wahr, Herr Zimmermann?“

„Das kann ich nicht sagen, Herr L. S.; ich weiß nicht, wieviel Hungernde es gibt, weiß auch nicht, wie reich Sie sind.“

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaft und Sozialpolitik.

## Unsere „stabilisierte“ Wirtschaft.

Gegenwärtig wird von Regierungsseite viel davon gesprochen, daß sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisieren. Das ist wahr; aber in einem andern, traurigeren Sinne, als es unsere Regierungsmänner meinen. Wenn wir Umschau halten, konstatieren wir zunächst, daß sich die Teuerung „stabilisiert“ hat. Die Wirtschaftsnachrichten aus der tschechoslowakischen Republik, die von der böhmischen Komptekant und der Kreditanstalt herausgegeben werden, bringen eine interessante Tabelle über die Preise in der Tschechoslowakei und in anderen Staaten. Nach den Berechnungen des statistischen Staatsamtes stellt sich der Index für Lebensmittel in Groß-Prag im September auf 1061, in der Gruppe der Bekleidung auf 1481. Dagegen beträgt in

	Schweden	Dänemark	England	Frankreich	Italien
der Index	165	160	170	320	590
die Entwertung der tsch.-sl. Währung gegenüber der betreffenden Landeswährung	1:6	1:6	1:5,5	1:2,5	1:1,4
daher auf Grundlage der K&B berechnete Index	990	960	935	800	742

Es sind also auch nach dem September — Preisabfall — die Lebensmittelpreise in der tschechoslowakischen Republik noch um etwa 20 Prozent, die Preise für Textilwaren um etwa 50 Prozent höher als in den anderen von uns angeführten Staaten. Sieht man von den Preisen der Wohnungsmieten ab, so kann die Tschechoslowakei als das teuerste Land Europas bezeichnet werden. Daß der Staat selbst zu dieser „Stabilisierung“ sehr viel beigetragen hat und noch immer beiträgt, läßt sich ohne weiteres nachweisen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Konsumsteuern, die ganz gewaltig verteuert auf die Preise der Waren einwirken, weiters an die hohen Frachttarife, die die gleiche Wirkung auslösen und drittens an die verkehrte Zollpolitik, die schon dafür sorgt, daß keine billigen Güter und Waren aus anderen Ländern zu uns kommen. Ueber die verheerenden Wirkungen der Konsumsteuern und Zölle haben wir oft geschrieben. In Bezug auf die Frachttarife aber wollen wir wenigstens an einem Beispiel zeigen, wie auch hier der Staat zur „Stabilisierung“ der Teuerung beiträgt. Die Fracht für 100 Kilo beträgt bei einer Entfernung von 200 Kilometer in tschechischen Kronen:

	bei Rohle	bei Textilien
in Ungarn	0,53	9,62
„ Rumänien	0,83	5,91
„ Polen	1,23	8,51
„ Deutschland	1,41	5,26
„ Österreich	1,61	8,91
„ Jugoslawien	1,82	14,02
„ der Tschechoslowakei	7,50	31,95

Die aus dieser Aufstellung hervorgeht, beträgt bei uns die Fracht das Vielfache jener Sätze, die in anderen Ländern gelten.

Wie fest und gut unsere Wirtschaft bereits „stabilisiert“ ist, zeigen zur Genüge auch die Konkurse. Nach einer Mitteilung des statistischen Staatsamtes wurden in der Tschechoslowakei im Monat September 57 Konkurse neu angemeldet. In 45 sichergestellten Fällen betragen die Passiven rund acht Millionen Kronen. In demselben Monat wurden aber neben den Konkursen auch 192 Zwangsanklagen eingeleitet mit Gesamtpassiven von 83 Millionen K. Auch im Oktober bietet unsere „stabilisierte“ Wirtschaft das gleiche Bild und wir wollen zur Illustration nur die Woche vom 19. bis 25. herausgreifen. In dieser Woche wurden allein 37 neue Konkurse und 160 neue Ausgleichsverfahren mit einer Ueberschuldung von 94 Millionen Kronen gemeldet. Dadurch steigt die Zahl der Konkurse und Ausgleichsverfahren im heurigen Jahr auf rund 1400, alles Zeichen unserer stabilisierten Wirtschaft.

Auf die „stabilisierte Wirtschaft“ in der Tschechoslowakei ist auch die Flucht ungezählter Industriekonstruktionen ins Ausland zurückzuführen. Ununterbrochen haben in den letzten Monaten und Wochen eine große Anzahl Unternehmungen ihre Maschinen abmontiert und ihre Betriebe im Ausland neu errichtet. Metall-, Textil-, Chemische, Glas- und andere Betriebe sind nach Ungarn, Polen, in die Ukraine und Deutschland übersiedelt und diese Abwanderung ist noch nicht zu Ende und immer wieder kommen ähnliche Meldungen. Daß dadurch die Arbeitslosigkeit in diesem Staate nicht vermehrt wird, ist wohl klar und so haben wir denn auf der ganzen Linie eine kolossale Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit allein zeigt aber nicht zur Gänze die Auswirkungen unserer stabilisierten Wirtschaft auf, denn neben dem Heer der Arbeitslosen gibt es noch eine viel größere Zahl Kurzarbeiter, das sind solche, die nur wenige Tage in der Woche arbeiten können. Beider gibt es darüber keine Aufzeichnungen, wie ja überhaupt unsere Statistik viel zu wünschen

übrig läßt. Es hat den Anschein, als ob gerade in diesem Staate statistische Ziffern, die den Zustand unserer Wirtschaft wiedergeben sollen, verpönt wären. Während in anderen Staaten die Zahl der Arbeitslosen von den damit beauftragten Beamten genau erhoben und festgehalten wird, begnügt sich unsere Regierung mit der Erfassung derjenigen, die jeden Monat die staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen. Daß diese Ausweise des Ministeriums für soziale Fürsorge aber nicht die Arbeitslosigkeit und die vollständige Tragik unserer „stabilisierten“ Wirtschaft aufzeigen, ist klar, doch wissen dies nur jene, die einen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse haben. Bis jetzt ist die Arbeitslosenunterstützung nur den Arbeitslosen weniger Vorteile gewährt worden, welche sich unter dem Sammelnamen Fabrikarbeiter zusammenfassen lassen. Es sei aber gleich von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung nicht allen Fabrikarbeitern die Unterstützung gewährt und außerdem waren die ledigen Arbeiter vom Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Wenn nun das Ministerium für soziale Fürsorge für September ausweist, daß 33.000 Beschäftigungslose Unterstützung erhielten, dann ist diese Zahl nicht identisch mit der Zahl der Arbeitslosen. Zählte doch der internationale Metallarbeiter-Verband allein am Schlusse des Vormonates in 16 Verwaltungsstellen 7743 arbeitslose Mitglieder und wenn wir diese Zahl als Grundlage zur Berechnung der Gesamtbeschäftigten nehmen, dann steigt diese Ziffer sicher auf weit über eine halbe Million an. Damit haben wir aber die Zahl der Kurzarbeiter noch nicht erfasst. Wie schaut es nun damit aus? Das Ministerium für soziale Fürsorge gibt in seinem Ausweis für den Monat September an, daß es 43.750 teilweise Beschäftigungslose unterstützt hat. Dies geschieht in der Form der bekannten Refundierungslehne, d. h., die Regierung gibt den teilweise Beschäftigten eine Unterstützung für die Tage, an denen nicht gearbeitet werden kann und läßt diese Unterstützung durch die Unternehmer an die Arbeiter zur Auszahlung bringen. Aber auch diese Zahl von 43.750 zeigt nicht die Anzahl aller Kurzarbeiter auf, denn auch deren Zahl ist um das Vielfache größer. Im Internationalen Metallarbeiter-Verband allein wurden im September in 16 Verwaltungsstellen rund 13.000 Kurzarbeiter gezählt und wenn wir uns in den Industriebezirken nur ein bisschen umsehen, finden wir, daß es nur noch sehr wenige Betriebe sind, die voll und die ganze Woche arbeiten. Um ein Bild der wirklichen Lage auf diesem Gebiete zu erhalten, wollen wir uns wieder der Ziffern des internationalen Metallarbeiter-Verbandes bedienen. Der genannte Verband zählte in den Monaten:

Monat	Arbeitslose	zu Beginn		am Ende		in % der Beschäftigten
		1. Tag	2. Tag	1. Tag	2. Tag	
Jänner	2077	688	628	1014	1014	15,5
Februar	1901	547	3254	1441	1251	19,6
März	2560	850	3319	2767	1857	28,4
April	2651	938	2923	2578	1784	33,6
Mai	2514	1526	4162	2273	1746	36,3
Juni	3082	1809	4094	3509	1471	59,2
Juli	2421	1381	3867	3653	1446	40,1
August	2857	787	2754	3785	2332	49,9
Sept.	3722	1909	4997	5749	2315	63,5

Die in der vorstehenden Tabelle angeführten Ziffern entsprechen immer dem Monatsdurchschnitt und gerade die letzte Rubrik zeigt so recht drastisch — nicht wie sich unsere Wirtschaft „stabilisiert“ — sondern wie sich unser Wirtschaftszustand stabilisiert. Angesichts dieses Masseneleuds, das von Tag zu Tag immer größer wird, von stabilisierter Wirtschaft zu reden, ist stark und es gehört dazu schon eine gewaltige Portion Kühnheit!

Hätten wir eine stabilisierte Wirtschaft, dann müßten zunächst die arbeitenden Menschen dieses Staates Arbeitslosigkeit, Brot und Verdienst haben. Es wäre dann unmöglich, daß gerade in diesem Staate die teuerste Lebenshaltung zu verzeichnen wäre und ebenso unmöglich, daß die Industrie, um sich zu retten, ins Ausland flieht. Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten haben der Regierung die Wege gewiesen, auf deren eine Besserung herbeigeführt werden könnte. An der neuen Regierung liegt es nun, die Fehler ihrer Vorgänger gut zu machen, doch gehört dazu mehr, als der Minister Fabrum in Verantwortung der dringlichen Anfragen über die Bekämpfung der Krise zu sagen wußte. Vor allen Dingen gehört dazu der gute Wille und die Einsicht, daß das, was man als notwendig erkannt hat, ungesäumt auch zur Durchführung gebracht wird. Wenn es wieder nur so wie bisher nur bei dem „wir werden es machen“ bleibt, dann muß heute schon damit gerechnet werden, daß die Entwicklung statt aufwärts noch weiter nach abwärts geht. Was sich aber dann als logische Folge aus den unhaltbar gewordenen Zuständen ergeben wird, darüber müßte sich schon jetzt die Regierung klar sein.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn die Regierung selbst an das Märchen von unserer stabilisierten Wirtschaft glauben würde und die tatsächlichen Verhältnisse übersieht. Diese Einsichtslosigkeit würde nicht nur die Arbeiterschaft dieses Staates auf schwerste treffen, sondern sie würde auch den Staat selbst in seinen Grundfesten aufs heftigste erschüttern. Weil die Dinge so sind, hoffen wir, daß noch in letzter Stunde die Regierenden begreifen lernen, daß unsere Wirtschaft nicht stabilisiert ist, daß endlich einmal der falsche Optimismus schwindet und die realen Tatsachen erkannt und gewürdigt werden. Stabilisiert ist in diesem Staate die Wirtschaftskrise und wenn über diese hinaus einer stabilisierten Wirtschaft die Wege gebahnt werden sollen,

dann müssen in erster Reihe die innerstaatlichen Ursachen der Wirtschaftskrise beseitigt werden.

**Eine neue ausländische Anleihe?** Wie die Zeitschrift „Wirtschaft“ meldet, beabsichtigt das Finanzministerium im Jahre 1923 eine neue große ausländische Anleihe aufzunehmen. Der Zweck dieser Anleihe soll sein, die Investitionen in der Höhe von drei Milliarden, die im Budget vorgesehen sind, zu decken.

**Der Danknotenumlauf in der tschechoslowakischen Republik** beträgt nach dem letzten Ausweis des Bankamtes vom 7. November d. J. 9.951.534.000 Kronen, das ist um 187.832.000 Kronen weniger als in der Vorwoche.

**Beratung über die Herabsetzung der Wahlgebühren.** Zum Zwecke der Herabsetzung der Wahlgebühren berief die politische Landesverwaltung eine Beratung ein, zu der sowohl die Vertreter der Wähler — als auch der landwirtschaftlichen Korporationen eingeladen waren. Dieselbe wurde nach lebhafter, fast 4stündiger Debatte einstimmig beschlossen, daß die Frage der Herabsetzung der Wahlgebühren — soweit sie nicht bisher erfolgt ist — von den Vertretern der Wähler und der Landwirte wegen der sehr verschiedenen örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Bezirken besonders, und keineswegs gemeinsam für ganz Böhmen in Prag, beraten werde. Zu diesen Beratungen in den einzelnen Bezirken wären für den Fall des Bedarfes als Beirater die Provinzialkommissionen der politischen Landesverwaltung einzuladen. Zu dem Antrage auf einheitliche Festsetzung einer herabgesetzten Wahlgebühr für ganz Böhmen konnte trotz aller Bemühungen des Vorsitzenden die Zustimmung nicht erzielt werden, so daß von einer einheitlichen Festsetzung Abstand genommen wurde.

## Devisenkurse.

**Die tschechische Krone notiert in:**  
 Paris . . . . . Schw. Frank 0:17,50  
 Berlin . . . . . Mark 254,35  
 Wien . . . . . österr. Kr. 2350,00

## Züricher Schlusskurse.

Berlin . . .	0:06,75	Paris . . .	35:15,00
Wien . . .	0:00,74	Madrid . .	24:15,00
Brno . . .	17,80	London . .	0:22,75
Amsterdam . .	214,00	Baratzen . .	2:25,00
New York . .	5:46,75	Warschau . .	0:04,75
London . . .	2432,00	Wien gen. .	0:00,00

## Gewerkschaftsbewegung.

**Die Kollektivvertragsverhandlungen für das nordwestböhmisches Revier.**

### Ergebnisloser Verlauf.

**Tepitz, 11. November.** (Eigenbericht.) Samstag, den 11. November fand nach der Betriebsräteobmannkonferenz die erste Verhandlung mit den Bergwerksbesitzern in Brüx statt. Da die Bergwerksbesitzer der Arbeiterschaft in formaler Beziehung entgegengekommen sind, so ist auch über die Verhandlungspunkte eine Annäherung erfolgt. In materieller Hinsicht nahmen die Bergherren gegenüber der Forderung der Betriebsräteobmänner auf einen Schutz der Löhne der Tagelöhner und wegen der Regellose einen ablehnenden Standpunkt ein. Da die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, daß sie nicht berechtigt sind, in dieser Beziehung einen Beschluß zu fassen und auf ihren am 26. Oktober aufgestellten Forderungen beharren müssen, ist die Verhandlung ergebnislos verlaufen. Von dem Ergebnis der Verhandlung wurde das Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag verständigt. Der Reviererrat wurde ermächtigt, alle Vorbereitungen für eine neue Betriebsräteobmannkonferenz zu treffen, die am 19. November stattfinden wird. Der im Dager Gebiet ausgebrochene wilde Streik ist beigelegt worden. Die meisten Belegschaften haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wo es bisher noch nicht geschah ist, wird am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

**Eine Enquete über die Refundierungen in der chemischen Industrie.** Das Ministerium für soziale Fürsorge hatte für gestern über Ersuchen des Internationalen Verbandes der chemischen Arbeiter in Auffig eine Enquete der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft der chemischen Industrie nach Prag berufen, damit der Standpunkt beider Parteien zur Frage der Refundierungen endlich klargestellt werde. Bei den letzten Verhandlungen in Auffig hatten sich die Unternehmer bereit erklärt, fünf Prozent der für die Refundierung notwendigen Summen zu tragen, wenn der Staat die Gewähr dafür gibt, daß er die übrigen 95 Prozent vor der Auszahlung anweisen läßt. Diese Vereinbarung wurde durch das Finanzministerium zerstört, nachdem dieses Ministerium sich höchstens zu einer 85prozentigen Tragung der Unterstützungssummen bereit zu erklären wollte. Der Verband der chemischen Industriellen hat darauf in seiner Sitzung vom 23. Oktober beschlossen, die Verpflichtung einer fünfprozentigen Beihilfe zurückzuführen und sich im Prinzip gegen jede Beteiligung an den Refundierungen zu stellen, da die chemische Industrie weitere Opfer nicht mehr auf sich nehmen könne. In der gestrigen Enquete, in der nur ein Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge erschienen war — die anderen Ministerien hatten es jedenfalls nicht für notwendig erachtet, hier vertreten zu sein — wurde der Standpunkt der Industriellen durch den Sekretär Dr. Wilhelm aus Auffig neuerdings im ablehnenden Sinne präzisiert. Vergebens versuchten die Vertreter der deutschen chemischen Arbeiterschaft, vor allem

Genosse Beutel (Auffig) und Sekretär Genosse John (Auffig) den Anwesenden begreiflich zu machen, daß die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie, von der heute 7000 Arbeiter verkurzt arbeiten müssen, während 4000 schon entlassen sind, sich nicht mehr länger hinziehen lassen will, da sie ohnehin schon am Verhungern sei. Mit 70 bis 80 Kronen wöchentlich könne der Arbeiter nicht leben und der Industrielle, der heute von den Refundierungen nichts wissen will, würde es am liebsten sehen, wenn sich die Arbeiterschaft mit den 85 Prozent zufrieden gibt, die ihr von der Regierung zugebilligt werden, damit sie selbst für den in Not geratenen Arbeiter nichts beizutragen brauche. Genosse Beutel bezeichnet es als Mißachtung durch die Regierung, wenn sie diese wichtigen Fragen vogelstillschieren und sabotieren will. — Nach zweistündiger erregter, jedoch fruchtloser Debatte, in der die tschechischen chemischen Arbeiter einen ähnlichen Standpunkt einnahmen wie die Deutschen, und in der die Unnachgiebigkeit der Industriellen klar zutage trat, wurde eine von den Arbeitervertretern eingebrachte Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Vertreter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie können in der heutigen Enquete und deren mangelhaften Zusammenfassung nicht das entsprechende Mittel zur Lösung der Situation finden und verlangen daher die Vertagung, respektive Fortsetzung derselben unter Teilnahme verantwortlicher Regierungskreise zwecks endgültiger Regelung der Frage eventuell im Wege der Gesetzgebung, weil der derzeitige Zustand ein unhaltbarer ist.“ Der Vorsitzende, Dr. Klee aus dem Ministerium für soziale Fürsorge verspricht die Einberufung einer allgemeinen Enquete für die chemische Industrie durch das Handelsministerium und forderte die Unterzeichner auf, ihren Standpunkt bezüglich der Refundierungen zu ändern. Die Enquete soll spätestens in 14 Tagen stattfinden.

**Das Resultat der Oskauer Betriebsrätewahlen.** Nach den bisher bekannten Ergebnissen wurden in die Bergrevierräte im Oskauer Revier 167 Sozialdemokraten (inklusive 35 polnischen), 145 Kommunisten, drei tschechische Sozialisten und neun Christlichsoziale gewählt.

**Beendeter Streik.** Wagnsdorf, 11. Nov. (Eigenbericht.) Der Streik in der Hirschfelder Ueberlandzentrale, der, wie gemeldet wurde, am Freitag ausbrach, scheint beendet zu sein. Freitag nachts gab es wieder Licht, doch hörte die Lichtversorgung am Samstag um 9 Uhr auf, so daß alle Betriebe, die in diesem Gebiete an die tschechische Ueberlandzentrale angeschlossen sind, stillstehen mußten. Der Streik ist auf die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit der letzten Lohnregulierung zurückzuführen. Die Hirschfelder Ueberlandzentrale ist ein staatliches, tschechisches Elektrizitätswerk und versorgt große Teile Nordböhmens und den überwiegenden Teil von Oskaffen mit elektrischem Strom. Einzelheiten über den Streik liegen bis zur Stunde nicht vor.

## Kunst und Wissen.

### Aus Prager Konzertsälen.

Unvergleichbar ergiebt sich die Hochflut der Konzertereignisse über uns. Die hochwertige tschechische Valuta feiert auch im Konzertsaale ihren unbestrittenen Triumph. Künstler, die wir sonst nie gehört hätten, drängen sich uns auf, werden zur Alltäglichkeit. Ungewöhnlich früh macht sich darum auch bereits die Konzertüberfüllung des Publikums bemerkbar. Zum Schaden der Kunst, der Künstler und der Öffentlichkeit. Umsonst sind alle Anstrebungen zum endlichen Konzertabbau. Selbst finanzielle Mißfolge vermögen Konzertunternehmer und Konzertgeber nicht zu überzeugen. Die Konzertserei geht weiter.

Erstrecklicher Weise vermag sich gerade die heimische Kunst und Künstlerschaft am meisten durchzusetzen. Ueber die beiden hochbedeutenden philharmonischen Konzerte im Neuen Deutschen Theater wurde bereits gesondert berichtet. Ihr äußerer Erfolg wurde noch durch den des Konzertes des evangelischen Gesangvereines mit der Aufführung von Haydns Oratorium „Die Schöpfung“ übertriften. Die evangelische Kirche in der Gerbergasse hat selten solch einen Menschenandrang erlebt wie gelegentlich dieses Kirchenkonzertes. Was aufrechtig zu begrüssen ist. Denn diese Kirchenkonzerte sind in Wahrheit volkshilfliche Kultusfeste. Da sieht man auch gerne darüber hinweg, daß die Tat manchmal hinter dem Wollen zurückbleibt. Vor allem wird Prof. Veckenay, der vielgewandte Leiter des evangelischen Gesangvereines, künftig die Zeitmaße wesentlich beschwingter nehmen müssen. Chor und Orchester treten ihr möglichstes. Unter den Solisten entsprach Herr Dr. Schm am ehesten, Alltäglich vor allem; gesanglich erfordert die Partie aber eine wirkliche Vollstimme. Frau Burdinger-Fischerbach aus Saaz zeigte sich wohl im Besitze eines ausgiebigen und gut gepflegten Soprans, löbte aber durch beharrliches Tiefstimmigen. Warum bilden sich unsere Gesangvereine nicht ihre eigenen Sängerbände und stützten selbst heran? — Ebenso lehrreich wie gemüthlich war ein kleines historisches Konzert unserer deutschen Akademie der Tonkunst, bei dem alte Meister des Klaviers zu Gehör kamen. Lehrreich vor allem durch die Gelegenheit, diese älteste Programmreihe kennen zu lernen, gemüthlich dank der Interpretierung der Werke durch Akademieprofessor Franz Langert, den Meister der Klavierstilistik, und dank dem geistreich musizierenden Vortrag Prof. Dr. Erich Steinhards. Prof. Langerts reise Klavierkunst stützte das Konzert des heimischen Gesangs und Akademieprofessors Wally Schweyda. Dieser ist weniger Virtuoso als wärmehelender Künstler; weniger also im Technischen blendend als durch die Schönheit und Gefühlgröße seines Spieles ergreifend. Schon sein

**Verbreitet den „Sozialdemokrat“.**

Programm verriet den echten, allem äußerlichen Erfolge abholden Künstler. Ähnliches Künstlertum zeichnet auch die Prager Violinistin Fel. Christa Richter aus. Sie spielte mit der tschechischen Philharmonie Brahms' von den Geigern leider zu wenig bevorzugtes Violinkonzert mit ganz außerordentlicher künstlerischer Einfühlung.

Zu einem lokalen Konzertereignis gestaltete sich der Abschieds-Viederabend Max Kleins, des ehemaligen ersten Isthmischen Baritons unseres deutschen Theaters, und seiner Gattin Steffi Medler, der ehemaligen ersten Opernsoubrette desselben Instituts. Selten gehörte Duette von Robert Schumann und Johannes Brahms, Lieder derselben Meister und Hugo Wolfs bildeten die reiche Vortragsfolge des Konzertes. Zemlinsky als Begleiter am Flügel gab der Veranstaltung noch erhöhte Bedeutung. Zu bedauern ist vor allem das Scheiden Max Kleins, der auf dem Prager Konzertboden als ausgezeichneter Schubertlänger rasch zu Ansehen gelangt war.

Auch einige Konzertveranstaltungen tschechischer Künstler und Kunstvereinigungen seien mit einigen Sätzen gewürdigt. So das Symphoniekonzert der tschechischen Philharmonie, bei dem in anerkannter nationaler Verständigungspolitik die symphonische Dichtung „Pan“ des deutschprager Tonkünstlers Fidello Finko zur erfolgreichen Aufführung gelangte. Dann das Konzert des Geigers Sillhan mit seinem eigenen Streichorchester unter Mitwirkung des Wiener Klavierprofessors Wolffsohn. Ferner ein Konzert des berühmten tschechischen Geigers Jaroslav Kocin und einige weitere Kammermusikabende aus der Reihe der 15 Jubel-Konzertveranstaltungen des tschechischen Streichquartetts.

Unter den Gaben fremder Kunst und Künstlerkraft standen zwei Kammermusikveranstaltungen an erster Stelle: Der Beethovens, Schuberts und Mozarts Quartettkunst gewidmete Kammermusikabend des Wiener Nefc-Quartetts und ein von Mozart, Beethoven und Hegel herrschtes Konzert des Leipziger Gewandhausquartetts im deutschen Kammermusikverein. Solistenkonzerte fremder Künstler gab es in der Verichtheit in Fülle. Die edelste Kunst vermittelten die Pianisten: Die beiden Wiener Künstler, Emil Sauer, der Meisterlehrer des klassischen Klavierpiels und Walter Kerschbaum er als neues Pianistentalent ebenso wie der Frankfurter Alfred Boehn mit seinem in der „Urania“ veranstalteten Beethoven-Abend. Auch die zeitgenössischen ungarischen Komponisten gewidmete, im Rahmen der „Urania“-Veranstaltungen abgehaltene Sonntagamatinee des Anfert-Schülers Eugen Kalig zeigte ansehnliches künstlerisches Niveau. Auf ihren vokalsten Teil hätte man allerdings verzichten können. Weniger glücklich in ihrer Kunstbetätigung waren die Geiger. Willi Burmeister zeigt immer mehr und mehr, daß er, was auch in seinen Programmen zum Ausdruck kommt, das Virtuositentum höher hält als die reine, nur um der Kunst willen wirkende Künstlerkraft. In den Konzerten des einstigen Meistergeigers Belgiens Eugen D'ape mußte der Wille für die Tat gelten. D'ape hat eben bereits jenes Alter erreicht, das auch der mechanischen Kunstübung physische Schranken setzt und in welchem der kluge Künstler die konzertierende mit der pädagogischen Tätigkeit zu vertauschen pflegt. Unter den

Sängern sei an erster Stelle der als Gast im diesjährigen Juristenkonzerte erschienenen sächsischen Konzertfängerin Frau Grete Merrem-Rillich gedacht. Daß sie trotz einer gewissen Sprödigkeit des stimmlichen Materials dem Liebe gibt, was des Liedes ist, nämlich Wärme des Gefühls und innerlichen Ausdruck, sei ihr doppelt hoch angerechnet. Auch der vielbewährte Sänger zur Laute Robert Rothe sei mit besonderem Lobe gedacht. Seine Lied- und Lautenkunst ist heute mustergültiger denn je. Umso unbegreiflicher und bedauerlicher ist es, daß Rothe und seine anmutige Schülerin Frau Engelhardt vor halberem Saale singen mußten. Denn der Gesang zur Laute ist die eminent vorzüglichste Art von Musik und würde daher schon aus diesem Grunde eine regere Anteilnahme der breiteren Volksschichten erheischen. Der russischen Tonkunst, mit der wir heute sattfam bedacht werden, diene ein Konzert der Sopranistin Frau Sonja Kristmann und ein umfangreicher, aber wenig Abwechslung bietender Konzertabend der Sopranistin Urban-Bolkovictaja, des Tenorbaritons Rnaxiz und der Tänzerin Nikolskaja. Schade um die schöne Stimme, die der Berliner Opernsänger Karl Jöden an sein erstes Prager Konzert vergeudete. Denn ein so wertvolles und den Kunstverstand des Prager Publikums erhöhendes Runderbunt-Programm abgeleiteter Operarien und geschmackvoller Lieder haben wir in Prag wohl überhaupt noch nicht vorgeführt bekommen.

Edwin Janetschel.

Notens „Ratha“ wurde Freitag gelegentlich des Gastspiels von Frau Kraus und Clara Muffl im Prager Deutschen Theater wieder aufgeführt. Interessant an dieser Vorstellung war, daß nicht die lamentable „Lezte Rose —“ der Schläger des Abends war, auch nicht Monells verzweiflungsvolle Olegie auf die entschwundene Martha, sondern Plunketts prächtiges Preislied des Biers. Nach diesem gingen Applausfalten durch das Haus, wie man sie selten gehört hat. Sie galten natürlich in erster Linie der Meisterschaft Verihold Sterned's, der es wie nicht bald ein Künstler versteht, durch Gesang und Spiel eine ansteckende Lebenslust und Urbehaftigkeit zu verbreiten, die den Menschen so wohl tut. Neben Verihold Sterned hatte daran auch Paula Sommer großes Verdienst; ihre Aoney ist gefänglich ein Genus und darstellerisch allen Ansprüchen gewachsen. Jedenfalls ihrer Lady (Frau Muffl) weit überlegen; denn diese machte, obwohl sie sich als Sängerin besser in die Ensemble fand als in den „Hupentten“, einen ziemlich konventionellen Eindruck. Wenn trotzdem ihre Duette mit dem Lichter einschlugen, war es sein Verdienst. Frau Kraus sparte nicht mit seinen Reichthümern, zu denen auch das sympathische, natürliche Wesen reßte, doch ist nicht zu verkennen, daß ihn dramatisch Bewegtes wie die „Eugenotten“ entschieden besser liegen als getropen Spriches, für das ganz drucklose Tongebung erste Bedingung bleibt. Er ist der geborene Vertreter des sogenannten Zwischenfaches, das zwischen rein Isthmischen und hochpolitischen Heldentenor-Partien liegt. Nicht unerwähnt bleibe auch Herr Czerner's launiger Lord Tristan und der Meister vom Pult, Herr Ullmann, der die Vorstellung flott und sicher leitete und sich mit der Ouberture einen Separaterfolg holte. Dr. F. S.

Neues Theater. Heute, den 12.: nachm. Arbeiter vorstellung „Die schöne Helena“, abends „Djadere“; Montag, den 13.: „Bigeunerbaron“, Dienstag, den 14.: „Liebe geht um“ (Premiere); Mittwoch, den 15.: „Liebe geht um“; Donnerstag, den 16.: Gerhart Hauptmannfeier „Michael Kramer“; Freitag, den 17.: „Der Barbier von Bagdad“; Samstag, den 18.: nachm. „Die Jungfrau von Orleans“, abends „Lohengrin“; Sonntag, den 19.: nachm. „Hoffmanns Erzählungen“, abends „Hollandweibchen“.

Kleine Bühne. Heute, den 12.: nachm. „Der Werwolf“, abends „Papa“; Montag, den 13.: „Bauwau“; Dienstag, den 14.: „Mandragola“; Mittwoch, den 15.: „Totentanz“; Freitag, den 17.: „Der Werwolf“; Samstag, den 18.: „Der Ernst des Lebens“; Sonntag, den 19.: „Bauwau“.

Der Film.

Prager Lichtspiele. Samstag wurden auf der Filmbörse zwei amerikanische Filme vorgeführt. Es sei gleich von vornherein bemerkt, daß sie beide nicht zu dem Besten gehören, wa Amerika auf dem Gebiete der Filmkunst bringt. Der erste der beiden Filme, „Menschliche Verworfenheit“ betitelt, zeigt in nicht origineller, dafür sehr rührseliger Weise den Lebensweg eines verwaisten Wesselskinderes. Es findet Aufnahme in einer zwar armen, aber rechtlichen Familie und wird schließlich durch die Heirat mit dem Sobre der braven Wfeneektern, die inzwischen durch die ganz unvorhergesehene Entdeckung außerordentlich ergiebiger Petroleumquellen Millionäre geworden sind — verglichen kommt in Kinostücken vor — belohnt für die Leiden im Laufe seine brutalen Dienstherrn, die notabene auch noch einen Mord auf dem Gewissen haben. Der zweite Film, ein Lustspiel, „Der Kleine Eulenspiegel“ steht nicht viel höher, wirkt aber annehmlicher, da die Sentimentalität wegfällt. Es werden die mehr oder minder lustigen Streiche eines „bösen Bubens“ vorgeführt. Der Darsteller dieses letzteren hat im Vereine mit seinem um wenige Jahre älteren Freunde und seinem unerzennlichen Begleiter, dem Räter Buntif, seine Rolle brav gespielt. — Beide Filme werden in einigen Wochen im Bio Sanssouci herauströmen. R. A.

Bereinsnachrichten.

Eine internationale Rundgebung der Angestellten findet anlässlich der Antofenheit ausländischer Vertreter aus Deutschland, Dänemark, Frankreich, Holland, Oesterreich, Freitag den 17. November um 7 Uhr abends auf der Schüheneinsel statt. Die Manifestation wird von den in der Zentralreferative der Angestelltenverbände vereinigten Angestelltengewerkschaften veranstaltet.

Freier Gedanke Prag. Vortrag des Chefredakteurs und tschechischen Schriftstellers Bofornj am 16. d. M. im Karolinum um 8 Uhr abends. Thema: Die Religion der Zukunft. Anschließend Debatte. Regiebeitrag K8 2.—.

Zentralverband der Angestellten Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II, Filigranovo nam. 4. Mittwoch den 15. November 1922 um 8 Uhr oben: Restaurant „Goldenes Arcusl“ Prag, Relajanta, Moutatversammlung. Tagesordnung: Bericht der Ortsgruppenleitung, Bericht der Delegierten der Teplitzer Konferenz.

Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele in Prag. Hamburger Sportverein gegen AC. Sparta, Liben gegen Viktoria Ziklov, Deutsche Sportbrüder gegen Cechoslovvan Rakke, Rusekly SA. gegen Meteor Weinberge, Meteor VIII gegen Star. Cechie, WFA. Brzovice gegen Viktoria Weinberge, Glihow gegen Union Ziklov, Sparta Rakke gegen Radklych WFA., CAFE. gegen Cechie Karlin, WFC. gegen Brzovice (Herausforderungslampf).

Der heutige Wintersport im Riesengebirge. Auf der Vertreterversammlung der deutschen Wintersportvereine in Teplitz wurden folgende Termine festgesetzt: Die Skimeisterschaft am 20.—21. Januar in Platten im Erzgebirge, der Riesengebirgsverbandslauf am 6.—7. Januar in Peger, der große Stafettenlauf über 80 Kilometer von der Riesengebirgstoppe zum Jeschken am 14. Januar; am selben Tage der Erzgebirgsverbandswettlauf in Weipert-Wärenstein. Die Rodelmeisterschaft des Verbandes wird auf der besten aller bestehenden Bahnen am Jeschken bei Jeschenberg am 28. Januar ausgetragen, die Bobmeisterschaft in Marienbad, die Eislaufmeisterschaft in Teplitz.

Das Länderpiel Oesterreich—Ungarn am 26. d. in Budapest findet auf dem Platze des F. T. C. statt; als Schiedsrichter wird Koppchel (Berlin) fungieren.

Ein Dauermarsch. Der Dauergehler Theiner, der dem Sp. C. Wien-West angehört, ist Donnerstag um halb 5 Uhr früh in Aisch (Böhmen) abmarschiert und wird bis heute die fast 600 Kilometer lange Strecke bis Wien zurücklegen. Wie ein Telegramm aus Pilsen besagt, ist der Geher dort Donnerstag eingetroffen und nach Budweis weitermarschiert. Seine Route führt über Linz nach Wien, wo er heute 3 Uhr nachmittags auf dem Sportplatze Wien-West eintreffen will.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK & TEE PRAG

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Basar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Solih

Amerikanische Addiermaschinen „DALTON“ 314 Rechenmaschinen „BRUNSVIGA“ „MERCEDES“ Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN Vervielfältigungsapparate SCHAPIROGRAPH Ia. Farbbänder und Karbonpapier „Courant-Spitzmaschinen“ L. u. G. Halphen Prag Mikulaska 22/4. Telefon 2342. Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6. Reparatur aller Bureaumaschinen.

„CITY“ der neueste feinste englische RAGLAN in Taille geschneitten, mit Samtkragen von Kc 550.— Die beliebte FACON CITY ist auch als Winterrock erhältlich. STRANSKY, Prag, Hybernska.

Amerikanische Dauerbrand-Oefen Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis! AMERICAN HEATING Akt.-Ges. Prag Nárrodní 23. Tel. 3428

Gegen die modernen Götter. Picing-Seni u. Essig ist der beste! Buchhandlung Freiheit Teplitz-Zahnan, Theresienstraße 18.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslauische Republik empfiehlt sich zum Abschluss von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulantem Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047 Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.

Kundmachung des Finanzministeriums vom 26. Oktober 1922, Nr. 118.799/25.365 über die Hinausgabe von am 1. Juli 1923 fällig werdenden 6% Staatskassenscheinen der Čchoslovakischen Republik. Der § 10 des Gesetzes vom 21. Dezember 1921, Zahl 495, S. d. G. u. V. ermächtigt das Finanzministerium zur Deckung der aus der Durchführung dieses Gesetzes entstandenen Unkosten die nötigen Mittel durch Kreditoperationen zu beschaffen. Auf Grund dieser Ermächtigung gibt die Finanzverwaltung am 1. Juli 1923 fällige 6% Staatskassenscheine der Čchoslovakischen Republik hinaus. Die Kassenscheine lauten auf den Ueberbringer und werden in Stücken zu Kc 1.000.—, 5.000.—, 50.000.— und 100.000.— mit dem Datum 26. Oktober 1922 ausgegeben, die mit dem am 1. Juli 1923 fälligen Kupon versehen sind. Jedes Stück ist mit der Faksimileunterschrift des Finanzministers und des Präsidenten des obersten Rechnungskontrollamtes versehen. Die Eintragung im Staatsschuldbuche ist durch die Faksimileunterschrift des Direktors der Staatsschuld bestätigt. Diese Kassenscheine genießen Mündelsicherheit; über die Verjährung der Kapitalforderung und der Zinsen gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Die Kassenscheine können zu Nominalpreisen beim Bankamte des Finanzministeriums gekauft werden. Beim Kaufe werden dem Käufer 6% Zinsen bis zum 31. Dezember 1922 vergütet. Das Finanzministerium. 1190

Verlangt ausschließlich Schweineschmalz u. Schweinespeck Marke Morris Supreme von der Morris Packing Company, Chicago. Vertr.: Wlh. Schlesinger & Co., Prag-Karlin.